

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Der Bär und die Taube

Mein jahrzehntelanger journalistischer und politischer Einsatz an Brennpunkten des internationalen Geschehens brachte es mit sich, daß ich dort auch sowjetischen Kollegen, überwiegend Russen, begegnet bin. Ob in Japan, Lateinamerika, den USA, Westeuropa oder in ihrem Heimatland – ich habe sie immer als Menschen erlebt, die ohne Zweifel nationale Interessen wahrzunehmen mußten, sich aber vor allem als Vertreter einer friedentiftenden Großmacht empfanden. Schon früher unterhielt ich als ehrenamtlicher Kreisvorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Güstrow viele Kontakte mit Bürgern der UdSSR. So erinnere ich mich an ein langes nächtliches Gespräch mit Irma-Gabel Thälmann und jenem sowjetischen Arzt, der sie und ihre Mutter Rosa im Mai 1945 nach der Befreiung beider Frauen aus dem KZ Ravensbrück medizinisch versorgt hatte. Er wirkte auf mich wie die Friedensliebe in Person.

Die meisten DDR-Bürger hatten das sichere Gefühl, daß die Sowjetunion einen neuen Weltbrand zu verhindern gewillt und imstande sei. Denn der russische Bär und Picassos Taube waren miteinander im Bunde. Die Geschichte hat dieser Vision recht gegeben: Zwischen 1945 und 1991 war es die UdSSR, die den Völkern Europas ein abermaliges Blutvergießen ersparte. Während die USA in Asien – zunächst in Korea und dann in Vietnam – die blutigsten Aggressionskriege der Gegenwart vom Zaun brachen, verhinderten das konsequent eingesetzte sowjetische Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Moskaus Besonnenheit, daß es zu einem dritten Weltkrieg kam. Damit gelang es den Russen, wie die von ihnen angeführte Vielvölkerfamilie der Sowjetunion oft vereinfachend genannt wurde, den Untergang der Zivilisation abzuwenden.

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der Staaten des Warschauer Vertrages verlor die Menschheit ihre entscheidende Bastion im weltweiten Widerstand gegen die Kriegsgefahr.

Dabei war die sowjetische Außenpolitik sicher nicht zu allen Zeiten ohne Defizite. Das betrifft zum Beispiel Chruschtschows einseitige Interpretation der friedlichen Koexistenz. Er betrachtete sie wohl weniger als eine Form des Klassenkampfes

und eher als Anpassung an den weltpolitischen Status quo.

Andererseits sollte das auf ihren Bündnisverpflichtungen beruhende sowjetische Eingreifen bei Krisensituationen in sozialistischen Staaten Europas nicht, wie vom imperialistischen Gegner behauptet, als Akt der Intervention aufgefaßt werden. Die Soldaten der UdSSR verhinderten damit das Vordringen von Kräften, die dem NATO-Kriegspakt und seiner damals alleinigen Führungsmacht USA die Tore öffnen wollten. Das betrifft nicht zuletzt die Zurückweisung der konterrevolutionären Machteroberungsgelüste jener imperialistischen Kreise des Westens, welche in der DDR und in Ungarn schon 1953 und 1956 die Uhren der Geschichte zurückdrehen wollten. Es gilt auch für die von der legitimen Kabuler Volksregierung ausdrücklich erbetene sowjetische Hilfe gegen CIA-gestützte Söldnerbanden in Afghanistan. Dieser Einsatz brachte der Sowjetunion indes keinen Siegeslorbeer ein und beschleunigte eher den innenpolitischen Erosionsprozeß im eigenen Land. Noch einmal kehre ich zu selbst Erlebtem zurück. Reisen führten mich wiederholt in die leidgeprüfte Stadt an der Wolga, das frühere Stalingrad, wo 1943 eine gigantische Schlacht ihr Ende fand, die als Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs in die Geschichte eingegangen ist. Es handelt sich dabei um eine unumstößliche Tatsache, auch wenn Obama und seinesgleichen der kühnen und opferreichen, von Washington allerdings bewußt hinausgezögerten Landung westallierter Truppen in der Normandie jetzt diesen Stellenwert geben möchten. Überaus herzliche Kontakte zu Einwohnern Wolgograds vor Augen, muß ich an Jewgeni Jewtuschenkos bewegendes Friedenssepos „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ denken. Seine Worte habe ich tiefest verinnerlicht. Es stimmt: Die Russen und jene Nationalitäten, welche mit ihnen unter einem gemeinsamen staatlichen Dach leben, wollen nur eines: den Frieden. Darin sind sie sich mit allen Völkern, nicht aber mit allen Staaten und deren Regierungen einig.

In der Person Wladimir Putins steht offensichtlich der richtige Mann an der Spitze der Russischen Föderation. Der einstige Tschekist und Bolschewik mag heute ganz



INHALT

	Seite
Was Jürgen Todenhöfer Herrn Gauck empfahl	2
Moskaus Chefdiplomat spricht Klartext	3
Renaissance einer Weltmacht	4
Kubanisch-russische Beziehungen – Alte Liebe rostet nicht	5
Die Lektionen des Dr. Wolfgang Abendroth	6
Aus der Erlebniswelt eines Weimarer Taxifahrers	7
Rechtsstaat oder Staat der Rechten?	8
Mindestlöhne: Ein klassischer Schweizer Käse	9
„Werd doch Agitprop-Sekretär ...!“	9
Rosa Luxemburg zur Mehrwerttheorie	10
Was Freiheit eigentlich meint	10
Nazis in den neuen Medien	
Den Rattenfängern Paroli bieten!	11
Ein Hallenser Student hat das Wort	12
Nützen die „Tafeln“ nur Hilfsbedürftigen?	12
Zur Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs	
Den Haag ist nicht Nürnberg!	13
Irrtümer des Barons de Coubertin	14
Klaus Köste posthum in der Hall of Fame	
DDR-Preispolitik: Schwarzbrote für Rindermägen	15
Wohnvergnügen im „Szeneviertel“	16
Rückkehr in mein verlorenes Land	16
■ Weinroter Prenzlauer Berg? RF-Extra I	
■ Bülowplatz-Prozeß zielte auf Thälmann RF-Extra III	
Ein ukrainischer „Held der Sowjetunion“	17
Westliche Stimmen zu Kiew:	
NATO-inspirierter Putsch	18
60 Jahre nach der Schlacht von Diên Biên Phu	19
Chile: Michelle Bachelets zweite Amtszeit	20
Kuba – Brasilien: Raúl's Antwort auf Dilmás Appell	21
Fußtritte von Erdogans rechter Hand	22
Portugal: CDU eroberte drittes EU-Mandat	22
„Zement“ – ein bis heute sehenswerter „Abenteuerfilm“ über die junge Sowjetunion	23
Bekennernut eines aufrechten Theologen:	
Heinrich Fink	24
Merkels honorige Botschafterin beim Vatikan	24
Christa Kožik: Die Kinder zuerst ...	25
Mein Vater war der Schriftsteller Curt Letsche	26
Ein Buchenwalder: Der Literat Karl Schnog	26
Zu Ernst Tollers „Eine Jugend in Deutschland“	27
Gisela Steinecker: Hand aufs Herz	28
Leserbriefe	29
Grafik des Monats	32

Fortsetzung auf Seite 2

andere Vorstellungen als früher haben, doch die Verteidigung des Friedens steht für ihn weiterhin an erster Stelle. Nach dem prinzipienlosen Überlaufen Gorbatschows in das Lager der Millionäre und dem Abdanken des Schurken Jelzin hat er die traditionelle russische Friedenspolitik wieder aufgenommen. Diese Haltung brachte dem zunächst nur durch eine Minderheit bejahten Staatschef inzwischen die Sympathie von vier Fünfteln der Bevölkerung seines Landes ein.

Putin und Außenminister Lawrow haben mehr als einmal ihre staatsmännische Besonnenheit unter Beweis gestellt. Als führende Politiker des territorial größten Landes der Welt, das eine auf Kriegsverhinderung zielende Außenpolitik verfolgt, hätten sich beide damit den Friedensnobelpreis verdient. Doch dieser wird ja

bekanntlich seit Jahrzehnten überwiegend an ganz andere Leute vergeben. Der damit dekorierte USA-Präsident Barack Obama und dessen NATO-Partner lassen nichts unversucht, um den russischen Staatschef von seiner scheinbar stoischen Haltung abzubringen. Es ist ihnen aber nicht gelungen, Wladimir Putin aufs Glatteis zu führen. Die Souveränität, mit der er die Absichten jener durchkreuzte, welche ihn in die ukrainische Falle locken und Moskau zum Einmarsch ins Donezk-Becken bewegen wollten, ist bewundernswert.

Tatsächlich steht die russische Führung vor einem Dilemma, wie es Reinhard Lauterbach, der sachkundige Berichterstatter der „jungen Welt“, formulierte. Welche Höllenqualen müssen die Moskauer Politiker bei aller Kühle der Köpfe wohl angesichts der Tatsache ertragen haben, daß

sie Rußland aufrichtig verbundene ethnische Landsleute in der Ostukraine nicht wirksamer vor den Kiewer Rechtsextremisten zu schützen vermögen!

Doch Putin hat selbst unter dem Druck solcher Belastungen Nervenstärke bewiesen. Die Zurückhaltung, zu der er sich zwingt, beruht ohne Zweifel auf der Erkenntnis, daß es die NATO von Beginn an darauf angelegt hat, die Russen zum direkten Eingreifen auf seiten der „Separatisten“ zu provozieren. Gingen sie in diese Falle, dann könnte das tatsächlich einen großen Krieg auslösen.

Einst galt die Sowjetunion als Hort des Friedens in der Welt. Heute hat die Russische Föderation diesen Platz wieder eingenommen. Wie man sieht, sind der Bär und die Taube Verbündete geblieben.

Klaus Steiniger

Was Jürgen Todenhöfer Herrn Gauck empfahl

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Todenhöfer schrieb an Bundespräsident Joachim Gauck:

Sie fordern, daß Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

- Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
- Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
- Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Jemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
- Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit

70 Jahren 4800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht.

Nach unserem Grundgesetz haben Sie „dem Frieden zu dienen“. Angriffskriege sind nach Artikel 26 verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig.

Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas Ähnliches hatten wir schon mal. 100 000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt. Wie kommt es, daß ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern?

Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.



Collage: Dieter Eckhardt



Veteranen und Anhänger der berüchtigten SS-Division „Galizien“ im Juli 2013 bei einer Zusammenkunft im westukrainischen Jaseniv



Ulrich de Maizière, der noch im März 1945 als Generalstähler des Heeres in Hitlers Führerbunker geholt wurde, brachte es anschließend bis zum Generalinspekteur der Bundeswehr. Hier überreicht er dem einstigen Oberbefehlshaber der Nazi-Okkupanten auf der Krim, Generalfeldmarschall Erich von Manstein, zu dessen 80. Geburtstag eine die Strategie des faschistischen Militärs würdigende Festschrift der Bundeswehr (November 1967). Übrigens: Der vormalige Bundesverteidigungs- und jetzige Innenminister Thomas de Maizière ist ein Sohn des hochrangigen Hitler-Offiziers und höchstrangigen Bonner Generals.

Lawrow zur NATO-Strategie der Ausdehnung auf Kosten Rußlands Moskaus Chefdiplomat spricht Klartext

Die ukrainische Krise sei ein natürliches Ergebnis der vom Westen auf Kosten russischer Interessen verfolgten Ostexpansion, erklärte Außenminister Sergej Lawrow auf einer internationalen Sicherheitskonferenz, die am 23. Mai unter Teilnahme hochrangiger russischer Staatsmänner und Abgesandter aus über 40 Ländern – darunter China, Indien, Pakistan, Ägypten, Iran und Belarus – in Moskau stattfand. Zu einer solchen Beratung war bereits zum dritten Mal in die russische Hauptstadt eingeladen worden. Die Haltung des Westens zerstöre die historische Chance für einen tatsächlich vereinigten europäischen Kontinent, sagte Lawrow. Das turbulente Geschehen in der Ukraine erinnere an die Gewalt und das Blutvergießen, das dieser Erdteil im 20. Jahrhundert erfahren habe. „Europa, das im vergangenen Jahrhundert zwei militärische Katastrophen von globalem Ausmaß hervorbrachte, liefert der Welt nicht das Beispiel einer friedlichen Entwicklung und breiter Zusammenarbeit“, bemerkte der russische Chefdiplomat. Diese Situation sei nicht zufällig entstanden, sondern die Folge von Entwicklungen, die sich im letzten Vierteljahrhundert vollzogen hätten.

„Unsere westlichen Partner schlugen eine wahrhaft geschichtliche Chance aus, ein größeres Europa zu schaffen. Sie bevorzugten Trennlinien und die übliche Logik der Ostausweitung des geopolitischen Raumes unter ihrer Kontrolle“, betonte Lawrow. „Das ist de facto eine Fortsetzung der Politik zur Eindämmung Rußlands in harmloserer Verkleidung.“ Der Westen habe Rußlands Ruf zur Kooperation ignoriert und den Vorschlag Moskaus, verschiedene eurasische Entwicklungsprojekte zusammenzubringen, zurückgewiesen. Statt dessen zwingt er Nationen, die seinem Land historisch naheständen, dazu, sich zwischen Ost und West zu entscheiden.

„Angesichts der zerbrechlichen politischen Situation der Ukraine reichte dieser Druck aus, dort eine massive Staatskrise auszulösen“, stellte Lawrow fest. Sie sei jedoch nur ein Beispiel der zerstörerischen Ergebnisse, zu denen die Außenpolitik westlicher Mächte geführt habe. „Die Operationen zum Regimewechsel in souveränen Staaten und die vom Ausland orchestrierten verschiedenfarbigen ‚Revolutionen‘ unterschiedlicher Marken schädigen offenkundig die internationale

Stabilität. Die Versuche, anderen Völkern das eigene ‚Design‘ für innere Reformen aufzuzwingen, das die nationalen Charakteristika nicht in Rechnung stellt, sowie den ‚Demokratieexport‘ zu forcieren, fügen den zwischenstaatlichen Bezie-

der Bekämpfung des Terrorismus, das Verhindern der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln, das Reagieren auf natürliche und durch Menschen verursachte Katastrophen oder die Errichtung von Schranken für extremistisches Han-

deln gesteigert werden können, schlußfolgerte Lawrow. Es gehe vielmehr darum, ein polyzentrisches System globaler Sicherheit zu schaffen, das berechnete Interessen der jeweils anderen Seite, kulturelle Unterschiede sowie das Recht auf Selbstbestimmung respektiere, um eine gerechte, sichere und demokratische Welt zu schaffen.

Lawrows unmißverständliche Verurteilung der inzwischen nach Farben benannten oder mit anderen Attributen versehenen „Revolutionen“ ergänzte Rußlands Verteidigungsminister Sergej Shoigu, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm. Die ukrainische Krise sei das jüngste Beispiel einer solchen „Revolution“. „Nachdem mit Hilfe ausländischer Kräfte gewaltsam herbeigeführten Sturz des Präsidenten

glit die Ukraine praktisch in einen Bürgerkrieg ab“, sagte Shoigu. „Im Herzen Europas wurde künstlich ein Brandherd geschaffen. Das hat negative Auswirkungen auf die globale Sicherheit.“

Das „ukrainische Schema“ finde inzwischen Nachahmer, wobei er nicht zuletzt an Venezuela denke, gegen dessen rechtmäßige Regierung ebenfalls eine sogenannte „demokratische Opposition“ stünde, die vom Ausland angefeuert werde. Doch während die diversen „Farb-Revolutionen“ der 90er Jahre und des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts relativ unblutig verlaufen seien, erinnerten die jetzigen zunehmend an militärische Invasionen, stellte Rußlands Verteidigungsminister fest. Heutzutage stünde nicht mehr ein lokal begrenzter Regimewechsel zur Debatte. Es gehe um langfristige und weltweite Destabilisierung. „Russia Today“



Sommer 2014

Aus: „The Socialist Correspondent“

hungen Schaden zu und vervielfachen die Zahl der Unruheherde auf der Weltkarte“, betonte Moskaus antiimperialistischer Außenpolitiker Nr. 1.

„Schemata, die sich auf ein Herausheben der eigenen Außergewöhnlichkeit gründen, die Verfolgung doppelter Standards, das Drängen auf einseitige geopolitische Ergebnisse in Krisensituationen finden nicht nur in Europa, sondern auch in anderen Regionen weitestgehende Anwendung“, urteilte Lawrow. „Das untergräbt Vermittlungsbemühungen zur Krisenbewältigung.“ Die gravierenden Probleme in der Ukraine, Syrien, Afghanistan und vielen anderen Ländern könnten nur durch kollektive Anstrengungen bewältigt werden, wobei sich Rußland dafür einsetze, die Kräfte zur Inangriffnahme der Lösung dieser Fragen zu bündeln. Ein solches gemeinsames Bemühen habe bekanntlich erst unlängst zu Fortschritten im Hinblick auf das iranische Nuklearprogramm und bei der Beseitigung des syrischen Chemiewaffenpotentials geführt, konstatierte Lawrow.

„Wenn Krisenmanagement in jeder Richtung kollektiver Anstrengungen bedarf, dann sind die Gründe jener schwer zu begreifen, die Beschlüsse zur Einschränkung der Zusammenarbeit mit Rußland in bezug auf gemeinsame Herausforderungen und Drohungen fassen.“ Es ist zu bezweifeln, daß dadurch die Effektivität

Am 9. August um 10 Uhr spricht Genosse **Wolfgang Schumann** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Dresden** in der „Drogenmühle“ Heidenau, Dresdner Straße 26, über das Thema

Die aktuelle politische Situation in der Ukraine und in anderen osteuropäischen Ländern

Rußland kann den USA wieder auf Augenhöhe begegnen

Renaissance einer Weltmacht

Seit dem offenen Ausbruch der Ukraine-Krise plagen sich Analytiker, Polemiker, Globalpolitiker, Militärstrategen, Kommentatoren und Kaffeesatzleser – und zwar nicht nur im Paktbereich der NATO – permanent mit der Frage: Was hat Putin militärpolitisch mit Rußland vor? Putin, der Autokrat, Putin, der Erbe Jelzinscher Oligarchenwirtschaft, Putin, der gelernte Geheimdienstagent, Putin, der Scherben-sammler einer abgestürzten Großmacht. Putin, Putin, Putin und kein anderer? Die Denkfehler beginnen schon dort, wo der Brechtsche Lesende Arbeiter die Frage gestellt hätte: Hatte er nicht wenigstens einen Außenminister und einen Verteidigungsminister bei sich? Putin steht, seit er an der Macht ist und die Interessen der neuen russischen Eliten durchsetzt, im Zwielflicht. Vielleicht wird man ihm später einmal dies Urteil zuschreiben: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ (Schiller, Wallenstein) Was seinen Handlungswillen betrifft, schwankt er nicht. Er hat den Zusammenbruch der Sowjetunion schon vor mehr als zehn Jahren als „größte geostrategische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts bewertet. Er steht, so liest es sich in einem hervorragend recherchierten Buch der Autoren Ralf Rudolph und Uwe Markus, für den Versuch der „Renaissance einer Weltmacht“. Anders gesagt: Er stellt dem US-Präsidenten Barack Obama und dessen demütigender Einstufung Rußlands als „Regionalmacht“ den entschlossenen Willen der neuen politischen und militärischen Elite seines Landes entgegen, der Weltmacht USA bei Konflikten um Einflußsphären und Machtbereiche wieder auf Augenhöhe zu begegnen. Zumindest im eigenen geographischen Umfeld.

Der Untertitel des Buches verweist auf das Instrumentarium: „Rußlands Militärreform und exterritoriale Militärstützpunkte“. Die Autoren sind ausgewiesene Kenner der Materie. Ralf Rudolph hatte am Moskauer Institut für Luft- und Raumfahrt studiert und war zuletzt als Abrüstungsexperte im Verteidigungsministerium der DDR tätig. Uwe Markus, promovierter Soziologe, schrieb gemeinsam mit ihm die Bücher „Waffenschmiede DDR“ (über die „Spezielle Produktion“) und „Schlachtfeld Deutschland“ (über die jahrzehntelange Konfrontation von NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa) sowie den Titel „Die verratene Armee“ (über die Abwicklung der NVA). Die These beider in dem neuen Buch lautet: „Nach Jahren der außenpolitischen Marginalisierung und der inneren Instabilität meldet sich Rußland als machtbewußter Akteur auf der globalen politischen Bühne zurück. In Reaktion auf die Ostausdehnung der NATO und den massiven Einsatz militärischer Mittel

durch die USA setzt das Land wieder auf eine Politik der Stärke und Abschreckung. Die Moskauer Führungselite betreibt forciert eine Konsolidierung der Machtbasis des Staates, um die Einflußmöglichkeiten und geopolitischen Handlungsoptionen



Haltet euch raus aus der Ukraine! Kein Krieg mit Rußland! Das ist nicht unser Kampf, nicht unsere Sache! Ich werde dafür nicht töten! Ich werde dafür nicht sterben!, versichert dieser GI der U.S. Army.

der NATO begrenzen zu können. Kern dieser Bemühungen sind eine ambitionierte Militärreform, die Modernisierung der Rüstungsindustrie, die Profilierung als potente Schutz- und Ordnungsmacht im GUS-Raum und die Schaffung neuer wirtschaftspolitischer und militärpolitischer Allianzen.“

Noch besteht Nachholbedarf. Der hatte in den 90er Jahren ein solches Ausmaß angenommen, daß man in Washington und Brüssel zeitweise kaum noch mit einem militärischen Machtfaktor Rußland glauben zu müssen. Militärtechnisch fiel das Land, Expertenurteilen zufolge, zeitweise um bis zu 15 Jahre hinter die USA zurück. Viele Logistik-einrichtungen und Kampftechnik in beträchtlichen Größenordnungen waren im Besitz anderer GUS-Staaten verblieben. Selbst nach der Ablösung des korrupten Jelzin-Clans flossen die finanziellen Mittel für eine Modernisierung nur spärlich. Jedoch das Agieren des Westens im zerfallenden Jugoslawien, der zweite Irakkrieg und das schrittweise Vordringen der NATO an die Grenzen Rußlands bewirkten ein erstes Umdenken. Es dauerte noch bis zum Wiedereintritt Putins ins Präsidentenamt im Jahr 2012, ehe die politische Führung entschlossener daranging, neue verteidigungspolitische Fakten zu schaffen und Kurs auf eine Renaissance früherer militärischer Schlagkraft zu nehmen. Das betrifft nicht nur die Pflege

der verbliebenen Militärbeziehungen und Militärstützpunkte – von Kirgisien über Armenien, Syrien, Transnistrien und Belarus bis zum im jetzt unabhängigen Kasachstan gepachteten Stützpunkt Baikonur – Rußlands Tor zum Weltraum.

Die Willensbildung durchzieht inzwischen den gesamten militärisch-industriellen Komplex – Personalwechsel im Verteidigungsministerium inbegriffen.

Waffentechnisch befindet sich die russische Armee in einem Umrüstungsprozeß, den die Staatskasse bis zum Jahr 2020 mit ungerechnet 471 Milliarden Euro finanzieren soll. Auf dem Rüstungsprogramm stehen neue Präzisionswaffen, Tarnkappenbomber, superleichte Abfangjäger, Marine-Hubschrauberträger, Drohnen und vieles andere, eingeschlossen die Modernisierung des Atomwaffenarsenals. Ein neues System der Luft- und Raumverteidigung und die Fähigkeit zum Gegenschlag degradieren „mittlerweile den geplanten US-Raketenabwehrschild in Europa zu einer Fehlinvestition“, schreiben Rudolph und Markus. Auch neue militärische Kooperationen rückten ins Blickfeld, so mit China und einigen zentralasiatischen Republiken. Die Frage, ob sich durch die russische Militärreform das Risiko neuer internationaler militärischer Konfrontationen erhöht, wird von ihnen verneint: Rußland sei „wieder eine ernstzunehmende Macht auf der internationalen Bühne. Daraus ein neues Bedrohungsszenario abzuleiten, wäre sicherlich falsch. Der Westen muß akzeptieren, daß Rußland nach einer Phase der Schwäche jetzt wieder in der ersten Liga weltpolitisch mitspielt und seine Interessen durchzusetzen versucht. Auf jeden Fall ist diese interessengeleitete Politik rational und damit berechenbar. Darin liegen auch für den Westen Chancen.“

Im Mai wurde die Gründung einer Eurasischen Union Rußlands mit Belarus und Kasachstan, für die es bereits weitere Anwärter gibt, gemeldet.

Peter Jacobs, Berlin

Ralf Rudolph/Uwe Markus: Renaissance einer Weltmacht. Rußlands Militärreform und exterritoriale Militärstützpunkte. Phalanx, Berlin 2013, 338 Seiten, 19,20 €

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Rostock** und des **Rostocker Friedensbündnisses** spricht **Monty Schädel**, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft, am **4. September um 16 Uhr** im Mehr- generationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, über das Thema

Die Rolle der Bundeswehr bei der Militarisation der BRD-Gesellschaft

Zur Entwicklung der kubanisch-russischen Beziehungen

Alte Liebe rostet nicht

In Anwesenheit von Präsident Wladimir Putin wurde am 24. Mai auf dem Wirtschaftsgipfel in St. Petersburg ein neues Abkommen über die Zusammenarbeit mit Kuba im Ölsektor abgeschlossen. Der umfangreiche Vertrag kam wenige Wochen nach dem Besuch des russischen Außenministers Sergej Lawrow in Havanna zustande und könnte für die weitere Entwicklung der kubanischen Wirtschaft von strategischer Bedeutung sein. Die Beziehungen zwischen Rußland und Kuba befinden sich derzeit auf ihrem höchsten Niveau seit sowjetischen Zeiten. Doch wie hat sich das kubanische Verhältnis zum größten Land der Erde bis heute entwickelt? Die UdSSR trug in den 80er Jahren etwa ein Drittel des kubanischen Bruttoinlandsprodukts – schließlich war die Insel ein wichtiger Vorposten des Sozialismus direkt vor amerikanischen Ufern und ein zuverlässiger Lieferant von Rohrzucker. Durch

subventioniertes Rohöl, den Aufbau neuer Fabriken samt Ausrüstungen sowie zahlreiche gemeinsame Projekte im Rahmen des RGW profitierte Kuba enorm vom sowjetischen Technologietransfer. Den Preis für diese „Entwicklungshilfe“ bezifferte man mit 32 Milliarden US-Dollar – eine Summe, die von Rußland fortan als Schulden Kubas betrachtet wurden.

Mit der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1992 verlor der karibische Inselstaat seinen wichtigsten Außenhandelspartner, was zur „Sonderperiode in Friedenszeiten“ mit ihren bekannten Folgen führte: Mangel an Treibstoff und Devisen, Niedergang von Industrie und Landwirtschaft. In der ersten Hälfte der 90er Jahre waren beide Länder vor allem mit sich selbst beschäftigt, der Austausch beschränkte sich meist auf die Lieferung von Ersatzteilen. Ein Grund dafür war die kubanische Weigerung, die Schulden aus RGW-Zeiten zu begleichen.

Der Konflikt belastete das russisch-kubanische Verhältnis auch noch, als sich die Beziehungen nach Putins Amtsantritt allmählich zu verbessern begannen. Im Jahr 2000 besuchte der russische Präsident Fidel Castro. In Havanna forderte er die USA auf, das Wirtschaftsembargo gegen Kuba zu beenden. 2008 war Rußlands seinerzeitiger Präsident Medwedjew in Kuba zu Gast. Dabei wurde das erste größere Wirtschaftsabkommen mit der Russischen Föderation unterzeichnet. Es hatte vor allem die Erkundung kubanischer Rohölvorkommen in Küstennähe zum Ziel. Auch auf anderen Gebieten erneuerte man die Zusammenarbeit. Die Gegenvisite Raúl Castros erfolgte 2009.

„Ihr Besuch eröffnet eine neue Seite in der Geschichte der russisch-kubanischen Beziehungen“, sagte damals Medwedjew. Tatsächlich kann seitdem eine fortwährende Verbesserung des Verhältnisses

zwischen beiden Ländern festgestellt werden. Der jährliche Handelsumsatz mit der Sowjetunion erreichte noch 1989 einen Wert von 8,8 Milliarden US-Dollar und ging bis 1993 um 94 Prozent zurück. Einen Tiefpunkt bildete das Jahr 2005 mit nur noch 190 Mio. Dollar. Unter Raúl Castro erholte



Putin und Castro im Jahr 2000 in Havanna

sich der Handel mit Rußland, 2012 wurden Güter im Wert von 341 Milliarden US-Dollar ausgetauscht. Dennoch macht das Geschäft mit dem Riesenland vorerst nur 1,8% des kubanischen Handelsvolumens aus.

In den letzten Jahren hat sich neben den Wirtschaftsbeziehungen auch die politische Kooperation verbessert. Nach den schweren Zerstörungen durch Hurrikan „Sandy“ im Oktober 2012 leistete Rußland Katastrophenhilfe, und auch der Staatssender „Russia Today“ unterstützt seit einigen Jahren die kubanischen Medien. Schließlich hat sich die Anzahl der russischen Touristen, welche die Insel besuchten, seit 2009 mehr als verdoppelt. Mit 87 000 Gästen lag Rußland 2012 noch vor Spanien.

Die wichtigste neuere Entwicklung im russisch-kubanischen Verhältnis war das Abkommen über die Abschreibung der kubanischen Altschulden, mit dem das schwerwiegendste diplomatische Problem beider Länder aus der Welt geschafft werden konnte. Bereits 2012 gab es erste Anzeichen für einen derartigen Schritt, doch erst im Mai 2014 wurde der Vertrag während Lawrows Besuch unterschrieben. Die Übereinkunft sieht den Erlaß von 90% der kubanischen Schulden bei Rußland vor, die übrigen 3,2 Milliarden US-Dollar sollen in den nächsten 10 Jahren in gemeinsame Projekte investiert werden. Bei seiner jüngsten Kuba-Visite Mitte Juli hat Putin diesen wichtigen Schritt noch einmal bekräftigt. Beide Länder haben auch die militärische Kooperation vor einigen Jahren wieder aufgenommen. Die kubanische Armee arbeitet überwiegend mit sowjetischem Gerät und benötigt dringend Ersatzteile. Hierfür wurde 2013 ein Abkommen geschlossen, das auch die Weiterbildung kubanischer Militärs durch russisches Personal vorsieht. „Die Weltsituation verändert sich derzeit

sehr schnell, deshalb müssen wir darauf entsprechend reagieren können“, sagte Nikolai Patruschew, Chef des russischen Geheimdienstes FSB, am Rande der aktuellen Gespräche mit Alejandro Castro in Moskau. Der Sohn des Präsidenten, Oberst im Innenministerium, war auf kubanischer Seite Verhandlungsführer. Er erklärte, es gehe um effektivere Absprachen zur Erhöhung der Sicherheit beider Länder.

Ein spannender Aspekt ist auch das gestiegene Interesse der russischen International Investment Bank (IIB) an Kuba. Sie dient der Finanzierung größerer und mittlerer zwischenstaatlicher Projekte und wurde 1970 im Rahmen des RGW gegründet. Den jüngsten Höhepunkt in den Wirtschaftsbeziehungen bildet das eingangs erwähnte Abkommen des kubanischen Ölkonzerns CUPET, einer Tochterorganisation des Handelsunternehmens CIMEX, mit dem russischen Öligiganten Rosneft. Der Vertrag soll vor allem Ölförderung und Petrochemie Kubas unterstützen.

Im nächsten Schritt will Rosneft eine Logistikkbasis in der Sonderwirtschaftszone Mariel errichten. Sie könnte zu einer Ausgangsbasis für künftige Offshore-Bohrungen oder Raffinerieanlagen werden. Damit hat das Land, wohl auch mit Blick auf die instabile Situation in Venezuela, den Grundstein für eine intensive und langfristige Kooperation mit Rußland gelegt. Gerade im Energiesektor dürfte Kuba daran interessiert sein, bestehende Abhängigkeiten zu reduzieren.

Rußlands neu erwachtes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Kuba kommt keineswegs überraschend. Seit 2008 kann eine langsame Wiederherstellung zielgerichteter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern beobachtet werden. Die neue Investitionsgesetzgebung in Kuba sowie die Ereignisse in der Ukraine dürften zur Beschleunigung dieses Prozesses beigetragen haben.

Rußland möchte die sozialistische Insel offensichtlich nicht aus den Augen verlieren. Kuba bietet mehr als nur seine neuen Investitionsbedingungen: die ausgedehnte Verwendung russischer Maschinen und Industriestandards, die strategisch günstige Lage der Insel, die hochgradige Verbreitung russischer Sprachkenntnisse sowie die traditionell freundschaftlichen Beziehungen beider Länder sind ein wichtiger Anreiz, in den kommenden Jahren noch engere Bande zu knüpfen.

In Anbetracht der vor allem von den USA forcierten internationalen Isolierung Rußlands orientiert sich Moskau wieder stärker auf alte Verbündete. „Alte Liebe rostet nicht“, heißt es. So birgt die Wiederannäherung das Potential für eine längerfristige Beziehung.

Marcel Kunzmann

Über deutsche Antifaschisten in britischen Kriegsgefangenenlagern

Die Lektionen des Dr. Wolfgang Abendroth

Nur noch selten verharren unsere Erinnerungen in jenen Tagen, als sich das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft bereits abzeichnete. Die Sowjetarmee stand damals an den Grenzen Rumäniens, Polens und des Baltikums, die Anglo-Amerikaner und der innere Widerstand setzten der faschistischen Wehrmacht in Frankreich, Belgien und den Niederlanden zu. Auch in Italien und auf dem Balkan konzentrierten sich starke antifaschistische Kräfte. In dieser Phase wuchs die Zahl der in Kriegsgefangenschaft geratenen Deutschen erheblich. Das veranlaßte die britische Regierung, Maßnahmen zur Überwindung der Nazi-Ideologie in deren Köpfen einzuleiten. Mit der „reeducation“ (Umerziehung) deutscher Kriegsgefangener wurde die Politische Abwehr beim Londoner Foreign Office – kurz PEW – beauftragt, die sich dazu eine entsprechende Struktur mit der Kurzbezeichnung PID schuf. Damit folgten die Briten auf ihre Weise dem Beispiel der Sowjetunion, die bereits im Mai 1942 ein System von Antifa-Schulen geschaffen hatte.

Im britischen Mutterland konzentrierte sich das PID-Direktorium auf den Aufbau einer Zentralschule in Wilton-Park bei London – dem Camp 300. Darüber hinaus konnte eine beträchtliche Anzahl deutschsprachiger Wissenschaftler, Lehrer und Publizisten, insbesondere jüdische Emigranten, mobilisiert werden. Völlig anders verhielt es sich in Ägypten, wo die Zahl dorthin überstellter deutscher Kriegsgefangener aus den italienischen und griechischen Kampfgebieten rasant anwuchs und bald 100 000 überschritt. Dem Kairoer PID-Verantwortlichen standen außer einzelnen Angehörigen der britischen Armee so gut wie keine deutschsprachigen Intellektuellen zur Verfügung, so daß der Umerziehungsprozeß anfangs kaum realisierbar schien.

Doch unter den im Herbst 1944 in Griechenland gefangengenommenen deutschen Soldaten befand sich auch eine zunächst noch geringe Zahl aus politischen Gründen Vorbestrafter der Wehrmachtsdivision 999. Dieser Verband aus „Wehrunwürdigen“ war Ende 1942 zur Entlastung von Rommels Afrika-Korps gebildet worden. Später wurden dann bis zu 18 Festungs-Infanterie-Bataillone (FIB) in Griechenland eingesetzt. Bei den ersten Verhören dieser Kriegsgefangenen, zu denen auch der vom V. FIB/999 zur griechischen Volksbefreiungsarmee desertierte Dr. Wolfgang Abendroth gehörte, kamen die britischen Intelligence Officers im Camp 304 bei Kairo auf die Idee, sie für das Umerziehungsprogramm zu nutzen.

Das war für sie riskant, handelte es sich doch überwiegend um Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten. Doch § 8 der Allgemeinen Lagerordnung besagte ausdrücklich: „Jede politische Agitation ist verboten – insbesondere kommunisti-



Dr. Wolfgang Abendroth als Angehöriger einer Einheit der faschistischen Strafddivision 999

sche Propaganda!“ Da aber keine anderen deutschsprachigen Helfer zur Verfügung standen, entschied man sich dafür, es mit ihnen zu versuchen.

In kurzer Zeit wurden nun in dem zwischen Kairo und Ismailia gelegenen Camp



In britischen Kriegsgefangenenlagern entstanden erste FDJ-Gruppen.

379 vorwiegend solche Kriegsgefangenen konzentriert, die sich als Deserteure oder in anderer Hinsicht ablehnend gegenüber dem Nazi-Regime bekannt hatten. Auch die schon in Ägypten befindlichen ehemaligen Angehörigen der 999er Division wurden hier eingewiesen. Dr. Abendroth arbeitete gemeinsam mit dem Juristen Herbert Komm vom XIII. FIB/999, der später

in Westberlin als Präsident des Landesozialgerichts wirkte, an der Gewinnung antifaschistischer Persönlichkeiten, die in der Lage waren, auch ohne Lehrbücher einen interessanten Unterricht zu gestalten. In der letzten Februarwoche 1945 konnte damit begonnen werden. Dr. Abendroth nahm sich der Fächer Marxismus und Völkerrecht an, Herbert Komm beschäftigte sich mit Kommunalpolitik und Polizeirecht. Hinzu kamen fünf Fremdsprachen, diverse Wissens- und Technik-Seminare sowie Literaturzirkel – insgesamt etwa 90 Fächer, die bald von durchschnittlich 1300 Teilnehmern belegt wurden.

Inhaltlich nahmen zu dieser Zeit die britischen Intelligence Officers kaum Einfluß, so daß die deutschen Nazigegner ihre Freiräume voll nutzen konnten. Der Versuch, einige Wehrmachtsoffiziere aus einem benachbarten Camp als Lehrkräfte einzubeziehen, scheiterte am Widerstand Dr. Abendroths und führte zu heftigen Verstimmungen. Unmittelbar nach dem 8. Mai 1945 änderten die Briten ihr Verhalten. Einschneidend war dabei die Verlegung vieler ehemaliger 999er und weiterer Antifaschisten in andere Lager.

Auch Dr. Abendroth war davon betroffen. Er setzte sich aber auch im Camp 306 am Großen Bittersee sofort für den Aufbau einer Lagerschule ein, was auch hier vom PID-Team unterstützt wurde. Dabei arbeitete er mit dem erfahrenen kommunistischen Journalisten Dr. Wolfgang Joho vom VI. FIB/999 zusammen, der die Lagerzeitung „Wüstenstimme“ redigierte und später in der DDR ein erfolgreicher Schriftsteller war. Nach und nach entstanden auch in anderen Lagern ähnliche Schulen, jedoch mit begrenzterer politischer Wirksamkeit.

Überall waren es Antifaschisten aus der Strafddivision 999, die sich an der inhaltlichen Ausgestaltung der Lehrpläne aktiv beteiligten. Sie halfen dadurch, viele ehemalige Hitler-Soldaten auf ein Leben frei von Nazi-Ungeist und Völkerhaß vorzubereiten. In vielen Lagern und Arbeitskompanien waren Gruppen der Freien Deutschen Jugend entstanden. Ende August 1948, unmittelbar vor der Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Ägypten, konnten die FDJ-Gruppenleiter

aus drei Arbeitskompanien der Zeitung „Junge Welt“ über ihre Aktivitäten berichten. Nicht wenige der damals Beteiligten setzten diese in ihrer Heimat fort. Diesen Antifaschisten sollte unser Respekt gelten, zumal er ihnen in beiden deutschen Staaten aus völlig unterschiedlichen Gründen zumeist versagt blieb.

Dr. Günter Gumpel, Berlin

Aus der Erlebniswelt eines Taxifahrers

Unser aus dem Westen in den Osten übergesiedelter Autor ist Taxifahrer in Weimar, der Stadt Goethes und Schillers. Schon seit längerem beim „RotFuchs“, gewährt er den Lesern unserer Zeitschrift Einblick in seine alltäglichen Begegnungen mit Fahrgästen.

Da am Goetheplatz keine Taxe steht, muß ich vom Theaterplatz aus die „Prekariats“-kneipe „Roma“ in der Plattenbausiedlung Weimar-West anfahren. Zwei Gäste dieses Lokals steigen zu und wollen „irgendwo hingebraucht werden, wo noch was los ist“. Ich informiere sie, daß im C-Keller am Markt etwas läuft, und wir fahren los. Unterwegs lästern die beiden nach Kräften über die „Assis“ aus der „Assi-Kneipe“, aus der sie gerade kommen. Dann wenden sie sich Weimars begrenztem Ausgehangebot zu, speziell dem bald endgültig schließenden Lokal „Schütze“: „Die müssen sich aber auch mal ihr Publikum angucken – alles nur Ausländer. Wenn ich das schon sehe ...“ So geht es endlos weiter.

In letzter Zeit habe ich zu oft die mal latente, mal offene Ausländerfeindlichkeit einheimischer Torfköpfe mitgekriegt – heute abend reicht es erst mal. Irgendwie ist jener Tropfen gefallen, welcher das Faß zum Überlaufen bringt. Ich fahre rechts ran und sage zu dem nationalbewußten Schwadronierer: „Hast du gerade gesagt, daß da zu viele Ausländer sind und du die nicht abkannst?“ „Ja, wieso? Bist du etwa Ausländer oder ...?“, erwidert er in einem leicht verwunderten Tonfall, als ob ein Deutscher seine Meinung nur teilen könne. Ich habe keine Lust, ihm Nationalismus und Ausgrenzung zu erklären. So antworte ich kurz: „Ja, Portugiese. Und solchen Scheiß will ich hier nicht noch einmal hören.“ Er bleibt cool, fragt: „Was kriegst du von uns?“ Als er schon draußen ist, giftet er mich noch an: „Leute wie dich würde ich noch nicht mal als Taxifahrer in Deutschland arbeiten und uns die Arbeitsplätze wegnehmen lassen.“ Ich verabschiede ihn mit: „Ja, klar, tschüß Rassist.“

Eine Viertelstunde später stehe ich als erster am Goetheplatz. Und wer kommt da auf mein Taxi zu, öffnet die Beifahrertür? Mein rassistischer Fahrgast von eben. Er stößt ein genervt-überraschtes „Oh je, der schon wieder“ aus, und ich mache ihm die Optionen klar: „Du kannst jetzt entweder deine ausländerfeindlichen Sprüche für dich behalten oder du steigst gleich beim nächsten Kollegen ein.“ Was er dann auch tut.

Eine Abholung aus der Notaufnahme des Klinikums: die 75jährige Frau will nach Bad Sulza. Unterwegs fragt sie, ob ich von meiner Arbeit leben könne. Es entspinnt sich ein Gespräch über die Lebensumstände heute und früher. Sie erzählt von den Wohnungsmieten zu DDR-Zeiten und sagt: „Ich zahl jetzt für eine 1-Raum-Wohnung 380 €! Eigentlich unfassbar. Das Haus ist von einer Wessi-Firma ans Ilm-Ufer gebaut worden. Da wurde früher nie gebaut, weil das immer überschwemmt wird. Aber die meinten wohl, jetzt, wo der Westen hierhergekom-



Grafik: Gertrud Zucker

men ist, paßt sich die Ilm an und bleibt in ihrem Flußbett.“

Zwei angetrunkene Männer steigen am Goetheplatz ins Taxi. Die Fahrt geht nach Weimar-West, eine der beiden größten Plattenbausiedlungen der Stadt. Kurz vor dem Ziel sagt einer der beiden: „Halt mal ein bißchen vorher, muß ja nicht jeder sehen, daß wir mit der Taxe kommen. Ist schließlich Hartz-IV-Gebiet.“ Der andere sekundiert: „90% dürften das von denen sein, die hier wohnen. Und die leben besser als wir.“

Zum Glück ist die Fahrt vorbei, denn auf eine Diskussion mit alkoholisierten nationalistischen Proleten, die ihren Haß und Frust über andere Zukurzgekommene auskübeln, habe ich nachts um 1.30 Uhr keine Lust.

Auf mdr Figaro wird gerade eine Podiumsdiskussion zum 150jährigen Bestehen der SPD übertragen. Hartz-IV-Haudegen Franz Müntefering: „Wir haben den Kapitalismus gebändigt, indem wir dafür gesorgt haben, daß die Menschen Versicherungen haben, Tariflohn kriegen und Kaffeepause machen können.“

An dieser Stelle schlägt der Ärger über die ganze verlogene Proletenverarsche durch

SPD-Führer quantensprungmäßig in überwältigende Heiterkeit um. Ich rutsche vor Lachen fast vom Sitz.

Ein Einsteiger am Theaterplatz zur Bauhaus-Uni: eine elende Kurzstrecke, aber der Fahrgast entpuppt sich als netter Mensch und Quelle neuer Einblicke in ungeahnte Facetten der arbeitsteiligen Gesellschaft. Er erzählt, daß er zu einem Promenadologen-Treffen in Weimar ist. Ich so: „??“ Dann: „Und als was oder in

welcher Eigenschaft nehmen Sie daran teil?“ Er: „Ich bin selbst Promenadologe!“

Ich erfahre noch, daß er sogar Professor ist und das Fach im Saarland unterrichtet, wobei es sich bei der Disziplin der Promenadologie „um die Auswirkung des urbanen Raumes auf Individuen oder Kollektive handelt sowie um die Interaktionen zwischen beiden“. Heute hat mein Fahrgast eine Stadtbegehung mit Studenten unternommen und sie auf Wahrnehmungsgewohnheiten und Erwartungshaltungen aufmerksam gemacht. Da überdenke ich schon mal meine eigene Berufswahl ...

Drei oder vier Erzgebirgler, zu Besuch in Weimar, steigen in die Großraumtaxi, begleitet von ihren Weimarer Freunden. Sie sind grimmig entschlossen, auf der „Kirmes“ in Berlstedt „Spaß zu haben“. Auf der Fahrt entspinnt sich folgender Dialog zwischen den wüst tätowierten jungen Leuten:

„Wie heißt der eine Fußballer noch mal? Uwe ...?“ „Uwe Seeler“ „Nee, ich meine den, der die Steuern hinterzogen hat.“ „Uli Hoeneß“ „Ja, genau. Da sagt doch gestern einer zu mir: Das geht ja gar nicht, früher Chef von der DDR und heute Steuerbetrüger!“

Es folgen verständnisloses Schweigen und Gegrüne bei den anderen.

„Na ja, daß der früher Chef von der DDR war und heute als Fußballpräsident Steuern hinterzieht!“ Da hab ich ihm gesagt: „Mann, der hieß doch Honecker und nicht Hoeneß ...“

Fahrer St., Dritter am Stellplatz, lädt vier Fahrgäste ein und fährt mit ihnen davon. Diesen Verstoß gegen die ungeschriebenen Taxifahrerregeln kommentiert Fahrer M., einer der nachdenklicheren Kollegen, so: „Der Kapitalismus macht die Menschen böse, weil er die Gier anstachelt. Ich hätte 1989 nie gedacht, daß es mal so schlimm wird – und es wird immer noch schlimmer.“

Kay Strathus, Weimar

Wo 100 000 Ermittlungsverfahren zu 289 Verurteilungen führten Rechtsstaat oder Staat der Rechten?

Es wird behauptet, die BRD sei ein Rechtsstaat, dessen völlig unabhängige und apolitische Justiz sich allein einem ebenso unparteiischen Recht verpflichtet fühle. Dabei erfahren die jüngeren Generationen nichts mehr von jenem himmelschreienden Unrecht, das schon unmittelbar nach der Gründung des westdeutschen Separatstaates vielen seiner Bürger angetan wurde.

1978 veröffentlichte der heute an der Viadrina-Universität in Frankfurt (Oder) lehrende Jurist Alexander von Brünneck seine Untersuchung „Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968“. Von ihm selbst als eher zu niedrig bezeichnete Schätzungen ergeben etwa 125 000 Ermittlungsverfahren gegen Personen, die in den ersten zwei Jahrzehnten des Bestehens der BRD „kommunistischer Umtriebe“ verdächtigt wurden. Es genügte bereits das Anstecken einer Mai-Nelke oder die Teilnahme von Kindern an einem DDR-Ferienlager, um ins Visier der BRD-Justiz zu geraten.

Zwischen 6000 und 7000 „kommunistischer Umtriebe“ Bezichtigte wurden strafrechtlich belangt. Selbst der spätere BRD-Innenminister Werner Maihofer äußerte 1964, die Kommunistenverfolgung in der BRD würde „einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre machen“.

Für die Gejagten hatte das Urteil ernste Folgen: Entlassungen durch die Betriebe, Rauswurf aus Werkswohnungen, Streichung der Opferrenten für Verfolgte des Naziregimes. Häufig geschah das schon in der Ermittlungsphase. Obwohl es in der BRD offiziell keine Sippenhaft gibt, wurden auch Kinder Verfolgter von Schulen verwiesen. Kapitalistische Unternehmen tauschten untereinander „Schwarze Listen“ aus. Viele Naziverfolgte holte die Vergangenheit ein. Standen sie vor Gericht, dann trafen sie dort nicht selten „alte Bekannte“ aus faschistischer Zeit wieder. Man schätzt, daß etwa zwei Millionen frühere Mitglieder der Hitlerpartei NSDAP in Politik, Wirtschaft, Polizei, Bundeswehr und Justiz in Amt und Würden blieben oder schon bald erneut zum Zuge kamen. Als Experten auf dem Gebiet der Kommunistenjagd konnten sie da weitermachen, wo sie 1945 hatten aufhören müssen. Adenauer wollte nicht schmutziges Wasser weggießen, weil er annahm, kein sauberes zu besitzen. Seltsam: In der DDR fand man sauberes Wasser, weil man es nicht verunreinigten Quellen entnahm. Keiner der in der BRD um die soziale Existenz Gebrachten oder ins Ausland Vertriebenen ist bis heute rehabilitiert worden. Kein Wort der Entschuldigung kam über offizielle Lippen. Dabei war diese juristische Treibjagd in Westeuropa ein einmaliger Vorgang, den man nur mit dem McCarthyismus in den USA vergleichen kann. Nach der Überreaktion des Staates auf die Studentenproteste und der

Verfolgungswelle gegen die RAF setzte die Ära der Berufsverbote ein, bei der Willy Brandt den Ton angab. Das Geschehen erlangte eine so traurige Berühmtheit, daß man in Frankreich das deutsche Wort „Berufsverbot“ einfach übernahm.

Nach der Annexion der DDR verpflichtete der damalige BRD-Justizminister Klaus Kinkel die Teilnehmer des 15. Deutschen Richtertages zur „Delegitimierung“ des sozialistischen deutschen Staates. Dabei ging er davon aus, daß die BRD vor einer

Sie haben mich gepeinigt,
weil ich zu denken wagte,
sie haben mich gesteinigt,
weil ich mein Denken sagte.

Weil ich es sang in Liedern
voll Wahrheit und voll Glut.
Sie konnten nichts erwidern,
daher die ganze Wut.

**Michail Lermontow, geboren am 15. 10.
1814, gefallen im Duell am 27. 7. 1841**

„gewaltigen Aufgabe“ stünde. Am Verfolgungswillen fehlte es nicht. Gegen etwa 100 000 frühere DDR-Bürger wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, die zu 1212 Anklagen und 289 Verurteilungen führten. Simpelste Rechtsbegriffe wie das Rückwirkungsverbot, der Schuldnachweis, Kausalität und Verjährung wurden mit allerhand juristischen Tricks und offener Rechtsbeugung außer Kraft gesetzt. Doch die angestrebte Generalabrechnung im Gerichtssaal stieß ins Leere.

Viele im Osten empfanden den Schauprozeß gegen den todkranken Erich Honecker als krassesten Ausdruck von Siegerjustiz. Zugleich entlarvte die äußerst geringe Zahl massenhaft angestrebter Verurteilungen die Lüge vom angeblichen Stasi-Terror. Gegen Angehörige des MfS wurden gerade einmal 20 Urteile gefällt, meist fragwürdiger Natur. In der DDR wurde nie ein Demonstrant erschossen, in einem Polizeirevier zu Tode geprügelt oder lebendigen Leibes verbrannt. Allerdings hinterzog auch keiner Millionensummen an Steuergeldern. Die Kommunistenverfolgungen in der BRD sind nie ins kollektive Bewußtsein der Westdeutschen gedrungen. Bei ihnen stieß hingegen die Abrechnung nach 1990 eher auf Verständnis. Ihre Vorstellung von der DDR und den Kommunisten war im Ergebnis unablässiger Gehirnwäsche fern jeglicher Realität. Daran hat sich bis heute leider wenig geändert. Bei vielen Ostdeutschen liegen die Dinge anders. Aber auch hier hat oftmals Gleichgültigkeit Einzug gehalten. Der pathologischen Kommunistenhatz sollte man fehlenden Verfolgungseifer der BRD-Justiz gegen Nazi- und Kriegsverbrecher gegenüberstellen. Zwischen dem 8. Mai

1945 und dem 31. Dezember 1989 wurde im Westen gegen 98 042 Personen ermittelt. Man verurteilte aber lediglich 6,6% der Beschuldigten. In Rechnung zu stellen ist auch die Tatsache, daß kaum ein Inhaftierter lange saß. Schon am 31. Dezember 1949, als die BRD gerade einmal ein halbes Jahr alt war, verabschiedete der Bundestag ein Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit für Taten, die in der Nazizeit begangen wurden. Vier Jahre später begnadigte man sämtliche Nazi-Täter (außer Mördern) per Verjährung. Darunter fielen auch Personen wie der Euthanasiearzt Borm, dem der Bundesgerichtshof 1974 nachträglich bescheinigte, bei 6652 Tötungen einen „Akt der Barmherzigkeit“ im Sinn gehabt zu haben. Übrigens klagte die BRD-Justiz auch keinen einzigen der 106 Richter und 179 Staatsanwälte des Freislerschen Volksgerichtshofes, der 5243 Todesurteile gefällt hatte, jemals an.

Die auffällige Diskrepanz zwischen der Hetzjagd auf angebliche oder tatsächliche Kommunisten und der Milde gegenüber Faschisten ist leicht zu erklären: Die alten Nazis wurden noch gebraucht.

Als „Unrechtsstaat“ darf hierzulande nur ein sozialistischer Staat bezeichnet werden. Der verordnete Antikommunismus war seit dem ersten Tag des Bestehens der BRD in deren braunen Genen angelegt. Die Justitia brauchte in diesem Fall nur eine Binde für das rechte Auge.

Noch am Beginn der 70er Jahre tröstete sich die großbürgerliche FAZ damit, daß im Südafrika der Apartheid zumindest „alles rechtsstaatlich“ vor sich gehe. Dem gegenüber war die DDR für Leute dieses Schlages ein „Hort des Unrechts“.

„Man gibt in unserem Staate der Gerechtigkeit meistens eine Form, die schrecklicher ist als die Ungerechtigkeit selbst“, schrieb der 1810 verstorbene Dichter Johann Gottfried Seume.

Ein rechter Staat, in dem auf den Rechten Linker herumgetrampelt werden darf, ist noch lange kein Rechtsstaat. **Ulrich Guhl**

Die dem „RotFuchs“ verbunden
gewesene Genossin

Lotti Oertel

die aktiv in der Berliner Regionalgruppe mitarbeitete, hat uns im Alter von 81 Jahren für immer verlassen. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität war sie in verantwortlichen Funktionen des sozialistischen Rechtsstaates, zuletzt als Richterin am Obersten Gericht der DDR, tätig. Wir sprechen Lottis Angehörigen unser wärmstes Mitgefühl aus.

Nahles' Mindestlohn-Konstrukt weist viele Löcher auf

Ein klassischer Schweizer Käse

Die Einigung über einen flächendeckenden Mindestlohn ist zustande gekommen, was Ministerin Nahles in einen wahren Erfolgsrausch versetzt hat. Sie verkündet, damit sei man einen gewaltigen Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit gegangen. Unternehmerkreise begründen ihren heftigen Widerstand vor allem damit, diese Maßnahme werde zur Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze führen.

Aus meiner Sicht ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes ein schon lange überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Selbst die CDU sah sich gezwungen, dieses Thema nicht länger zu umgehen. Strategen der „Marktwirtschaft“ sind offensichtlich zu der Erkenntnis gelangt, daß der auf dem Gebiet der Lohnpolitik bisher verfolgte Kurs gewisser Korrekturen bedurfte.

Mindestlöhne, die dieser Bezeichnung gerecht werden, können zu einer gewissen Abschwächung der größten Asozialitäten des kapitalistischen Entlohnungssystems beitragen.

Aber gibt es in der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft dafür echte Chancen? Zunächst sollte man sich vor Augen führen, daß die Zahlung von Hungerlöhnen, die trotz Vollzeitarbeit nicht zu einem menschenwürdigen Leben reichen, gerade das Ergebnis des „marktwirtschaftlichen Mechanismus“ ist. Die Logik des Systems verliert aber nicht ihre Wirksamkeit dadurch, daß staatlicherseits Mindestlöhne eingeführt werden. Bestenfalls können bestimmte Auswüchse des rabiaten Kapitalismus leicht beschnitten werden. Wenn man solche Minimalnormen auf administrativem Wege durchsetzt, stachelt das natürlich die Unternehmer an, bei der Entlohnung „neue Wege“ zu erkunden, um die Personalkosten so weit wie möglich einzuschränken und gleichzeitig die Preise ihrer Produkte oder Leistungen zu erhöhen. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältiger

Art: Ausweichen auf Scheinselbständigkeit und Werkverträge, Überstunden ohne Bezahlung, Zeit- und Leiharbeit, Minijobs,



Verwendung ausländischer Arbeitssklaven, die keine Forderungen stellen können, und Auslagerung arbeitsaufwendiger Tätigkeiten. Selbst dann, wenn die Unternehmer dabei auf unüberwindliche Hindernisse stoßen sollten, bleibt ihnen immer noch der Ausweg, dem Endverbraucher, der sich gerade erst über höhere Löhne gefreut hat, durch heraufgesetzte Preise oder Tarife in die Tasche zu greifen.

Auf keinen Fall werden die Unternehmer aufgestockte Löhne aus ihren Gewinnen bezahlen, jedenfalls nicht auf Dauer. Die Tendenz deren Anstiegs bei (relativ) sinkenden Einkünften der Beschäftigten bekommt bestenfalls vorübergehend eine leichte Delle, keinesfalls aber einen dauerhaften Knick. Fatal wäre es, wenn sich Linke in der Illusion wiegten, dem System sei durch die Einführung von Mindestlöhnen eine

empfindliche Niederlage beigebracht worden. Solange den Kapitalisten deren ökonomische Machtpositionen, die sich aus dem Eigentum an Produktionsmitteln herleiten, nicht entzogen werden, können sie ihre Trümpfe gegenüber den ständig um ihre Jobs bangenden Arbeitern weiter ausspielen. Diese nehmen eher Vergütungseinbußen oder unbezahlte Mehrarbeit hin, als ihre Arbeitsplätze ganz zu verlieren. Ein Wort zu der Behauptung, die Einführung von Mindestlöhnen koste Arbeitsplätze: Sicher trifft es zu, daß deren obligatorische Gewährung bestimmte Branchen in Schwierigkeiten bringen könnte. Entlassungen oder sogar die Schließung einiger Firmen wären die Folgen. Da aber die Nachfrage nach den betreffenden Produkten oder Leistungen weiterhin besteht, würden diese vermutlich früher oder später durch andere Unternehmen bei entsprechendem höherem Arbeitskräftebedarf mit erzeugt oder erbracht werden. Eine Reduzierung des Angebots entspricht nicht der Funktionsweise kapitalistischer Marktgesetze.

Hinzugefügt sei: Wenn plötzlich einem Teil der Beschäftigten höhere Löhne als bisher gezahlt werden müssen, dann entsteht dadurch ja auch mehr Kaufkraft und finanzierbare Nachfrage, die sich auf die unterschiedlichsten Erzeugnisse bezieht. Auch dadurch würden Arbeitsplatzverluste ausgeglichen.

Bei der von Nahles so zur Schau gestellten Selbstzufriedenheit wird die Tatsache in den Hintergrund gedrängt, daß es sich in Sachen BRD-Mindestlohn um einen Schweizer Käse mit großen Löchern – den sogenannten Ausnahmeregelungen – handelt

Peter Elz, Königs Wusterhausen

„Werd doch Agitprop-Sekretär ...!“

Mein Taxiunternehmer studiert den Abrechnungsbogen mit den Zahlen zur Ausbeute der letzten Schichten. Seit einiger Zeit habe ich es mir zur Gewohnheit gemacht, den durchschnittlichen Stundenlohn pro Schicht zu notieren, um den Chef mit der Nase auf die Niedriglöhne zu stoßen, die er seinen Fahrern zahlt. Diesmal liegt der Stundenlohn meiner erfolgreichsten Schicht bei 7,79 Euro – nicht nur für Weimarer Taxiverhältnisse ein außergewöhnlich hoher Betrag. Auch der Unternehmer B. hält das für bemerkenswert und wiederholt laut die Zahl. So entspinnt sich folgender Dialog:

Ich: „Tja, wir nähern uns dem Mindestlohn ...“
 Er: „Ja, da steht uns noch was bevor! Im Verband haben wir festgestellt, daß die Taxifahrer in Thüringen 5,60 € Stundenlohn

erhalten – und das soll jetzt auf 8,50 € erhöht werden? Wenn der Staat seine Lehrer oder Ärzte mit 2 oder 3 Prozent Erhöhung beglückt, sind alle zufrieden. Und die Taxifahrer sollen gleich eine Lohnerhöhung von mehr als 30% kriegen?!“

Ich: „Na klar, ich wein' dann draußen über das schwere Los der Taxiunternehmer, die künftig alle Betteln gehen müssen. Wer seinen Angestellten Hungerlöhne zahlt, darf sich nicht wundern, wenn der Staat eingreift und wenigstens dafür sorgt, daß Leute, die Vollzeit und mehr arbeiten, einen Lohn erhalten, der zum Leben reicht.“

Darauf er: „Wenn die SED-Kreisleitung wieder mal einen Sekretär für Agitation und Propaganda sucht, schlage ich dich vor – du wärst der richtige Mann dafür.“

Kay Strathus, Weimar

Marxisten und andere Linke haben einen schweren Verlust erlitten. Der profilierte Historiker, unser verlässlicher Mitstreiter

Dr. Norbert Podewin

ist am 10. Juli in Berlin verstorben. Der RotFuchs-Förderverein fühlt sich ihm für solide Wissensvermittlung bei einer Vielzahl von Bildungsveranstaltungen seiner Regionalgruppen zu großem Dank verpflichtet.
 Wir drücken seinen Angehörigen unser tiefempfundenes Beileid aus.

Der Marxismus ist leicht zu begreifen – erkundige dich nach ihm!

Rosa Luxemburg zur Mehrwerttheorie

„Wie jede andere Ware hat auch die Ware Arbeitskraft (AK) ihren bestimmten Wert. Der Wert jeder Ware wird, wie wir wissen, durch die Menge Arbeit bestimmt, die zu ihrer Herstellung erforderlich ist. ... Der Wert der AK wird also dargestellt durch die Menge Arbeit, die zur Herstellung der Lebensmittel u. a. für den Arbeiter nötig ist. ... (Lebensmittel muß man hier im erweiterten Sinne verstehen, also auch Wohnen, Kleidung, Kultur, Kindererziehung und sonstiger Aufwand – W. K.) Der Geldausdruck, d. h. der Preis der Ware Arbeitskraft, heißt Lohn ... Jede Ware wird gekauft wegen des Nutzens, den sie im Gebrauch bringen kann. Würde die menschliche AK keinen anderen Gebrauch für den Käufer zulassen (als nur den Wert ihrer eigenen Erhaltung – W. K.), dann hätte sie für den Käufer keinen Nutzen und könnte nicht als Ware auf dem Markt erscheinen. Die Ware AK muß also im Gebrauch, d. h. bei der Arbeit, nicht bloß ihren eigenen Preis, d. h. den Lohn ersetzen können, sondern darüber hinaus noch Mehrarbeit für den Käufer liefern ...

Allein der moderne Unternehmer hat die angenehme Eigenschaft der menschl-



Grafik: Arno Fleischer

chen Arbeitskraft nicht als erster entdeckt ... Die Sklaverei im Altertum wie das Fronverhältnis und die Leibeigenschaft im Mittelalter beruhen beide auf

der bereits erreichten Produktivität, d. h. der Fähigkeit der menschlichen Arbeit, mehr als einen Menschen zu erhalten. Beide sind auch bloß verschiedene Formen, in denen eine Klasse der Gesellschaft sich diese Produktivität zunutze machte, indem sie sich von der anderen Klasse erhalten ließ. In diesem Sinne sind der antike Sklave wie der mittelalterliche Leibeigene direkte Vorfahren des heutigen Lohnarbeiters. Aber weder im Altertum noch im Mittelalter wurde die AK trotz ihrer Produktivität und trotz ihrer Ausbeutung zur Ware.“ Rosa Luxemburg begründet im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen, daß erst die Trennung der kleinen Warenproduzenten von ihren Produktionsmitteln und ihre juristische Loslösung vom Lohnherren endlich zum „freien“ Lohnarbeiter führten, der nichts mehr zu verkaufen hatte als seine Arbeitskraft. Diese kann nun vom Besitzer der Produktionsmittel, dem Kapitalisten, zum Zweck der Mehrwert-Gewinnung (Ausbeutung) genutzt werden.

Zusammengestellt und knapp kommentiert von **Dr. Werner Kulitzscher, Berlin**

Was Freiheit eigentlich meint

In ihrem Buch „Immer ich“ polemisiert Gisela Steineckert gegen Demagogie und Manipulierung, welche mit dem Begriff „Freiheit“ betrieben werden. Sie schreibt: „Ich wünschte, mir könnte einmal jemand erklären, was Freiheit eigentlich ... meint.“

Zur Beantwortung der Frage ist es nützlich, bei den Ursprüngen anzuknüpfen. Das Ideal der Freiheit, das in der Französischen Revolution von 1789 die Massen bewegte, fand schließlich seinen Ausdruck in der Verwirklichung der bürgerlichen Freiheit des Marktes und der Freiheit zur Ausbeutung von Lohnarbeitern. Dem „Volk“ wurde das Ideal einer abstrakten Freiheit überlassen, was aus unterschiedlichen Gründen besonders gut geeignet erschien, den Klasseninhalt der bourgeois Macht ausübung zu verschleiern. Durch die organisierte Arbeiterbewegung und den Einfluß der Marxisten wurde die Freiheit wieder vom Himmel auf die Erde geholt.

Der Kampf für sie hieß nun – sehr konkret – Freiheit gewerkschaftlicher Betätigung, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen und Verbesserung der sozialen Bedingungen. So trat der Klasseninhalt der Freiheit direkt zutage. Der erste DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl

orientierte sich an den Worten: „Freiheit, die ich meine, welche meinst du, sprich, deine oder meine, das ist wesentlich.“ Auch bürgerliche Autoren waren durchaus dazu in der Lage, Klasseninhalte des Freiheitsbegriffs zumindest zu erahnen. Vor mehr als 50 Jahren schrieb der Mitbegründer der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Paul Sethe: „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“ Das auszusprechen, ist in der „freiheitlichen“ BRD unserer Tage viel schwerer als damals. Heute geht es mehr denn je um die Verschleierung der wirklichen Macht- und Eigentumsverhältnisse, wobei die Freiheitsdemagogie des derzeitigen Bundespräsidenten, der sich als ihr Bannerträger wähnt, eine zentrale Funktion besitzt. Nun handelt es sich bei der Klärung dessen, was „Freiheit eigentlich meint“, tatsächlich um eine knifflige Frage. Hegels Genialität bestand darin, die Freiheit als „Einsicht in die Notwendigkeit“ begriffen zu haben. Ich habe bei Studenten, ja, auch bei Funktionären der Partei oft Erstaunen ausgelöst, wenn ich darauf verwies, daß Hegels Formel nicht die marxistische Auffassung war. Marx und Engels stellten sie gewissermaßen vom Kopf auf die Füße, indem sie die Freiheit als auf der

Erkenntnis der Natur und Gesellschaft erlangte Herrschaft des Menschen über Dinge und Verhältnisse definierten. Dar- aus ergibt sich, daß Freiheit notwendigerweise ein sich ständig verändernder Prozeß ist, dessen Verwirklichung die Tat unterschiedlicher Klassenkräfte und Individuen erfordert. Das Verschweigen dieser Zusammenhänge hat deshalb noch so große Wirkung, weil Gedanken- und Pressefreiheit als *Ideale* im geschichtlichen Verlauf tief verwurzelt sind. Die Illusion, es gäbe Freiheit ohne deren materielle Voraussetzungen, ist fest verankert und deshalb hervorragend dazu geeignet, die Realität zu verschleiern.

Wie wir selbst erfahren haben, wirkte dieser Roßtäuschertrick auch auf Bürger der DDR, die 1989/90 den inhaltsleeren Freiheitsparolen von CDU/CSU, SPD und FDP erlagen und zum Teil noch heute verfallen sind. Nicht wenige von diesen Irreführten erkennen inzwischen, daß die Freiheit der Gestaltung eigener Lebensverhältnisse in Betrieben und Wohngebieten der DDR – trotz bestehender Defizite – eine völlig andere Qualität besaß als das, was uns der bundesdeutsche Kapitalismus heutzutage als Freiheit offeriert.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Neue Medien dürfen kein Tummelplatz für Nazis sein Den Rattenfängern Paroli bieten!

Desinformation, Antikollektivismus, egozentrische Individualisierung und hirnlose Spaßgesellschaft beherrschen den unter Geheimdienstkontrolle befindlichen „Freiraum“ der neuen Medien. Studien besagen, daß inzwischen 93 % der 12- bis 13jährigen das Internet – vornehmlich Facebook und YouTube – nutzen. Sie tun das allerdings fast ausschließlich zu privaten Zwecken. Eine ganze Generation wächst so auf. Auch das staatliche Fernsehen wird bereits in einigen Ländern total, in anderen zunehmend von privaten „Boulevard“-Sendern verdrängt, die „Brot und Spiele“ – mit Werbung durchsetzt – präsentieren. Einerseits bietet das Netz inzwischen jedem die Möglichkeit, sich zu äußern und Zustimmung zu suchen, andererseits offeriert es aber keine umfassende oder zusammenhängende Information, wie sie Printmedien oder TV-Nachrichtensendungen zu entnehmen ist. Der Nutzer muß auf genau das zugreifen, was er haben will, dann bekommt er es in solcher Vielfalt, daß kaum noch Zeit oder Anreiz bleibt, in andere Themenbereiche hineinzuklicken. Wer vor allem Sport sehen will, bekommt ihn frei Haus, erfährt dann aber auch nichts anderes. Auf Netzkumpaneien beschränkte Facebook-Kontakte führen zur Flucht aus der Realität und zum Verlust jeglicher Wertmaßstäbe beim Gewichten und Beurteilen von Nachrichten. Dabei hat doch das, was alle oder zumindest große Gruppen von Internetnutzern betrifft – gemeint sind die Bereiche der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik – weitaus schwerwiegendere Auswirkungen auf jeden einzelnen als dessen persönliche Modemarotten, Hobbyvorlieben oder Querelen mit Bekannten. Rein virtuelle „Bewegungen“ ohne realen Aktionsrückhalt in der Gesellschaft erscheinen im weltweiten Netz als durchaus ebenbürtige Alternativen zu Regierungsstatements, UNO-Beschlüssen oder Programmen großer Parteien und Massenorganisationen wie der Gewerkschaften. „Freie Wahl für freie Bürger?“ Viele junge Menschen leben völlig losgelöst von echter gesellschaftlicher Aktion als schnäppchenjagende Konsumenten und törichte Objekte politischer Manipulation. Das geschieht zur Freude derer, die Solidarität und echte Massenimpulse gar nicht erst aufkommen lassen wollen. In diese Lücke stoßen diffuse faschistische, rassistische und chauvinistische

Akteure der sogenannten „Neuen Rechten“ geschickt vor, indem sie an Hobbys und Eigenarten der „Internet-Jugend“ andocken, um sie medial in ihr Lager zu ziehen. Von offen faschistischen Politseiten der NPD und ähnlicher brauner Zusammenschlüsse soll hier nicht einmal die Rede sein, obwohl es durchaus personelle und

etwas anzufangen: „Gegen Imperialismus und Multikulti!“ oder „Identität verteidigen!“ 0 % Rassismus – 100% identitär“. Leute dieses Schlages setzen bei der individuellen Egozentrik Jugendlicher an. „Was Du gerne hast und wie Du lebst, das ist Deine und unsere kulturelle Identität, die gegen den Ansturm fremder Invasoren

verteidigt werden muß“, lautet die Zugangsformel. 2003 in Frankreich im Geiste der Kolonialapartheid begründet, bildeten die Identitären in Deutschland schon bald 53 Kleingruppen, die auch in natürlich abgestrittener personeller Verbindung zu NPD-Kreisen und der „Jungen Freiheit“ stehen. Dazu zählen u. a. die „Projektwerkstatt Karben“ und das „Zentrum für Jugendidentität und Kultur“ in Dresden.

In deren Nähe befinden sich die sogenannten Antideutschen, die bisweilen in Verbindung mit der unter dem Dach der PDL nistenden „BAG Shalom“ operieren.

Schon auf der Berliner Antinazidemo 2007 schwenkten deren Anhänger Fahnen Israels und der USA unter ihrer Standardparole „Antikapitalismus und Antiimperialismus = Antisemitismus“, die sie in der dubiosen Zeitung „Jungle World“ verbreiten. Zionismus wird als wahrer Sozialismus ausgegeben, noch dazu mit den USA an der Spitze! Auch bei der „Alternativen Rosa-Luxemburg-Kundgebung“ in Berlin pflanzten die Antideutschen ihr Fähnlein auf.

Für esoterisch bewegte Freunde von Bio-nahrung bietet die Naziszene in einigen Gegenden die alte „Blut und Boden“-Variante „mit deutscher Scholle und deutschen Bauern gegen Überfremdung der Märkte in der EU“ an. Es gibt einige braune „Bio-Bauern“ mit Erzeugerläden, die auch als Finanzierungsquelle faschistischer Infrastruktur auf dem Lande dienen. Sogar in der Anti-AKW-Bewegung oder bei der Gründung der Partei Die Grünen firmierten solche Leute, die sich heute als „völkische Siedler“ oder „Heimatschützer“ ausgeben.

Antifaschisten sollten positive oder negative Strömungen im Internet sehr ernst nehmen, zumal junge Menschen das Gros ihrer Nutzer stellen. Es ermöglicht breiteste Beteiligung und neue Sozialisierungsformen. Wir dürfen das Feld zwischen offiziellen Organisationen und diffuser „Internet-Bewegung“ nicht den Menschheitsverderbern überlassen.

Jobst-Heinrich Müller, Lüneburg



Karikatur: Klaus Stuttmann

Internet-Verknüpfungen im Übermaß gibt. Jede Partei besitzt ja längst ihre eigenen Portale.

Abwegige, absurde und scheinbar sehr individuelle Varianten faschistischer Rattenfängerei passen durchaus zum naiven Publikum und dessen Spaß- wie Individualisierungsbedürfnissen. Politischer Bildungsmangel sowie das Prinzip, alles persönlich einmal ausprobieren zu wollen, erleichtern da den Zugang. So gab unlängst ein „Piraten“-Chef der prononciert rechten „Jungen Freiheit“ ein Interview, ohne überhaupt zu wissen, vor wessen Karren er sich spannen ließ. In Dresden trat eine „Piraten“-Kandidatin barbusig auf, wobei sie mit der Parole „Dankeschön für alliierte Bombenangriffe!“ eine nahezu NPD-reife Show lieferte. Die Schüler-Werbepostille „Unicum-Abi“, wohlfinanziert durch Bundeswehrannoncen, lobte den „pädagogisch-fachlichen Wert“ solcher als LARPs (Live Action Role Playing Games) bezeichneten pseudohistorischen Rollenspiel-Schlachten wie „Felder der Ehre“ oder „Mythodea“, die über das Netz organisiert werden. Die nach Tausenden zählenden Teilnehmer solcher Veranstaltungen sind Abiturienten! Ein ideales Rekrutierungsfeld für die als „Ethnopluralisten“ operierenden Verfechter einer altbekannten kulturrassistischen Apartheidpolitik, der sogenannten Identitären-Bewegung! Kaum ein Passant vermag mit deren absurden Parolen auf Stickern und im Internet

Ein Hallenser Student hat das Wort

Die Hochschulen Sachsen-Anhalts, das wie alle anderen östlichen Bundesländer 1990 von der BRD vereinnahmt wurde, sind nach einer kurzen Rekonstruktionsphase, die ihrer Säuberung von allen „marxistischen Übeln der DDR“ folgte, seit etwa 15 Jahren regelmäßigen Strukturpassungsforderungen ausgesetzt. Der Klarheit halber: Strukturpassung bedeutet in diesem Falle, daß die Hochschulen von ihnen angebotene Studiengänge und unterhaltene Fakultäten angesichts sinkender finanzieller Zuweisungen aus dem Landeshaushalt „paßgerecht“ machen müssen. Mit anderen Worten: Es geht um Reduzierung. Die den Bildungseinrichtungen vom Grundgesetz zugestandene Autonomie in Form akademischer Selbstverwaltung verwandelt sich so aus einem ursprünglichen Instrument der Demokratisierung zur Selbstverwaltung des Mangels. Statt die Freiheit von Lehre und Forschung zu schützen, verlangt der kapitalistische Staat, die den Hochschulen zugewiesenen Mittel „effizienter zu verwenden“.

Aufgrund der viel zu geringen Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen wird allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, also auch dem in gewissen Sonntagsreden als „einziger Rohstoff Deutschlands“ angepriesenen Bildungssystem, ein drastisches Spardiktat aufgezwungen. Die Hochschulen können zwar immer bessere

Leistungen in Lehre und Forschung sowie eine stärkere internationale Vernetzung vorweisen, müssen dieses Ziel aber mit ständig schmalerem Budget ansteuern. Das führt zwangsläufig zur Verschlechterung der Lernbedingungen und geht vor allem zu Lasten der prekär beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Obwohl die Zahl der an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) Studierenden zwischen 1993 und 2013 von rund 12 000 auf 20 000 gestiegen ist, werden die Personaletats immer weiter abgeschmolzen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen verringerten sich im gleichen Zeitraum von knapp 4500 auf etwa 1800. 2003 kürzte man das Hochschulbudget um 10%. Bis 2012 waren 76% aller Stellen, die es 1989 an der MLU gegeben hatte, gestrichen worden. Die aktuellen Kürzungspläne sahen für den Zeitraum 2015 bis 2025 jährliche Absenkungen der Gesamtmittel aller Hochschulen Sachsen-Anhalts von fünf Millionen Euro, also insgesamt 50 Mio., vor. Da die MLU aber infolge der Unterfinanzierung bereits ein Defizit von mehr als sechs Millionen Euro auswies und die zusätzlichen Kürzungsvorhaben der Regierung zur Schließung mindestens zweier Fakultäten plus Unimedizin geführt hätten, gründete sich im Herbst 2012 ein Aktionsbündnis gegen die radikalen Abbaupläne. Es rekrutierte sich aus Studierendenvertretungen,

Personalrat, linken Hochschulgruppen (SDS, Jusos, Grüne) sowie den Gewerkschaften GEW und ver.di. Ihm gelang es, zu den größten Demonstrationen gegen die Landespolitik seit der Konterrevolution 1989/90 zu mobilisieren, wobei die Zahlen zwischen 6000 und 10 000 Teilnehmern lagen. Durch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit und ständige Anwesenheit bei Beratungen der Universitätsgremien vermochte das Bündnis vor allem die Studierenden auf die drohende Gefahr der Schließung mehrerer Institute hinzuweisen. Bis heute konnte das verhindert werden.

Solche Erfolge dürfen indes nicht über die Beschränktheit der Aktionen hinwegtäuschen. Es handelt sich derzeit nur um die erste Kürzungsrunde. Die Aktionen haben rein defensiven Charakter, systembedrohende Forderungen werden nicht erhoben. Die eigentliche Crux – auf Ausbeutung beruhende Produktions- und Ausbildungsverhältnisse – kommt dabei nicht zur Sprache.

Um Forschung und Lehre von kurzatmigem Profitdenken zu befreien, bedürfte es einer echten Demokratisierung der Hochschulen. Dazu wäre es notwendig, die Bevölkerung über die wissenschaftsfeindlichen Bestrebungen der Herrschenden aufzuklären und für eine dem Humanismus verpflichtete Politik zu gewinnen. **Stefan Dahn, Halle**

Nützen die „Tafeln“ nur Hilfsbedürftigen?

Seit der 1953 erfolgten Gründung erster „Tafeln“ in der BRD haben sich diese Vereinigungen für die Versorgung Hilfsbedürftiger mit elementaren Lebensmitteln zu einem nahezu selbständigen Wirtschaftszweig entwickelt. Bestimmte Produkte werden inzwischen eigens für „Tafeln“ hergestellt.

Die Bewegung erfährt das gutgemeinte Engagement vieler ehrenamtlicher Helfer, die selbstlos den oftmals ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Mitbürgern ein Überleben auf niedrigem Niveau ermöglichen. Natürlich liegt es im Interesse des Machterhalts der Kapitalisten, soziale Unruheherde gar nicht erst entstehen zu lassen. Vor allem aus diesem Grund erfahren die Organisatoren von „Tafeln“ staatliche Unterstützung, was sich in dem ihnen zuerkannten steuerlichen Status der Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit ausdrückt. Für etliche Unternehmen ist es lukrativ, nicht mehr absetzbare Waren „für humanitäre Zwecke“ zu spenden, um sie als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen zu können. Bei Abholung von Restbeständen durch die „Tafeln“ lassen sich überdies Entsorgungskosten einsparen. Nach außen kann man sich dabei das Mäntelchen praktizierter Nächstenliebe umhängen. Wie christlich und sozial ist

doch „unsere“ Marktwirtschaft! Der Staat belohnt „Tafel“-Organisatoren auf mannigfache Weise, bisweilen sogar mit dem Bundesverdienstkreuz.

Obwohl die „Tafeln“ keines der Probleme der kapitalistischen Gesellschaft lösen können, machen sie durch ihren Appell andere auf die wachsenden Widersprüche zwischen Arm und Reich in der BRD aufmerksam. „Tafeln“ der westlichen Bundesländer besitzen übrigens völlig anders geartete Strukturen ehrenamtlicher Mitarbeit als jene im Osten, wo die Bedürftigen ganz überwiegend ihre Einrichtungen selbst ins Leben gerufen haben und betreiben.

Wer aber sind die eigentlichen Nutznießer? In erster Linie ist das der Staat, der sich – zumindest partiell – von seiner Fürsorgepflicht für Teile der Notleidenden entbunden sieht. Das verschafft Image und spart Geld. Zweitens können die „uneigenützigen“ Spender – gemeint sind hier nicht solidarisch handelnde Einzelpersonen – ihre Überproduktion gegen Zuwendungsbescheide doch noch absetzen.

Übrigens bestehen zunehmend enge Verflechtungen zwischen der Tafelbewegung, Politikern und Wirtschaftskreisen, die ihrerseits von den Rahmenvereinbarungen profitieren. Neben vergünstigten Abnahme- und Lieferbedingungen für den

Eigenbedarf der „Tafeln“ spielen dabei auch vorteilhafte Formen des Kraftstoffbezugs und entsprechende Telekommunikationsverträge eine Rolle.

Auf die Frage, wie man den Grundwiderspruch des Kapitalismus tatsächlich zu lösen vermag, gibt es indes nur eine Antwort: Die Völker bedürfen einer Gesellschaftsordnung, in der es keine „Tafeln“ mehr geben muß. Diesen Anspruch aber kann nur eine klassenkämpferische politische Kraft durchsetzen, die konsequent für die Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel eintritt.

Dipl.-Ing. oec. Günter Brendel, Dresden

Am 14. August um 16 Uhr spricht Hans Bauer, Vorsitzender der GRH und Vorstandsmitglied des RF-Fördervereins, auf einer Veranstaltung der **Berliner „RotFuchs“-Gruppe Johannisthal/Schöneeweide** im Soziokulturellen Zentrum „Ratz Fatz“ (Gartenhaus) in Niederschöneeweide, Schnellerstraße 81, über das Thema

Aktuelle Aufgaben im Kampf zur Durchsetzung der Menschenrechte

Welche Rolle spielt der Internationale Strafgerichtshof? Den Haag ist nicht Nürnberg!

In einer Zeit, in der sich die Tagespolitik fast ausschließlich mit Krisen und Kriegen beschäftigt, werden Völkerrechtsverbrechen und der Bruch elementarer Menschenrechtsnormen zur Gewohnheit. Man nimmt sie gewissermaßen als Begleiterscheinungen des politischen Geschehens hin, weil ja ohnehin niemand zur Verantwortung gezogen wird. Die Eigenschaft des menschlichen Verstandes, Autoritäten und Entscheidungen zu hinterfragen, ist vielen leider abhanden gekommen. Eine perfide Propaganda entzieht ihnen die Fähigkeit, über Zusammenhänge tiefer nachzudenken, zumal sich das Leben der meisten auf einen reinen Existenzkampf reduziert hat. Der verbleibende Rest an frei verfügbarer Zeit wird immer mehr mit Late-Night-, Talk-, Dschungel- und Ekel-Shows sowie Videospielen vergeudet. Da bleibt für eigenes Denken kein Platz. Begriffe wie Recht und Gesetz werden von den Herrschenden bagatellisiert oder instrumentalisiert, wenn sie ins Bild passen, um noch so abstruse Ziele oder Geschehnisse zu rechtfertigen. Dabei war nach dem durch Hitlerdeutschland vorbereiteten und ausgelösten Zweiten Weltkrieg durchaus ein Anfang gemacht worden, um beiden Kategorien wieder Geltung zu verschaffen. Sie bildeten die Grundlage, um Genozidverbrecher und deren Handlanger zur Verantwortung ziehen zu können. Entsprechende Zeichen setzte der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher – die kriminelle „Elite“ der deutschen Faschisten. Mit Hilfe eines neuen demokratischen Völkerrechts wollte man Kriege und damit verbundene Greuelthaten a priori unterbinden. Getragen von allen Nationen der

Welt, jenseits kultureller und moralischer Unterschiede, sollte es Konsens der Staaten sein, den Krieg als Mittel der Politik zu ächten.

Wie wir wissen, sieht die Realität leider ganz anders aus. Allein der Blick auf

Zwecken dient, es sonst aber ohne Skrupel brechen. So ist der helle Schein, der einst von Nürnberg aus einen neuen Weg friedvoller Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten beleuchten sollte, in weiten Regionen der Welt längst erloschen.

Die „neuen Kriege“, über die in Filmen wie „Avangers“ noch phantasiert wurde, sind von der Wirklichkeit längst eingeholt worden. Staatliche Mordkommandos machen auf echte und vermeintliche „Feinde“ Jagd. Bewaffnete Drohnen, die Verdächtige über Handy-Signale orten und mit Hellfire-Raketen bei „Signature Strikes“ in die Luft jagen, ein grenzenloser digitaler und optischer Überwachungsapparat, der weltweit und zeitlich unbegrenzt die intimsten Daten von Nutzern sammelt, gehören inzwischen zum täglichen Szenario. All das geschieht ohne Wissen der Öffentlichkeit und jenseits jeglicher ziviler Kontrolle, stets lautlos und immer tödlich für anvisierte Opfer wie Unbeteiligte. In seinem neuen Buch „Killing Business“ beschreibt der Journalist und Pulitzerpreisträger Mark Mazzetti die Schattenkriegsökologie von CIA und NSA. Diese sind längst zu treibenden Kräften globaler Gewaltanwendung geworden. Während die Foltermethoden des Auspeitschens oder Daumenschraubenanlegens inzwischen durch Waterboarding, permanenten Schlafentzug oder Dauerlärmbeschallung „verfeinert“ worden sind, wird auch der „Krieg der Zukunft“ immer hochgradiger automatisiert. Da das Töten per Drohne Kosten sparen soll, hat die Rüstungsindustrie die Zusammenarbeit mit jenen, welche sie am häufigsten einsetzen, forciert. Neue Generationen von Tötungsautomaten sind bald reif zur „praktischen Erprobung“.

Mit der Bezeichnung X-47 B soll eine Drohne zur Verfügung stehen, die in der Lage ist, ohne menschliche Hilfe und Anweisung selbst Ziele auszusuchen, nach Wichtigkeit zu ordnen und zu entscheiden, ob es sich um Freund oder Feind handelt. Nach welchen Kriterien das geschehen soll, ist vorerst unbekannt. Der automatische Krieg rückt immer näher: „Selektion unwerten Lebens“ per Joystick ... Da brauchen Faschisten keine Auschwitz-Rampen mehr. Der Tod kommt unverbindlich vorbei, wo man sich auch verkriecht. Damit der menschliche Verstand schließlich doch noch die Oberhand über grenzenlose Gewalt auf unserem durch Raubbau aufs schwerste geschädigten Planeten Erde gewinnt und am Ende Sieger bleibt, gilt es unablässig Alarm zu schlagen und alle Vernünftigen wachzutrommeln, ehe es zu spät ist.

Joachim Augustin, Bockhorn (Friesland)



Karikatur: Klaus Stuttmann

Afghanistan, Syrien und Irak läßt uns das Blut in den Adern stocken und angesichts des dort alltäglichen Todes Unschuldiger verstummen. Seit 1945 sind nach seriösen Schätzungen etwa 11,8 Millionen Menschen – davon 93% Zivilisten – bei überwiegend vom Imperialismus angezettelten bewaffneten Konflikten ums Leben gekommen.

2002 wurde aufgrund des Statuts von Rom ein Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) mit Sitz in Den Haag gegründet. Er sollte eine Strafgerichtsbarkeit schaffen, die verhindert, daß Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden ungesühnt begangen werden können. Überführte Täter sollten nach einem ordentlichen Verfahren schuldig gesprochen werden.

Das Statut von Rom wurde indes nur durch 123 Staaten ratifiziert. In bezug auf deren Bürger darf der IStGH tätig werden – vorausgesetzt, daß die jeweilige nationalstaatliche Gerichtsbarkeit die Tat nicht bereits selbst geahndet hat. Obwohl dieses Tribunal keineswegs antiimperialistische Züge trägt, sind die Vereinigten Staaten einer seiner Hauptgegner. Der Kongreß in Washington hat sogar ein Gesetz erlassen, welches es den USA gestattet, in Den Haag angeklagte eigene Staatsbürger mit Waffengewalt zu befreien.

In einer so verworrenen Situation, die eher an Franz Kafkas „Prozeß“ als an normales juristisches Gebaren erinnert, darf es nicht verwundern, wenn Leute wie George W. Bush und Barack Obama oder Israels Benjamin Netanjahu das Völker- und Strafrecht nur dann achten, wenn es ihren

Unser Berliner Genosse

Wolfgang Klages

– Mitglied des Vorstands des RFFördervereins – begeht am 15. August seinen 70. Geburtstag. Wolfgangs besonderes Talent hat ihn zur Malerei geführt, seine Treue zur Sache der Arbeiterklasse in die Reihen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR.

Wir gratulieren dem Künstler und einstigen Tschekisten mit einer festen Umarmung zu seinem ersten Altersring.

Seit 120 Jahren besteht das Internationale Olympische Komitee Irrtümer des Barons de Coubertin

Der durch Baron Pierre de Coubertin formulierte Gedanke war durchaus löblich. Der Begründer der neuzeitlichen Olympischen Spiele, die 1896 wieder zur Tradition wurden, erblickte in der Wiederbelebung des Wettstreits der Antike eine Chance, zur Annäherung der Völker und zur Festigung des am Ende des 19. Jahrhunderts ein weiteres Mal bedrohten Friedens beizutragen. Nicht Sieg oder Niederlage, sondern allein die Teilnahme an den Spielen der Neuzeit sollte den Athleten zur Ehre gereichen. „Dabeisein ist alles“, lautete das Motto. Doch schon in Coubertins ehrenhaftem Ansatz verbarg sich ein grundsätzlicher Irrtum im Hinblick auf die Bewertung der Spiele des Altertums. Nur die Sieger wurden damals geehrt, ihre Namen meißelte man in Stein und stellte für sie Statuen auf. Die Verlierer aber brachten der Polis Schande und wurden deshalb nicht selten geächtet.

Nicht minder irrte sich Coubertin in seiner Bezugnahme auf den britischen Sport, dessen Bedeutung – entgegen seiner landläufigen Bezeichnung als „Fair play“ – eher dem Wortsinn des Verbs to sport (vom Lateinischen disportare = sich vergnügen) entsprach. Also nicht hochgesteckte moralische Ziele, sondern allein das Unterhaltungsbedürfnis der aufsteigenden Bourgeoisie war der Maßstab für sportliche Betätigung. Dabei spielten dann immer unverhohlene kommerzielle Interessen im Hinblick auf populäre Disziplinen wie Fußball eine wesentliche Rolle.

Sport war und ist eben nicht „die schönste Nebensache der Welt“, wie seine Funktion oft idealisiert wird. Schon Coubertin mußte erfahren, daß auch bei dieser Betätigung politische Neutralität eine Utopie ist. Denn bald erkannten die Repräsentanten sie ausrichtender Nationen, welche exzellenten Möglichkeiten zur staatlich-politischen Selbstdarstellung Olympische Spiele boten. Die sich dann offerierenden „neuen Medien“ – Funk und Film – sorgten seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts für

wachsendes Interesse der Bevölkerung am sportlichen Treiben.

Die Anzahl errungener Medaillen wurde zum Synonym für Prestige und Gewicht eines Landes, woraus sich in den Augen vieler eine Art Rangordnung der Nationen ergab.

Eine üble Funktion erfüllten die vom Hitlerstaat ausgerichteten Olympischen Spiele, die 1936 in Berlin stattfanden. Bereits 20 Jahre zuvor waren sie vom IOC an Deutschland vergeben worden, fielen aber wegen des Ersten Weltkrieges ins Wasser. Die Nazis sahen eine Chance, mit Hilfe der Olympiade die internationale Isolierung und weltweite Ächtung ihres Deutschen Reiches unterlaufen zu können, die sie mit ins Maßlose gesteigertem Nationalismus beantwortet hatten.

Allen Boykottappellen zum Trotz, die sich besonders auf den Antisemitismus der deutschen Faschisten bezogen, entschied sich die nordamerikanische Amateur Athletic Union im Dezember 1935 für die Teilnahme. Dem schloß sich das IOC weitgehend an, so daß die Berliner Olympiade 1936 ein gigantisches Medienspektakel zur Aufwertung des Hitlerstaates wurde. Die Goebbels nahestehende Filmemacherin Leni Riefenstahl bezeichnete das Ereignis als „Fest der Völker – Fest der Schönheit“. Die Akzeptanz der himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen, zu denen auch die Zwangsverschickung aller in Berlin lebenden Sinti und Roma an den Stadtrand gehörte, waren gleichsam Vorboden der berüchtigten Beschwichtigungspolitik (Appeasement) der westlichen Mächte im Hinblick auf Kriegsvorbereitungen der Hitler-Faschisten.

Doch nicht wenige Prominente wandten sich gegen eine Austragung der Olympischen Spiele in Hitlers „Reichshauptstadt“. „Ein Regime, das sich stützt auf Zwangsarbeit und Massenverklavung; ein Regime, das den Krieg vorbereitet und nur durch verlogene Propaganda existiert – wie soll ein solches Regime den friedlichen Sport und den freiheitlichen Sportler respektieren?“

erklärte Heinrich Mann 1936 in Paris. Entgegen Coubertins noblen Absichten ist das IOC inzwischen zu einem totalen Zweckbündnis von Macht und Kapital geworden – ein reines Prestigeobjekt des veranstaltenden Staates, der bestrebt ist, aus den Spielen größtmöglichen materiellen und immateriellen Nutzen zu ziehen. Banken, Unternehmen und Fernsehanstalten bestimmen als deren Sponsoren den Ablauf der Spiele. So erwirkte z. B. das japanische Fernsehen NHK die Ansetzung des Marathonlaufes in London 2012 auf 12 Uhr mittags – also zur denkbar ungünstigsten Zeit –, damit seine fernöstlichen Zuschauer das Ereignis im Abendprogramm am Bildschirm verfolgen konnten.

Der frühere Diplomat der faschistischen Franco-Diktatur Spaniens, Juan Antonio Samaranch, hat in seiner 21jährigen Amtszeit als IOC-Präsident (1980–2001) das zuvor nahezu mittellose Komitee zu einer Wirtschaftsmacht ersten Ranges geformt, die mit ihrem Wanderzirkus Milliarden erwirtschaften und an bestimmte Bereiche des Weltsports verteilen kann. Es läßt sich nicht leugnen, daß daraus auch eine politische Verpflichtung erwächst.

„Der Wettbewerb im Markt der Unterhaltung ist knallhart geworden. Schließlich geht es um enorme Beträge. Will der Sport nachhaltig an diesem Kampf teilnehmen und davon wirtschaftlich profitieren, dann muß er ganz bewußt auch die Regeln akzeptieren, die diesen Markt beherrschen“, formulierte Dieter Mussler 2014 in „Sport als Entertainment“.

„Das Ideal vom politisch neutralen, friedensstiftenden Olympia bleibt, wie die Geschichte gezeigt hat, eine Utopie. Im Spiegel der aktuellen politischen Strömungen und Ereignisse erweist sich olympische Moral oft als Doppelmoral“, konstatierte der Göttinger Sporthistoriker Arnd Krüger.

Jens Wollenberg, Schulzendorf

Unser Autor war Leistungssportler und 1971 BRD-Meister über 10 000 Meter.

Ein schwerer Verlust hat uns betroffen. Der Leipziger Hochschuldozent

Dr. sc. Dieter Götze

– er leitete bis zu seiner schweren Erkrankung verlässlich die RF-Regionalgruppe der Messestadt – ist am 23. Juni im Alter von 70 Jahren verstorben. Seine menschlichen Qualitäten und die ihn auszeichnende solide Kenntnis der marxistisch-leninistischen Theorie werden in unserer Erinnerung bewahrt.

Dieters lieber Frau und den anderen Angehörigen gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.

Klaus Köste postum in der Hall of Fame

Mit Olympiasieger Klaus Köste fand der sechste deutsche Turner Eingang in die International Gymnastics Hall of Fame. Er ist damit – nach Erika Zuchold (67) und Steffi Kräker (54) – der dritte Leipziger Star, dem diese Ehre zuteil wurde. Matthias Köste war stellvertretend für seinen im Dezember 2012 mit 69 Jahren verstorbenen Vater Teil der feierlichen Aufnahmezeremonie von Klaus Köste in den „Himmel“ der Geräteartisten. Beeindruckt hat den 46jährigen, daß es 250 Kennern wert war, dabeizusein, wenn im höchsten Gebäude Oklahomas Idole der Vergangenheit geehrt und damit für

die nachfolgenden Generationen bewahrt werden.

Wie anders hier, in der Heimat des Turnens. Auf den Seiten des DTB findet sich nichts zur Vergangenheit. Und auch Leipzig, immerhin mal Olympiabewerberstadt und mit einer gewaltigen sportlichen Geschichte gesegnet, macht wenig aus seinen früheren Assen und nichts aus deren aufbauender Hinterlassenschaft. Traditionspflege von Vorhandenem ist ein Fundament für weltstädtische Entwicklung, und vorhanden ist hier genug. In Oklahoma kann man es besuchen.

Andreas Biskupek
Aus „Der Sport-Senior“

Was an der Lohn- und Preispolitik der DDR nicht stimmte

Schwarzbrote für Rindermägen

Die DDR stand immer in einem erbitterten Abwehrkampf gegen Versuche kapitalistischer Klassengegner im Westen, ihren systematischen Aufbau zu verhindern. Im Laufe der Jahre wurde dieser immer komplizierter, zumal nicht alles auf Anhieb gelang oder problemlos verlief. Nicht zuletzt auch eigene Fehler führten zu den von Westberlin aus gesteuerten Ereignissen des 17. Juni 1953. Die Tatsache, daß Arbeiter bereit waren, gegen Entscheidungen ihrer Führung, die ja fast ausschließlich selbst aus der Arbeiterklasse stammte, zu protestieren, löste damals bei etlichen unserer Funktionäre einen Schock aus. So sensibilisierte sie nicht grundlos das Wort „Streik“ – konnte man doch nicht gegen sich selbst streiken.

Auf einer Kreisbauernkonferenz in Binz auf Rügen – ich war damals ein junger Agronom – wurde ich aus dem Saal gerufen. Hinter der Bühne stand Genosse Georg Ewald, der später dem Politbüro der Partei angehörte, und sagte mit bebender Stimme, in meiner LPG werde gestreikt. Ich solle sofort nach Hause fahren, die Lage sondieren und ihm unverzüglich Bericht erstatten. An Ort und Stelle ergab sich dann, daß ein betrunkenen Melker die Staatssicherheit angerufen und mitgeteilt hatte, er werde am Nachmittag in den Streik treten, weil sein Kachelofen noch immer nicht repariert worden sei.

Besonders negative Auswirkungen auf die Bewußtseinsentwicklung der Bevölkerung hatte die hochgradige Subventionierung der Lebenshaltungskosten, was zu einem sorglosen Umgang mit vielen Dingen des täglichen Bedarfs führte. Durch eine umfassende Analyse der Industrie- und der Landwirtschaftspreise als Grundlage für notwendige Veränderungen war der reale, gesellschaftlich notwendige Aufwand für Produkte und Dienstleistungen festgestellt worden. Dadurch konnten erstmals die wirklichen Lebenshaltungskosten und die Kosten für eine Arbeitsstunde annähernd ermittelt werden. Der nächste und äußerst notwendige Schritt wäre die daraus resultierende Bewertung der menschlichen Arbeit und eine entsprechende Veränderung der Löhne und Gehälter gewesen. Durch die Angleichung der Verbraucherpreise hätte das grundsätzlich keine Auswirkungen auf den Lebensstandard der DDR-Bürger gehabt.

Am 7. August, um 16 Uhr, spricht das Vorstandsmitglied des „RotFuchs“-Fördervereins, der Buchautor **Konstantin Brandt**, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Rostock** im Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, über das Thema

Wie verhielt sich die SPD zwischen 1913 und 1919?

Die staatlichen Subventionen für Verbraucherpreise aller Bereiche waren ja immer aufgewendet worden und mußten nur entsprechend umverteilt werden.

Die Einführung kostendeckender Verbraucherpreise hätte den Menschen das wahre Ausmaß der Vergeudung vor Augen geführt und sie auf einen sparsameren Verbrauch lebensnotwendiger Produkte und Dienstleistungen sowie eine entsprechende Nutzung ihres Wohnraums hingelenkt. Immerhin läßt sich ein Fünfpfennig-Brötchen leichter wegwerfen als eines für 40 Pfennig.

Für fast alle Lebensbereiche wurden durch staatliche Subventionen die tatsächlichen Kosten verharmlosend kaschiert und damit eine gleichgültige Einstellung zum Verbrauch begünstigt. Hinzu kamen auf dem Gebiet der Nahrungsgüterwirtschaft enorme Verluste durch Verfüttern von Lebensmitteln, in denen ein großer sachlicher Aufwand und kostbare Arbeitszeit steckten. So wurden in ländlichen Gebieten etwa 70% des einfachen Schwarzbrottes, das 51 Pfennig kostete, an Rinder verfüttert. Ähnlich verhielt es sich bei Haferflocken und anderen Nahrungsmitteln, die sich für die Aufzucht von Junggeflügel eigneten.

Das Problem bewegte durchaus nicht wenige Menschen. So erzählte ein Abteilungsleiter des Rostocker Konsum-Backwarenbetriebes in der Sauna von seinen Bemühungen, die Schwarzbrot-Verschwendung wenigstens den Sommer über zu unterbrechen. In jenem Jahr war es besonders heiß, so daß die Zahl der Ostseurlaubler unerwartet stark anstieg, was zur Verknappung bei Brot führte. Weil besagtes 51-Pfennig-Schwarzbrot von Menschen kaum noch gegessen wurde, hatte sich unser Abteilungsleiter gefreut, die Produktion des „Mastbullenfutters“ zugunsten anderer Brotsorten vorübergehend einstellen zu können. Das Ergebnis seiner Bemühungen war dann aber, daß man ihn zwang, aus Verwaltungskräften seines Betriebes eine vierte Schicht zu bilden, um das Futterbrot wieder „sortimentsgerecht“ produzieren zu können.

Dieser Zustand war der Partei- und Staatsführung bekannt und wurde dort heftig diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Notwendigkeit einer Korrektur der Verbraucherpreise wie der Löhne.

Doch nichts geschah. Statt dessen hatten bekannte Ökonomen die Beibehaltung der subventionierten Verbraucherpreise zu verteidigen, obgleich einige von ihnen selbst andeuteten, andere Lösungswege zu kennen. Auf einer Berliner Konferenz setzte Günter Schabowski den Schlußstrich unter diese Debatte, indem er den Redebeitrag einer Ingenieurin besonders lobte, welche die niedrigen Verbraucherpreise nachdrücklich verteidigt hatte. Warum wurde die gesellschaftlich

notwendige Preiskorrektur nicht konsequent durchgesetzt? Es gab Befürchtungen der Führung, daß dabei Probleme auftreten würden, die zeitweilig zu scharfen Spannungen führen könnten. Diese Sorge war durchaus berechtigt, wie die Durchführung der Agrarpreisreform zeigte. Für Ökonomen der Landwirtschaft war es relativ einfach, den sachlichen Aufwand z. B. bei der Milchproduktion zu ermitteln. Weitaus schwerer wurde es aber für sie einzuschätzen, welche Auswirkungen die menschliche Initiative auf die Senkung der Herstellungskosten haben würde. Die Möglichkeit, Milch nach Jahrzehnten endlich wieder mit Gewinn produzieren zu können, wirkte auf Mitglieder und Beschäftigte in den LPG und VEG geradezu elektrisierend.

So war eine nachträgliche Herabsetzung des Erzeugerpreises schwierig und unpopulär. Eher wäre dessen bewußt niedrigere Ansetzung möglich gewesen. Bei Bedarf hätte man den Preis dann ja ohne Schwierigkeiten erhöhen können. Von der DDR-Bevölkerung waren bisher keinerlei negative Erfahrungen mit Preisveränderungen gemacht worden – sei es bei der Zusammenführung der niedrigeren Lebensmittelmarken- und der höheren HO-Preise, sei es bei Preisveränderungen im Konsumgüterbereich.

Die möglichen Rationalisierungseffekte, welche die Betriebe entdeckten, um den Produktionsaufwand zu senken, waren weitaus größer als angenommen, und der Gewinn aus der Milchproduktion, um beim Beispiel zu bleiben, stieg sogar über das vorgesehene und gesellschaftlich vertretbare Maß hinaus. Für meine LPG, die erhebliche Mengen erzeugte, war das natürlich ein Glücksfall, weil wir dadurch die aufgenommenen Kredite sehr viel schneller abzahlen konnten.

Bei der Korrektur der Verbraucherpreise wäre der gleiche Effekt eingetreten. Angesichts des enormen Umfangs und ihrer Komplexität hätte man die mögliche Einsparung aber sehr viel schwerer bestimmen können. Eine nachträgliche Korrektur der Preise nach oben wäre politisch nicht denkbar gewesen, zumal die westlichen Medien daraus einen Propagandaschlager ersten Ranges gemacht hätten. Also unterblieben gesellschaftlich notwendige Maßnahmen, die für die Volkswirtschaft außerordentliche Bedeutung gehabt hätten. Das unreal niedrige Lohnvolumen und die „zweite Lohntüte“ in Gestalt stark subventionierter Preise für Produkte, Dienstleistungen und Wohnraum blieben unverändert.

Dr. Dieter Krause, Greifswald

Unser Autor war LPG-Vorsitzender und Leiter des Wissenschaftlich-Technischen Zentrums für Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes Rostock.

Wohnvergnügen im „Szeneviertel“

Da mich mein Weg im Frühjahr 2013 beruflich nach Berlin führte, habe ich mir dort eine Wohnung suchen müssen. Alles, was meinem Freundeskreis hierbei bereits widerfahren war, sollte auch ich über mich ergehen lassen: Massenbesichtigungen im Pulk von 50 Mitbewerbern oder Inaugenscheinnahme eher schäbiger Löcher. Hinzu kamen jene privaten Vermieter, welche Bewerbungsunterlagen, möglichst mit Porträtfoto, verlangten und obendrein noch einen mehr oder weniger klugen Text, aus dem hervorgehen sollte, daß man das ihnen angebotene Quartier für geradezu ideal halte. Die kommunalen Anbieter schienen vom Ansturm der Wohnungsuchenden total überfordert.

Endlich – nach fünf Monaten Suche – konnte ich eine sanierte Altbauwohnung im früheren Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg, der nach erheblichen sozialen Umgruppierungen immer mehr zu einem „Szeneviertel“ wurde, beziehen. Die Modernisierung meines neuen Heimes beschränkt sich auf Küche und Bad. Im großen Flur gibt es keine Steckdose. Die Wohnungstür schließt auch nach zwei Reparaturanläufen noch immer

nicht richtig. Der einstmals imposante Deckenstuck im Wohnzimmer wurde mit weißer Farbe übertüncht. Die in Aussicht gestellte Klingel- und Gegensprechanlage fehlt weiterhin, so daß es altbewährter Klopfzeichen bedarf. Der Hausverteilerkasten für die Telekommunikation hängt in einer Plastiktüte unter freiem Himmel im Hinterhof.

Mein 42 Quadratmeter großes „Wohnvergnügen“ kostet im Monat 595 Euro Warmmiete. Bei all dem ist mir eines klar geworden. Wohnraum wird inzwischen so billig wie möglich saniert oder modernisiert, um aus ihm höchstmöglichen Profit zu schlagen.

Hier drängt sich ein Vergleich zur 1990 durch die BRD vereinnahmten DDR auf. Unter sozialistischen Bedingungen waren Miethäuser meist Volkseigentum oder gehörten Genossenschaften. Kaum jemand konnte sich daran bereichern.

Um der Platitüde „Die Kommunisten haben ja alles verfallen lassen!“ gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen, sei eingestanden: Bei der Sanierung unserer Altbausubstanz gab es enorme Defizite. Das war Bauminister Wolfgang Junker durchaus bekannt. Doch so sehr er sich

auch um Abhilfe bemühte, sein Drängen auf Modernisierung unansehnlicher alter Gebäude stieß beim SED-Politbüro auf taube Ohren. Das konzentrierte sich auf die drei Millionen Einheiten des von ihm nicht ganz grundlos favorisierten Wohnungsneubauprogramms. Es sollte 1990 abgeschlossen sein. Ob es danach einen Schwerpunkt „Modernisierung von Altbauten“ geben sollte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Für die Renovierung der Altbaugebiete hätten die DDR-Bürger zweifellos in die Tasche greifen müssen. Ohne eine angemessene Mieterhöhung wäre es nicht gegangen. Bekanntlich sind heutige BRD-Bürger ja auch dazu bereit, mehr als ein Drittel ihres Nettoeinkommens für die Miete hinzulegen. Doch es gab einen wesentlichen Unterschied: Während es in der DDR bei Mieterhöhungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Revolte gekommen wäre, wird die gnadenlose BRD-Mietpolitik stillschweigend hingenommen. Daraus ergibt sich wohl, daß die Angepaßtheit der Menschen im kapitalistischen Deutschland sehr viel ausgeprägter ist, als sie es jemals im Sozialismus war.

Rico Jalowietzki

Rückkehr in mein verlorenes Land

Es ist kalt geworden in Deutschland – mitten im Sommer. Da denkt und träumt man unwillkürlich über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Doch wo hat es mir am besten gefallen?

Ginge es allein um die Landschaft, dann fiel mir die Entscheidung schwer. Ich müßte sie zwischen der seidenweichen, von Zitrusfrüchten gesättigten Luft Zyperns, dem durchdringenden Zikadenton in der Weite der durchglühten Sahara, dem lila-dunklen schottischen Hochland und den am Horizont bei Annäherung wachsenden weißgesäumten Bergen der Alpen treffen. Als gebürtige Mecklenburgerin habe ich den starken Zug der Ostsee gespürt. Ihre Schönheit schmerzt, überwältigt mich. Ich mag sie, wenn sie strahlend blau am Ende des vertrauten Birkenweges wie in einem Fenster auftaucht, sie gefällt mir, wenn sie auf schmalen Sandstrand die Füße umspült. Sie bezaubert mich, wenn sie bei Sturm über die Mole schäumt, wenn mich ein starker Wind mit Gischt bespritzt und mit scharfem Sand übersät. Mir liegen die groben Steine auf dem Kliff, die anliegenden Uferschwalben bereiten mir ebenso Freude wie die auf Reede liegenden Schiffe. Was mich bei all den schönen Erinnerungen frösteln läßt, ist die wachsende soziale Kälte in diesem Land.

Auf Kuba, einem Stachel im Fleisch des Kapitalismus, könnte ich leben. In meinem Gedächtnis haftet unsere Reise dorthin Anfang der 90er Jahre. Es war wie eine

Rückkehr in mein verlorenes Land, war Heimkommen.

Dabei mutet doch vieles dort recht exotisch an. Morgens saugen winzige Kolibris den Nektar aus den Blüten am Balkon. Sie stehen mit sirrenden Flügeln in der Luft. In der Hecke hinter dem Hotel baumelt ein Nest am Zweig, nicht größer als ein 50-Pfennigstück. In der bunten Märchenwelt am Riff necken wir einen Kalmar. Schlagartig wechselt er seine Farbe von rot nach grellweiß. Zu einer Tintenwolke, die wir herausfordern möchten, entschließt er sich aber nicht. Abends lachen wir über den dicken Ochsenfrosch, der quer durchs Lokal wandert.

Doch vor allem sind es die Menschen und deren Lebensweise, die uns beeindrucken. Die Kubaner sind fröhlich, haben stets Vorfahrt auf ihren überladenen Rädern, manche mit drei Personen besetzt. Zu Recht sind sie stolz auf ihre Schulen und Krankenhäuser, die sie natürlich unentgeltlich nutzen dürfen und die im Unterschied zu anderen Gebäuden in frischen Farben leuchten.

Was macht es da schon, daß die Tür des Hubschraubers, der uns über die Insel trägt, nur mit einem einfachen Überschlagerriegel gesichert ist. Der dunkelhäutige Pilot singt während des ganzen Fluges. Kubaner sind schöne Menschen, ob tiefschwarz oder weiß. Rassendiskriminierung gibt es nicht. Frauen und Männer leben und arbeiten gleichberechtigt.

Verstehst du, warum ich, wäre ich jünger, gerne nach Kuba übersiedeln würde? Da dies aber illusorisch ist, gilt meine Solidarität ganz und gar den kubanischen Kindern wie der durch die karibische Insel der Freiheit vermittelten Vision einer besseren Welt.

Edda Winkel

Ein ideenreicher und immer noch produktiver Wissenschaftler vollendet am 3. August sein 80. Lebensjahr. Wir übermitteln unserem bewährten und verdienstvollen Mitstreiter

Dr. Ehrenfried Pößneck

aus Dresden herzlichste Grüße und beste Wünsche für die weitere Stabilisierung seiner Gesundheit!

Am 7. August begeht der lebens- und kampferfahrene Kommunist

Jochen Peters

aus Suhl seinen 85. Geburtstag. Schon früh zum „RotFuchs“ gestoßen, hat Jochen seine Möglichkeiten als Multiplikator marxistischer Ideen auch für die ständige Verbreitung der Positionen unserer Zeitschrift und des Fördervereins genutzt. Laß Dir von ganzem Herzen gratulieren, lieber Freund!

Basil Porik kämpfte und fiel in der französischen Résistance Ein ukrainischer „Held der Sowjetunion“

Basil Porik war ein Leutnant der Roten Armee. Während zu Zeiten der UdSSR auf seine ukrainische Nationalität nicht besonders hätte hingewiesen werden müssen, weil alle Sowjetbürger gleichermaßen für ihr gemeinsames Vaterland einstanden, hat deren Erwähnung angesichts der Errichtung des faschistoiden Kiewer Regimes einen tiefen Sinn. Der junge Offizier, von dem hier die Rede ist, war nämlich ein postmortal als „Held der Sowjetunion“ geehrter Kämpfer der französischen Résistance.

Hier ist die Geschichte dieses mutigen Mannes, dem seine Heimat auf dem Friedhof des Städtchens Hénin-Beaumont das einzige sowjetische Denkmal in Frankreich errichtete. Damals erhielt Poriks westukrainisches Heimatdorf den Namen seines unerschrockenen Sohnes. Dort schuf man ihm zu Ehren auch ein Museum, während nach dem Roman Jurij Lyssenkos „Die Gefangenen von Beaumont“ ein Basil Porik gewidmeter Film gedreht wurde. In den Reihen der maßgeblich von der FKP und deren Führern Maurice Thorez, Marcel Cachin und Jacques Duclos geprägten Francs-Tireurs et Partisans (F. T. P.) kämpfte der ukrainische Rotarmist gegen die Nazideutschland dienstbaren Rechtsextremisten im Norden des Landes. Sie versetzten den Okkupanten wie deren einheimischen Kollaborateuren schwere Schläge.

Jedes Jahr erweisen Einwohner von Hénin-Beaumont dem Andenken des in ihrer Region gefallenen sowjetischen Kommunisten und Internationalisten auf dem Friedhof der Stadt, wo Basil Porik nach der Befreiung bestattet wurde, die Ehre.

Wer war und was tat der junge Antifaschist, den es nach Frankreich verschlug? Der Bauernsohn Basil Porik absolvierte 1941 die sowjetische Offiziersschule in Charkow. In der Folgezeit nahm er als Leutnant der Roten Armee am Großen Vaterländischen Krieg der sowjetischen Völker teil, bis er 1943 in faschistische Gefangenschaft geriet. Wie viele seiner Schicksalsgefährten wurde er zur Zwangsarbeit in das nordfranzösische Departement Pas-de-Calais deportiert. In einer Grube der Minen von Drocourt mußte er unterm Tage schuften. Dort teilten sein Los mehr als 7800 ukrainische Zwangsarbeiter, sowjetische Kriegsgefangene und nach Frankreich verschleppte Serben. Das den Hitlerfaschisten seit 1942 den strategischen Rohstoff Kohle liefernde Revier galt als „absolute Sperrzone“. In Marles-les-Mines bei Auzin wurden in Sichtweite zu den Schächten zahlreiche Barackenlager errichtet. Obwohl sie von den ihren Nazi-Brotherren bedingungslos ergeben wallonischen Gendarmen scharf bewacht wurden, gelang es kommunistischen Kämpfern der

Résistance, Kontakt zu den Gefangenen aufzunehmen und einen Teil von ihnen in eigene Aktionen einzubeziehen. Die aus den Camps Geflohenen konnten meist bei



Basil Porik

Bergarbeiterfamilien in der Region mehr oder weniger sicher untergebracht werden. Im Herzen des „schwarzen Landes“, wie das französisch-belgische Kohlere-



Monument für den „Helden der Sowjetunion“ auf dem Friedhof von Hénin-Beaumont

vier genannt wurde, schlossen sich viele Geflüchtete den Partisanen an. Basil Porik, der aus dem Lager von Beaumont-en-Artois hatte entweichen können, wurde im Herbst 1943 durch die

FKP-Mitglieder Gaston und Emilie Offre Unterschlupf gewährt.

Der ukrainische Rotarmist erlebte einen raschen Aufstieg in der Widerstandsbe-
wegung. Unter dem Befehl des F.T.P.-Kommandeurs Victor Tourtois übernahm er die Leitung einer Gruppe sowjetischer Kämpfer, die dem Gegner ernste Verluste zufügte. Ihre Schläge richteten sich vor allem gegen das mit den Hitleristen unter einer Decke steckende Vichy-Regime, das in der Marschall Petain eingeräumten „unbesetzten Zone“ sein schmutziges Spiel trieb.

Ende April 1944 umzingelten die deutschen Faschisten Hénin-Liétard, nachdem sie erfahren hatten, daß dort geflüchtete sowjetische Militärs bei französischen Familien untergetaucht waren. Während sich Basil Kolesnik, Poriks engster Mitstreiter, nach heldenhaftem Kampf und der Tötung von elf Faschisten selbst die letzte Kugel gab, wurde Basil Porik ins Bein getroffen und in ein Gefängnis bei Arras verschleppt, wo man ihn grausamer Folter unterwarf. Doch am 25. April gelang ihm abermals die Flucht. In das Haus der Genossen Offre zurückgekehrt, nahm er trotz seiner Verletzung den Kampf sofort wieder auf. Noch einmal forderte der Bolschewik Basil Porik Hitlers 3. Reich heraus.

Auf seinen Kopf wurde nun ein hoher Preis ausgesetzt. Am 5. Mai 1944 fiel er den Verfolgern in die Hände. Aufschwerste verwundet und dem Tode bereits nahe, wurde er noch am selben Tag in der Zitadelle von Arras erschossen.

In der örtlichen Zeitung „L' Héninois“ würdigte Colonel Lhermitte, einst Teilnehmer des Kampfes der F.T.P., Anfang der 60er Jahre „den legendären Mut des Offiziers der Roten Armee“. Und der kommunistische Journalist André Démarez schrieb: „Am Beginn des bewaffneten Kampfes der Résistance sprach noch niemand von Porik, der später dank der Entscheidung von Victor Tourtois zum engeren Kreis der F.T.P. gehörte.“

In den 60er Jahren erhob die UdSSR den tapferen Ukrainer in den Rang eines „Helden der Sowjetunion“. Gleichzeitig gab sie eine ihn darstellende Granitskulptur in Auftrag. Am 18. Februar 1968 waren zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen der sowjetische Marschall Sokolowski und andere herausragende Kämpfer der Antihitlerkoalition, auf dem Friedhof von Hénin-Liétard bei deren feierlicher Enthüllung zugegen. Während Washington zur selben Zeit seine Aggression gegen Vietnam auf die Spitze trieb, würdigte Moskaus Botschafter in Paris die „französisch-sowjetische Zusammenarbeit, für die unsere besten Söhne ihr Blut vergossen haben“.

RF, gestützt auf „Initiative Communiste“, Paris, und „Étincelles“, Le Creuzot

Westliche Stimmen zum Machtwechsel in der Ukraine

Ein durch die NATO inspirierter Putsch

„Es war ein durch die Vereinigten Staaten angezettelter ukrainischer Putsch“, überschrieb der US-Friedensrat eine am 25. April der Öffentlichkeit übergebene Erklärung. Sie wurde in der australischen Zeitschrift „the Beacon“ – dem Monatsblatt der Melbourne Unitarian Peace Memorial Church – abgedruckt und redaktionell kommentiert. „Das US-Establishment gibt einmal mehr einen gewalttätigen Staatsstreich als demokratischen Aufstand aus“, heißt es in dem Dokument. „Die Regierungen der NATO-Staaten und deren Medien zeigen mit Fingern auf Rußland, während die eigentliche Provokation verschleiert wird.“

„Das Washingtoner State Department hat keineswegs nur Kekse an einige auf dem Maidan Protestierende verteilt, sondern auch gleich den Austausch der kompletten Regierung vorgenommen.“ Die USA hätten fünf Milliarden Dollar lockergemacht, um der Ukraine Demokratie zu beschern.

Der US-Friedensrat ruft unwiderlegbare Tatsachen ins Gedächtnis: „Wir sollten nicht vergessen, wie regierungsfeindliche Proteste in anderen Ländern durch die CIA angezettelt oder für dubiose Zwecke ausgenutzt wurden. Das CIA-Drehbuch ist unendlich viele Male wiederholt worden: von Iran (1953) über Chile (1973), Haiti (1991 und 2004), Jugoslawien (in den 90er Jahren) bis zu Honduras (2009), Libyen, Ägypten, Syrien und Venezuela, um nur einige Länder zu nennen. Immer kam es zum Sturz von Regierungen.“

Weiter heißt es: „Auch im Falle der Ukraine sollten wir das Ziel des Putsches nicht verkennen.“ Den monopolkapitalistischen Kreisen gehe es in erster Linie darum, der Ukraine die nationale Souveränität zu entreißen, ihre Ressourcen wie ihre Industrie durch totale Privatisierung zu stehlen und die Gewerkschaften wie die Zivilgesellschaft an die Kette zu legen.

Auch die in Glasgow erscheinende Zeitschrift „The Socialist Correspondent“ analysierte die Machtübernahme faschistisch-proimperialistischer Kräfte in der Ukraine.

„Obwohl Janukowitschs korrupte Regierung unpopulär war, wurde sie immerhin demokratisch gewählt, und niemand hat 2010, als das geschah, diese Tatsache in Zweifel gezogen“, konstatierte das angesehene Blatt britischer Marxisten. Seitdem diese Regierung aus dem Amt vertrieben worden sei, bestehe das Regime der Ukraine aus rechtsgerichteten und neonazistischen Parteien. Sehe man von Spanien, Portugal und Griechenland ab, dann markiere diese Tatsache die erstmalige Regierungsübernahme

durch offene Faschisten im Nachkriegs-Europa. Während sich bei den Protesten in Kiew der aus Kreisen neuer Nazis formierte Rechte Sektor als führende Kraft erwiesen habe, seien in Windeseile 60 000 Mann umfassende paramilitärische Faschisten-Verbände der sogenannten Nationalgarde aufgestellt und zum Amok-



15. Dezember 2013: Flankiert von Senator Chris Murphy aus Obamas Demokratischer Partei und dem faschistischen Swoboda-Anführer Oleg Tjagnibok spricht der einstige republikanische Präsidentschaftskandidat und heutige Senator John McCain zum Kiewer Maidan-Mob.

lauf in die Ostukraine entsandt worden. „Regierungschef“ Jazenjuk, der bereits Außen- und Wirtschaftsminister war, betrachte sich angesichts der durch ihn in Aussicht gestellten „Sparmaßnahmen“ selbst als „den unpopulärsten Ministerpräsidenten in der ganzen Geschichte des Landes“. Wie „demokratisch“ die neue Herrschaft sei, illustriere allein die Tatsache, daß gleich drei Präsident Poroschenko im Geldwert ebenbürtige milliardenschwere Oligarchen – die kriminellen Räuber des einstigen Volkseigentums der Sowjetukraine – als Gouverneure in Charkow, Dnipropetrowsk und im Donbass eingesetzt worden seien.

„The Socialist Correspondent“ verdeutlichte das ganze Maß der Verstrickung westlicher Mächte in die Auslösung der Ukraine-Krise. Schon sehr früh hätten der polnische, der litauische und der holländische Botschafter an den regierungsfeindlichen Demonstrationen teilgenommen. Auch ranghohe Staatsmänner und Diplomaten der USA und anderer NATO-Mächte – darunter der BRD – seien eigens zu Einmischungszwecken nach Kiew gereist. Nicht weniger als 2200 sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – oft mit Geheimdiensthintergrund – hätten an der „Operation Ukraine“ mitgewirkt. Während Victoria Nuland, Unterstaatssekretärin im U.S. State Department für europäische und asiatische Angelegenheiten, vor dem Putsch zumindest vier Reisen nach Kiew unternommen habe und wissen ließ, seit 1990 seien durch Washington fünf

Milliarden Dollar „in die Ukraine gesteckt“ worden, durfte auch US-Außenminister John Kerry nicht fehlen. Unverdrossen reihte er sich unter die „Maidan-Aktivisten“ ein und forderte sie zum Sturz der gewählten Regierung eines Staates auf, mit dem die USA diplomatische Beziehungen unterhalten. „The Socialist Correspondent“ bezeichnete das als Hohn auf das Völkerrecht. Die Zeitschrift rief auch den Part der BRD ins Gedächtnis: „Deutschland spielte die Schlüsselrolle beim Aufbrechen Jugoslawiens, womit es sein einstiges Kriegsziel, den Balkan zu kontrollieren, verwirklichen konnte. Auch die Ukraine ist ja im historischen Sinne ein Opfer des deutschen Imperialismus. Der Vertrag von Brest-Litowsk zwang 1918 die Bolschewiki, auf die Ukraine des Friedens willen zu verzichten. 1941 rissen sie dann die Nazis mit Gewalt an sich.“

Rußland wünsche sich eine neutrale Ukraine außerhalb der NATO, resümiert das Glasgower Blatt. Obwohl kein sozialistisches Land mehr, habe es indes seine Fähigkeit bewiesen, der Expansion des Westens Einhalt zu gebieten.

Dabei sei Moskau keineswegs isoliert. So hätten sich in der UNO-Vollversammlung bei der Abstimmung über das Krimreferendum nicht weniger als 69 Staaten der Stimme enthalten oder für die russische Position votiert. Stimmabstinenz übten z. B. China, Brasilien, Indien und Südafrika – allesamt Mitglieder der sogenannten BRICS-Gruppe.

„Die Erosion der unipolaren Weltordnung seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich durch die Ukraine-Krise beschleunigt, während Rußland als aufsteigende Großmacht neues Selbstvertrauen gewinnt. Es ist nicht gewillt, der 20jährigen NATO-Ausdehnung auf seine Kosten weiterhin keinen Widerstand entgegenzusetzen.“

RF, gestützt auf „the Beacon“, Melbourne, und „The Socialist Correspondent“, Glasgow

Unser erfahrener und dem RF eng verbundener Kampfgefährte

Winfried Freundt

aus Jena wird am 27. August 90 Jahre alt. Als ideenreicher Leserbriefverfasser und ständiger Dialogpartner unserer Zeitschrift hat uns Genosse Freundt immer wieder sein Wissen zur Verfügung gestellt. Aus Anlaß seines besonderen Ehrentages übermitteln wir ihm wärmste Grüße aus dem Berliner „RotFuchs“-Kessel.

Vor 60 Jahren wehte Vietnams rotes Siegesbanner über Diên Biên Phu

Debakel einer Kolonialmacht

Vor 60 Jahren wurde das rote Banner mit dem goldenen Stern – die Flagge der Demokratischen Republik Vietnam – über der letzten Rückzugsbasis der bereits geschlagenen französischen Kolonialtruppen aufgezogen. Der Fall der mit modernster Kampftechnik bestückten Festung Diên Biên Phu wurde für das tapfere südostasiatische Volk, was für die Franzosen Valmy und nicht nur für Sowjetbürger Stalingrad bedeutete. Dort fand die Entscheidungsschlacht eines seit 1945 mit übermenschlichen Anstrengungen und enormen Opfern geführten Befreiungskampfes einer Nation statt, die zuvor schon der Okkupationsgewalt des kaiserlichfaschistischen Japans widerstanden hatte. Das, was dem aus französischen Elitegruppen und Fremdenlegionären – darunter nicht wenigen früheren SS-Leuten, auch solchen aus der Westukraine – bestehenden Expeditionskorps der Grande Nation geschah, hatten dessen Generale für undenkbar gehalten. „Zur Ehre der Legion“ muß gesagt werden, daß in ihren Reihen auch etliche deutsche Antifaschisten, mehrheitlich aus den 999er Strafbataillonen, standen, die dann zur vietnamesischen Volksarmee übergingen und bei ihrer späteren Ankunft in der DDR stürmisch gefeiert wurden.

Die in Vietnam operierenden französischen Verbände wurden von besonders erfahrenen Kommandeuren befehligt, denen es nicht an Nachschub fehlte. Doch die Arbeiter im „Mutterland“ nannten das Wüten der Kolonialsoldateska von Beginn an „La sale guerre“ – den schmutzigen Krieg der Bourgeoisie. Er verschlang gewaltige Summen, was sich auf den damals noch sehr bescheidenen Lebensstandard der französischen Bevölkerung unmittelbar auswirkte. Die in jener Zeit sehr einflußreiche und auf marxistisch-leninistischen Positionen stehende FKP – sie erhielt bis zu einem Viertel der Wählerstimmen – und die von ihr geführte Gewerkschaftszentrale CGT organisierten sofort den Widerstand gegen den Kolonialterror der Armee des eigenen Landes.

Anfang 1954 beschloß der Generalstab der vietnamesischen Volksarmee mit Ho Chi Minh und Võ Nguyên Giáp an der Spitze unter Abwägung des fortgeschrittenen Demoralisierungsgrades der gegnerischen Streitkräfte, den entscheidenden Schlag vorzubereiten. Als Schauplatz wurde Diên Biên Phu ausgewählt, das Frankreichs Expeditionskorps zu einer Festung ausgebaut hatte, die Experten für uneinnehmbar hielten. Von dort aus wollte man die verlorene Offensive zurückgewinnen. Die zahlenmäßige Stärke der Garnison betrug am 7. Mai 1954 etwas über 14 000 Mann. Die Volksarmee hatte auf geheimen Wegen in Teile zerlegte Geschütze und anderes schweres Gerät heranschaffen lassen – ein Vorgang, der später durch den legendären

Ho Chi Minh-Pfad nach Südvietnam seine Wiederholung finden sollte. General Giáp und sein Stab nannten die leistungsfähigen Peugeot-Fahrräder, an denen sich Lasten bis zu 250 kg anbringen ließen, die



General Giáp im Jahre 1954

„Taxis von der Marne“. In seinen Memoiren bezifferte der Kommandierende die Ende 1953 erreichte Mannschaftsstärke der Viet Minh mit 252 000 Mann.

Am Vorabend der Schlacht von Diên Biên Phu war das Fort von 80 000 Männern und



Die „Taxis von der Marne“

Frauen der Volksarmee, die sich ein weitläufiges Grabensystem geschaffen hatten, eingeschlossen. Am 5. Februar hatten die Bo doi, wie die vietnamesischen Kämpfer in der Landessprache hießen, den Ring fest geschlossen. Ihr Großangriff wurde am 13. März mit intensiver Artillerievorbereitung eingeleitet, was bei den Franzosen einen regelrechten Schock auslöste. Zugleich konnten die Funkverbindungen der Festung unterbrochen werden. Der Angriff der Bo doi erfolgte in Wellen. Am 16. März beschädigten die vietnamesischen Artilleristen den Flugplatz der

Festung so schwer, daß er als Nachschubbasis für die eingekesselte Garnison ausfiel. Am 23. April wurde er eingenommen. Der eigentliche Sturmangriff begann am Abend des 1. Mai. Nach 57 Stunden ununterbrochenen Kampfes fiel die von Paris bis zuletzt als „absolut sicher“ betrachtete Festung. Am 7. Mai wurde die Fahne Vietnams über Diên Biên Phu aufgezogen. 10 000 französische Militärs und Fremdenlegionäre hatten sich zuvor ergeben. Als General Giáp Jahre danach eine Analyse des seinerzeitigen Geschehens vornahm, vertrat er den Standpunkt, die französischen Militärs hätten „nach ihrer formalen Logik die Lage völlig richtig eingeschätzt.“

Die Volksarmee operierte 500 bis 600 Kilometer von ihren eigentlichen Basen entfernt, die Soldaten mußten innerhalb von 20 Tagen über diese Distanz auf das künftige Schlachtfeld herangeführt werden. Und es gelang, 260 000 Träger zu mobilisieren, die von sich sagten, ihre Füße seien aus Eisen gewesen. Die Franzosen hielten all das nicht grundlos für unmöglich. General Henri Navarre meinte dazu, daß wir seine Truppen in offener Feldschlacht niemals geschlagen hätten. Doch von uns waren 45 Kilometer Gräben ausgehoben und Nachrichtenkanäle über eine Distanz von 450 Kilometern geschaffen worden.“

Diên Biên Phu war die längste, erbitterteste und mörderischste Schlacht seit dem Zweiten Weltkrieg – ein Kulminationspunkt im antikolonialen Befreiungskampf der Völker. Mit der Belagerung des Forts verfolgte die DRV sowohl ein militärisches als auch ein diplomatisches Ziel. Es ging ihr darum, Frankreich unter für sie optimalen Bedingungen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Am 20. Juli 1954 wurde das Genfer Friedensabkommen unterzeichnet. Die Franzosen mußten sich aus Indochina zurückziehen.

Doch die USA entfesselten schon bald den nächsten „schmutzigen Krieg“. Während im Landesnorden die Demokratische Republik Vietnam bestand, die sich danach als sozialistischer Staat konstituierte, wurden im Süden aufeinanderfolgende Marionettenregime installiert. Am 16. Oktober 1956 rief der später ins Visier seiner Gönner geratene und durch sie kaltblütig umgelegte Diktator Ngô Đình Diêm eine Pseudorepublik Vietnam von Washingtons Gnaden aus.

Der zweite Indochina-Krieg, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen, endete am 1. Mai 1973 mit der überstürzten Hubschrauberflucht der letzten Amis und einiger ihrer Lakaian vom Dach der Saigoner Botschaft der Vereinigten Staaten. Seitdem trägt die Stadt den Namen Ho Chi Minhs.

RF, gestützt auf „Étincelles“, Theorieorgan des PRCF, Le Creuzot, Frankreich

Chile: Kühne Pläne, kluge Projekte und knallharter Widerstand

Michelle Bachelets zweite Amtszeit

Am 11. März wurde in Santiagos Präsidentenpalast La Moneda, wo Salvador Allende im blutigen Herbst 1973 den Tod fand, eine wichtige Wählerentscheidung realisiert: Die 62jährige Kinderärztin Michelle Bachelet, die einst als politische Emigrantin aus der Sozialistischen Partei in der DDR ihre Ausbildung abschließen konnte, wurde als Chiles drittes Staatsoberhaupt nach dem Sturz Pinochets in ihr Amt eingeführt. Der rechtsgerichtete Vorgänger Sebastián Piñera, der sich abermals beworben hatte, war beim Urnengang gescheitert. Während der Wahlkampagne hatte die erstmals von Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten gemeinsam unterstützte Politikerin unerlässliche gesellschaftliche Veränderungen in Aussicht gestellt: eine Bildungs- und eine Steuerreform sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, welche an die Stelle des noch unter General Augusto Pinochet eingeführten Machwerks treten soll.

In ihrer ersten Amtsperiode hatte sich Michelle Bachelet unter Berücksichtigung des damals noch die politische Rechte begünstigenden Kräfteverhältnisses mit echten Reformschritten zurückgehalten. Die 34 Mitgliedsstaaten umfassende Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – von Kubas „Granma“ als „Eliteklub reicher kapitalistischer Länder“ bezeichnet – wies Chile in puncto sozialer Ungleichheiten den ersten Platz in der Welt zu. Nach einer OECD-Studie sind in der Andenrepublik die Einkünfte des vermögendsten Zehntels der Bevölkerung 27mal höher als die des ärmsten Zehntels. Nach offiziellen Angaben gelten allerdings „nur“ 14,4% der Landesbürger als arm, davon 2,8% als extrem verelendet. Ein besonderes Protestpotential bilden seit Jahren die Studenten: Mit der damaligen Vizepräsidentin ihres Verbandes, der heutigen kommunistischen Parlamentsabgeordneten Camila Vallejo an der Spitze, führten sie einen landesweiten Streik für kostenlose und qualitativ hochwertige Bildungsvermittlung sowie die Beseitigung des sogenannten Universitäts-Busineß durch. Auch der Sorgen konsequenter Umweltschützer, der indigenen Mapuche-Bevölkerung und der Forderungen einer wieder erstarkenden Arbeiterbewegung wird sich Bachelets Regierung annehmen müssen. Innerhalb von sechs Jahren will die Präsidentin jegliche Studiengebühren für öffentliche Bildungseinrichtungen abschaffen und der Profitorientierung privater Schulen, die überdies auch noch staatliche Zuschüsse in Anspruch nehmen, ein Ende setzen. Um Chiles Bildungsreform finanzieren zu

können, beabsichtigt sie, im Wege einer Neuregelung des Steuerwesens etwa 8,2 Milliarden Dollar einzuziehen, was etwa drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Bis heute ermöglicht das in Chile herrschende Bildungsprivileg der



Chiles Staatspräsidentin Michelle Bachelet (mit Schärpe) neben der ebenfalls neu gewählten Senatspräsidentin Isabel Allende (l.) bei ihrer Amtseinführung

Reichen nur Kindern Besserverdienender den Zugang zu wirklich hochwertigen Elementar- und Sekundär-Schulen. Bei den jüngsten Kongreßwahlen hat das Michelle Bachelet unterstützende Mitte-Links-Lager in beiden Kammern des Parlaments die Mehrheit zu erringen vermocht. Diese Tatsache ist entscheidend, um die geplante Fiskalreform auf den Weg bringen zu können, was durch eine 20- bis 25%ige Erhöhung der Unternehmenssteuer angestrebt werden soll. Da es der Regierung aber an einer Zweidrittelmehrheit im Kongreß gebricht, dürfte die Umgestaltung des Bildungswesens auf erheblichen Widerstand stoßen. Er wird sich besonders gegen prinzipielle Änderungen der Lehrpläne, die Einschränkung der Gewinne privater Einrichtungen des Sektors und die Reduzierung der Einnahmen des Ministeriums für Bildungswesen richten. Die derzeit dieser Behörde obliegende Verwaltung der chilenischen Oberschulen soll dem Reformprojekt zufolge künftig den Kommunen übertragen werden. Sie verfügen aber bislang über keinerlei Mittel.

Unter diesen Umständen dürften sich aufreibende und ernüchternde Kompromißverhandlungen mit konservativen politischen Kräften und deren kapitalistischen Auftraggebern aus dem In- und Ausland kaum vermeiden lassen. Ähnlich verhält es sich mit den Bemühungen um ein neues Verfassungsprojekt zur Ablösung der seit 1980 geltenden Pseudo-Konstitution. Es stößt auf erbitterten

Widerstand des nach wie vor gut im Sattel sitzenden einstigen Pinochet-Lagers. Zu den Prioritäten der Agenda Michelle Bachelets gehört in jedem Falle die Bewahrung der sie unterstützenden heterogenen Koalition antifaschistisch-demokratischer

Kräfte. Von besonderer Bedeutung sind dabei die abermalige Einbeziehung der erstmals seit Salvador Allendes Tagen wieder regierungsbeteiligten KP Chiles. Die Partei von Luis Corvalan, Pablo Neruda und Gladys Marin ist im Kabinett durch die Frauenministerin vertreten. Hervorzuheben ist auch die Tatsache, daß Isabel Allende, Tochter des von Pinochets Schergen in den Tod getriebenen höchsten Repräsentanten der einstigen Unidad Popular, zur Senatspräsidentin gewählt worden ist.

Dem ersten von der neuen Regierung in die Tat umgesetzten Projekt lag ein Kongreßbeschuß zugrunde, zwei Millionen in besonders krasser Not lebenden Familien einen Sofort-Bonus über jeweils 40 000 Pesos zukommen zu lassen.

In außenpolitischer Hinsicht trägt sich Michelle Bachelet mit dem Gedanken, Chiles weitgehender

Isolierung in der Region ein Ende zu setzen sowie im Rahmen der Bündnisse Unasur und Celac aktiv zu werden. Santiagos Beziehungen zu einigen Staaten des lateinamerikanischen Subkontinents hatten sich in den letzten Jahren merklich abgekühlt, nachdem Expräsident Piñera im Rahmen des 2011 durch die Andenrepublik, Kolumbien, Peru und Mexiko gegründeten Pazifikbündnisses einen eher auf die Interessen der USA und der einheimischen Oligarchien ausgerichteten Kurs eingeschlagen hatte.

Vor Michelle Bachelet und ihrem Kabinett stehen viel Arbeit und große Herausforderungen. Dabei sind ihr und den fortschrittlichen Kräften Chiles Mut, Ausdauer und Erfolg zu wünschen.

**RF, gestützt auf „Granma Internacional“,
Havanna**

An

Karin Dvořak

aus Kuchelmiß schätzen wir besonders ihre von kritischer Solidarität begleitete feste Verbundenheit mit dem „RotFuchs“. Die erfahrene Kommunalpolitikerin der Partei Die Linke begeht am 11. August ihren 80. Geburtstag. Das ist ein guter Grund, Karin von Herzen Kraft und Erfolg im persönlichen Leben wie in unserem gemeinsamen Kampf zu wünschen.

Kuba entsandte 11 430 Ärzte in Armutregionen Brasiliens

Raúls Antwort auf Dilmas Appell

Die in Havanna angesiedelte Zentraleinrichtung für medizinische Zusammenarbeit hat bereits Zehntausende Einsätze kubanischer Ärzte und anderer Mitarbeiter des Gesundheitswesens der Insel in zahlreichen Ländern veranlaßt. Dabei geht es sowohl um solidarische und unbezahlte Katastrophenhilfe als auch um von Regierungen ausdrücklich erbetene und daher auch vergütete Einsätze. Der „Ärzte-Export“ ist derzeit die wichtigste Valuta-Einnahmequelle des karibischen Staates.

Nach Kubas bisher umfassendster Unterstützungsaktion für das Venezuela von Chávez entsprach Präsident Raúl Castro der Bitte seiner brasilianischen Amtskollegin Dilma Rousseff, an der Verwirklichung des durch sie im Juli 2013 als Antwort auf Massenproteste aufgelegten Sofortprogramms „Mehr Ärzte!“ mitzuwirken. Havanna entsandte daraufhin 11 430 Mediziner, die drei Jahre im territorial und bevölkerungsmäßig größten Land Südamerikas tätig sein werden. Sie bilden das Hauptkontingent der insgesamt 15 000 durch Brasilien angeforderten Ärzte. Auch Fachkräfte aus Uruguay, Argentinien, Spanien und Portugal sowie 1096 brasilianische Fachleute, die zeitweilig den Luxus der großen Städte aufzugeben bereit sind, nehmen an der Verwirklichung des Projekts teil. Die Kubaner arbeiten in vielen der 4070 Gemeinden von 26 Bundesstaaten, vor allem aber in den extrem unterversorgten, häufig indianisch besiedelten Sonderdistrikten. Gerade damit wird dem Wunsch Dilma Rousseffs – einer früheren Guerillakämpferin gegen Brasiliens faschistische Diktatur – am besten Rechnung getragen. Zur Situation: Derzeit vegetieren noch etwa 100 Millionen Brasilianer in ärztlich vernachlässigten Regionen. Das Riesenland verfügt derzeit nur über 1,8 eigene Ärzte auf jeweils 1000 Einwohner. Demgegenüber beträgt die Versorgungsdichte in den

USA 2,4, in Argentinien 3,2 und in Spanien 4,0 : 1000, während sich Kuba mit 6,7 (!) den ersten Rang nicht nur auf dem amerikanischen Doppelkontinent erobert hat. Derzeit sind 40 000 Mitarbeiter des kubanischen Gesundheitswesens in 58 Ländern tätig.

Brasiliens Regierung vergütet den Einsatz der kubanischen Ärzte, Schwestern, Pfleger und Medizintechniker nach in der Branche üblichen Tarifen. Für jeden der Doctores von der Insel erhält Havanna



Kubanische Ärztinnen mit Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff

im Monat 4000 Dollar. Den Ärzten wird ein monatlicher Betrag von 1245 US-Dollar zuerkannt, von denen sie 1000 Dollar sofort erhalten, während der kubanische Staat den restlichen Betrag auf heimischen Banken für sie deponiert. Den größeren Teil der bereitgestellten Summe bilden demnach staatliche Deviseneinnahmen, wobei den beteiligten Mediziner eine für die Verhältnisse ihres Landes recht hohe Summe zur Verfügung steht.

In den ersten acht Monaten der Laufzeit des von Dilma Rousseff aufgelegten Programms „Mehr Ärzte!“ sind nur etwa 25 kubanische Mediziner aus unterschiedlichen Gründen wieder ausgestiegen. Fast alle kehrten in ihr Land zurück. Nur zwei Spezialisten konnten von den USA abgeworben werden.

Die brasilianische Präsidentin macht aus ihrer besonderen Sympathie für Helfer aus Fidels und Raúls Heimat kein Hehl. „Obwohl sie – gemessen an der Landesbevölkerung – nur wenige sind, haben sie unsere Szenerie bereits tiefgreifend verändert: durch ihre medizinische Professionalität wie durch ein völlig anderes Verhältnis zu den Patienten. Sie kleiden sich schlicht und bringen ihr Essen mit. Sie arbeiten systematisch, behandeln die Kranken fürsorglich und aufopferungsvoll. Sie eilen nicht wie manche ihrer Kollegen hierzulande von Party zu Party. Sie reißen die Barrieren des Vorurteils und des busineßartigen Stils brasilianischer Profis ihres Metiers nieder“, sagte Dilma Rousseff einem Reporter

der in Porto Alegre erscheinenden Zeitung „Zero Hora“.

„Granma Internacional“ verwies auf den hohen Qualifizierungsgrad des von Kuba ausgewählten Fachpersonals und hob zugleich die Tatsache hervor, daß trotz des quantitativ enorm hohen „Ärzte-Exports“ keine Unterversorgung der Patienten im eigenen Land eintrete. Kompromißlos befolge man das Prinzip, bei der Auswahl für einen Auslandseinsatz bereiter und geeigneter Kräfte das

Fortbestehen aller medizinischen Dienste und Disziplinen daheim zu gewährleisten. Die für Brasilien Ausgewählten verfügten zu 80 % über eine etwa 15jährige Berufserfahrung, wobei sie ohne Ausnahme bereits mindestens einen Einsatz außerhalb der eigenen Grenzen absolviert hätten.

Wie dramatisch die Unterversorgung der Bevölkerung in Brasilien ist, wird durch die Tatsache erhellt, daß dort nicht weniger als 54 000 Ärzte fehlen, was

in der Praxis bedeutet, daß die Bevölkerung unterentwickelter, abgelegener oder unwirtlicher Gebiete überhaupt keine medizinische Hilfe im Krankheitsfall erhält. Aber gerade diese Regionen haben sich Havannas Botschafter mit dem Äskulapstab als bevorzugtes Betätigungsfeld auserkoren. Ihnen entgegengebrachte menschliche Wärme und erwiesene Fürsorge wird von den überglücklichen Patienten, die bisher von allem abgeschnitten waren, in gleicher Weise erwidert. Was sie in Brejo da Madre de Deus – der von Dürre heimgesuchte Ort liegt im Bundesstaat Pernambuco – erlebt hat, schilderte die kubanische Ärztin Teresa Rosales so: „Die Patienten sprechen zu einem, während sie auf dem Boden knien. Sie danken Gott und geben Küsse.“

„Etwas für die Ärzte von der Insel so Natürliches, wie einen Bauern oder eine Indigene zu untersuchen und dann die richtige Diagnose zu stellen, ruft Erstaunen unter den Behandelten hervor“, berichtete der brasilianische Journalist Daniel Carvalho in einer Reportage für die Zeitung „Folha de São Paulo“.

Auf dem jüngsten Kongreß des kubanischen Gewerkschaftsdachverbandes, wo Präsident Raúl Castro die deutliche Anhebung der Gehälter für alle Mitarbeiter des Gesundheitswesens verkündet hatte, traf er die Feststellung: „Eigentlich ist das, was ein kubanischer Arzt im Ausland tut, unbezahlbar.“

RF, gestützt auf „People's World“, New York, und „Granma Internacional“, Havanna

Herzliche Grüße und Glückwünsche übermitteln wir Genossin

Brigitte Wackernagel

aus Berlin. Sie begeht am 21. August ihren 85. Geburtstag. In der FDJ und in der Partei der Arbeiterklasse hat sie bei der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und beim Aufbau des Sozialismus Wichtiges geleistet.

Ist die Türkei auf dem Weg zu einem islamistischen Faschismus? Fußritte von Erdogans rechter Hand

Die Bilder gingen um die Welt und ließen allen, die sie sahen, den Atem stocken. Kurz nach der schwersten Bergwerkskatastrophe in der Geschichte der Türkei, die sich am 13. Mai in Soma ereignet hatte, war der Regierungschef an den Ort des furchtbaren Geschehens gefahren und hatte gerade eine Heuchel-Show abgezogen, als sein enger persönlicher Berater Yusuf Yerkel in Aktion trat. Er tat das im Wortsinne. Der elegant gekleidete junge Mann trat nämlich einen durch Sicherheitsleute zu Boden geworfenen Demonstranten in den Leib. In Soma, wo sich die landesgrößten Braunkohle-Abbaureviere unter Tage befinden, waren am Unglückstag etwa 800 Kumpel in der Grube, als es durch Verschulden des Managements zu einem Elektrodefekt kam, der sofort einen heftigen Brand auslöste. Die in der Monoxyd-Falle Steckenden verfügten ebenso wie die ihnen zu Hilfe eilenden Angehörigen der Grubenwehr nicht über intakte Schutzmasken. Obwohl die Bosse des privatisierten Unternehmens, das jährlich 5,5 Millionen Tonnen Braunkohle fördert, ohne Unterlaß beteuerten, es gäbe in der ganzen Türkei kein besser gesichertes Bergwerk als das von Soma, und die Arbeitsschutzbedingungen der mit lediglich 250 Euro Monatslohn abgespeisten Kumpel seien geradezu ideal, konnten ihnen schwerste Versäumnisse nachgewiesen werden. So waren die Gasdetektoren nicht eingeschaltet. Hätten sie funktioniert, wäre es niemals zu einem derart folgenschweren Desaster gekommen. Die laut Vorschrift alle 15 Tage vorzunehmende Kontrolle der Schutzmasken gegen Kohlenmonoxyd und andere giftige Gase hatte schon seit Monaten nicht mehr stattgefunden. Überdies verzichteten die Sicherheitsinspektoren darauf, außer den Hauptstrecken auch die Seitenstollen im Auge zu behalten.

Doch nach dem Eintreffen Recep Tayyip Erdogans in Soma erfuhr das Drama eine neue Dimension. Der Ministerpräsident wurde mit Sprechchören „Tayyip Mörder!“ empfangen, als er sich am 14. Mai in Soma zeigte. Nachdem er auf einer Pressekonferenz angesichts der zahlreichen Toten und der zu dieser Stunde noch vermißten Bergleute zu erklären gewagt hatte, „solche Dinge“ würden unter Tage „eben passieren“, ließ sich die Wut der Kumpel nicht länger zügeln. Familienangehörige der 301 Opfer forderten lautstark seinen Rücktritt. Erdoğan flüchtete daraufhin in einen Supermarkt, während die Menge das örtliche Büro der Partei des Premiers demolierte. Nachdem der AKP-Provinzgouverneur sofort jede Manifestation untersagt hatte,

ging die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen gegen die Trauergemeinde vor. Acht in Soma eingetroffene Mitglieder einer linken Anwaltsvereinigung, die Angehörigen der Opfer ihren Beistand anbieten wollten, wurden an Ort und Stelle festgenommen. Nachdem die Bilder von der Fußtritt-Attacke des Erdoğan-Assistenten Yerkel



Nachdem die Bilder von der Fußtritt-Attacke des Erdoğan-Assistenten Yerkel

Soma-Holding – wurde jedoch kein Strafverfahren eingeleitet. Der Oberboß hatte bei der 2005 erfolgten Privatisierung sämtlicher Bergwerke der Türkei eine Schlüsselrolle gespielt und selbst den fettesten Happen erwischt. Als er 2012 interviewt wurde, rühmte sich Gürkan, die Produktionskosten pro Tonne Braunkohle in Soma von 120 auf 25 Dollar heruntergedrückt zu haben – „dank der Funktionsmethoden des privaten Sektors“. Mit anderen Worten: der auf Tiefstand heruntergefahrenen Löhne. „Die Privatisierung hat die Bergleute getötet“ überschrieb die französische Zeitung „Le Soir“ am 14. Mai ihren Bericht.

Nur neun Monate vor der Katastrophe von Soma hatte Erdogans Energieminister Taner Yildiz „das hohe Niveau der Sicherheitsmaßnahmen und die neue Technologie in Soma“ ausdrücklich gelobt.

Nach dem verheerenden Unglück hielt die immer offener faschi-

stische Züge annehmende islamistische Regierung ihre Position aufrecht. Statt die Schuldigen zu geißeln, behauptete sie noch einmal, die betroffenen Gruben seien „die sichersten in der ganzen Türkei“ gewesen. „Es handelt sich um organisiertes Verbrechen“, stellte die Kommunistische Partei der Türkei (TKP) fest. „Unser ganzes Land ist zu einer kriminellen Szene geworden. Der Durst des Patronats nach Profit hat zu dem Massaker von Soma geführt.“ Die Regierung in Ankara sei dabei als Anstifterin zu betrachten. Die türkische Bergbauindustrie müsse wieder nationalisiert und vollständig unter Arbeiterkontrolle gestellt werden.

Nach dem verheerenden Unglück hielt die immer offener faschi-

RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

CDU eroberte drittes EU-Mandat

Die Coligação Democrática Unitária (CDU) – ein von den Kommunisten der PCP angeführtes Wahlbündnis mit bereits langer Tradition, dem auch die

ökologische Partei „Os Verdes“ (PEV) angehört – hat bei den Wahlen zum Europaparlament einmal mehr gut abgeschnitten. Während die rechtsgerichteten Regierungsparteien total einbrachen, errang die CDU mit einem Stimmenanteil von 12,7% einen dritten Sitz in Strasbourg. Demgegenüber sank der Anteil des seinerzeit im Konflikt auch zu Positionen der PCP entstandenen Linksblocks (Bloco de Esquerda – BE) auf 4,5%, was eine Halbierung des Votums für diese heterogene linksoppositionelle Gruppierung und den Verlust eines ihrer bisher zwei Mandate im Europaparlament bedeutet.

RF, gestützt auf die schweizerische Internet-Zeitung „kommunisten.ch“



„Zement“ – ein bis heute sehenswerter „Abenteuerfilm“ über die junge Sowjetunion

Die Arbeit an dem zweiteiligen Fernsehfilm „Zement“ war eine, die oft an Entdeckungsreisen erinnerte. Wir arbeiteten fast zwei Monate in dem Zementwerk Halle-Nietleben und entdeckten sozusagen uns selbst: unseren Alltag, unsere Fragen, unsere Wirklichkeit.

Unser Weg führte uns zur Schwarzmeerküste, und wir arbeiteten lange Zeit in den Babelsberger Ateliers. Aber immer wieder sprachen die Mitarbeiter unseres Films über jene Zeit, die wir gemeinsam mit den Arbeitern des Zementwerkes verbrachten. Durch den Roman von Fjodor Gladkow hatten wir uns kennengelernt. Bei der Arbeit an der Verfilmung dieses Romans hatten wir Freundschaft geschlossen. Es gab im Werk viele Begegnungen. Wir feierten gemeinsam den Jahrestag unserer Republik. Wir diskutierten über den Roman „Zement“ und über die Herstellung von Zement. Wir spielten gemeinsam Fußball. Und immer wieder kamen wir auf jene Fragen, die Fjodor Gladkow nunmehr vor über fünfzig Jahren stellte und die nichts von ihrer Frische und Brisanz eingebüßt haben. Die Idee zu diesem Film liegt lange zurück. Eigentlich kam sie uns nach einem Gespräch, das wir mit Gladkow in seinem letzten Lebensjahr führten. Er war erfreut und erstaunt über unseren Vorschlag, das große Thema menschlichen Zusammenlebens nach der Revolution nun für unsere Zeit neu zu erzählen. Oftmals hatte man den Roman nur als „Industrieroman“ abgestempelt, und Gladkow beklagte sich darüber. Denn sein Buch ist eigentlich das Gegenteil eines „Industrieromans“, da er in allem das Verhalten der Menschen aufspürt und die wichtigste Frage stellt, die jede revolutionäre Zeit zu beantworten hat: die Frage nach dem Sinn des Lebens. Der Roman hat seit seinem Erscheinen 1927 viele Generationen bewegt. Als wir ihn vor Beginn der Dreharbeiten Jugendlichen bei uns zu lesen gaben, waren sie betroffen. Sie hatten nicht geglaubt, daß diese Geschichte eines Arbeiters und einer Arbeiterin aus dem Alltag der Revolution des Jahres 1921 im Süden der jungen Sowjetunion sie nicht nur interessieren, sondern verändern könnte. Sie sahen ihre eigene Geschichte jetzt anders, konkreter. Sie fanden ihre eigenen Fragen neu und suchten erneut nach Antworten. Vor allem: Plötzlich tat sich vor ihnen ein neues Kampffeld auf, das an Abenteuerlichkeit und Größe dem Kampf auf der Barrikade in nichts nachsteht: eben der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Nichts anderes wollen wir mit unserem Film erreichen. Wir betrachten ihn als einen „Abenteuerfilm“ neuer Art: Das



Renate Richter als Dascha und Hilmar Thate als Gleb Tschumalow

Abenteuer der Revolution, auf das jede neue Generation Anspruch hat, wird nicht einfach geliefert, es soll entdeckt werden. Und es soll dort entdeckt werden, wo es wirklich und real ist: nicht



Manfred Wekwerth bei Dreharbeiten für „Zement“

in fernen Träumen, nicht in abschweifenden Illusionen, nicht in Wunschen und Utopien, sondern in der Wirklichkeit jedes Tages, in jeder „Kleinigkeit“, unseres Lebens, in den persönlichsten, ja intimsten Dingen. Diesen Alltag unalltäglich zu zeigen, im friedlichen Bemühen um den Aufbau unserer Gesellschaft die entscheidenden Klassenkämpfe unserer Zeit zu entdecken, und die „Macht der alten Gewohnheiten“ zu brechen, damit Platz werde für neue, produktive: Dies alles soll unser Film zum hautnahen Erlebnis machen.

Wir verfolgen die Geschichte des Arbeiters und Regimentskommissars Gleb Tschumalow, der mit Begeisterung, aber auch mit Illusionen aus dem Bürgerkrieg zurückkommt zu seiner Frau und seinem Zementwerk und glaubt, die neue Zeit sei nach dem Sieg im bewaffneten Kampf über Nacht eingetroffen. Er ist enttäuscht, als er in seiner Frau Dascha nicht mehr die liebende und mütterliche Hausfrau wiedertrifft, die nur auf ihn wartet, sondern eine Frau, die sich selbst zur Revolutionärin emanzipiert hat und wenig Zeit für ihn findet. Er ist verzweifelt, als er das Werk sieht: Die Arbeiter haben es verlassen, ja, verkommen lassen. Sie stellen Feuerzeuge her und züchten Ziegen. Gleb, der nur den Kampf auf der Barrikade kennt, glaubt den Kampf verloren. Er wird lernen müssen, daß der neue Kampf um den Alltag nicht nur schwieriger, sondern auch leidenschaftlicher sein muß.

Und hier spürt der Zuschauer, genauso wie der ehemalige Regimentskommissar Gleb Tschumalow, was es heißt, diesen neuen, langwierigen Kampf zu führen, und was es heißt, in diesem Kampf die Führung zu übernehmen. Es ist kein „Weg auf Rosen gebettet“, wie Lenin sagt. Jede Antwort produziert mindestens ein Dutzend neuer Fragen. Und wo im Bürgerkrieg bedingungslose Disziplin und das Befolgen von Befehlen das einzig Richtige war, lauert jetzt auch die Gefahr des Schematismus und Bürokratismus. Fragen über Fragen: Aber sie zu finden und zu beantworten, das ist eben nun das große Abenteuer. Gleb Tschumalow, seine Frau Dascha und seine Genossen bestehen diesen Kampf. Sie ermutigen uns nicht nur, in unserem Alltag unser revolutionäres Abenteuer zu suchen und zu finden, sie zeigen vor allem, daß es nur eine Klasse geben kann, die die Kraft, Klugheit, Ausdauer und Größe hat, diesen Kampf zu führen und in diesem Kampf zu führen: die Arbeiterklasse.

Unser Film will diese Botschaft jener Zeit wie eine Stafette an unsere Jugend weitergeben, daß sie nun ihre revolutionären Kämpfe der heutigen Zeit findet und sie mit jener Klugheit und Begeisterung besteht, in der Dascha und Gleb den Sinn und das Glück ihres Lebens fanden.

Prof. Manfred Wekwerth

Wir bedanken uns bei Manfred Wekwerth für die Zustimmung zum Nachdruck dieses im ND vom 13. Februar 1973 erschienenen Artikels. Der Film wurde vom DDR-Fernsehen am 2. und 4. November 1973 erstmals gesendet.

Bekennermut eines aufrechten Theologen

Es hat viele getroffen. Allein in akademischen Bereichen waren es mehr als eine Million Menschen, die in den Jahren 1989/90 ihre Tätigkeit verloren. Einer von ihnen war Prof. Dr. Heinrich Fink – Dekan der Theologischen Fakultät und 1990 zum Rektor der Berliner Humboldt-Universität gewählt –, den man auf Grund unhaltbarer Denunziationen aus seinem Amt drängte.

Nur 18 Monate währte sein engagierter Einsatz für die Sicherung der Zukunft der renommierten Bildungsstätte. Unter den Studenten und Lehrkräften traf sein Konzept „Erneuerung aus eigener Kraft“ auf lebhaft Resonanz. Von Tag zu Tag wuchs die Anhängerschaft seines Planes, der mit der Hoffnung verbunden war, „Demokratie in Aktion“ auf Dauer praktizieren zu können. Doch dieser als Selbsterneuerung angestrebte Prozeß führte geradewegs in sein Gegenteil, denn das Wollen der Akteure an der Humboldt-Universität war nicht der Wille der Machthaber im Berliner Senat. Von diesem eingesetzte sogenannte Neugründungsdekane übernahmen die Aufgabe, die „ideologisch verseuchte“ Hochschule „von Grund auf reinezumachen“. Ein von besonderem Eifer Getriebener war der für den

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften eingeflogene ehemalige Generalstabs-offizier der Waffen-SS Wilhelm Krelle, der verkündete: „Kein Marxist wird seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier das Sagen habe.“ Mit der Bezeichnung, er sei Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen, begann im Rahmen dieser „reaktivierten Inquisition“ die Jagd auch auf den Rektor selbst. Doch das mutige Auftreten und Handeln Heinrich Finks sowie die ihm vielfach erwiesene Solidarität bewirkten, daß sich die gegen den „Delinquenten“ geschwungene „Stasi-Keule“ als Bumerang erwies. Dennoch endete Heinrich Finks Amtszeit als Rektor am 21. Januar 1992.

Seine Erinnerungen an diese hochdramatische Zeit schildert er in dem 2013 erschienenen und mit zahlreichen Fotos illustrierten Buch „Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde“. Man mag meinen, was da niedergeschrieben wurde, liege fast 25 Jahre zurück, sei Geschichte. Dem Leser wird jedoch einmal mehr bewußt: Die vom Autor beschriebenen Vorgänge sind hochaktuell, der ungleiche Kampf zwischen „oben und unten“ hält bis heute an und fordert die eigene Positionierung heraus.

In dem ins Detail gehenden und damit viele der Beteiligten auf beiden Seiten mit Namen erfassenden Bericht über eine anderthalbjährige Universitätsgeschichte ist die persönliche Betroffenheit Heinrich Finks zu spüren, wird sein bis an die Grenze eigener Kraft gehender Einsatz für die Interessen von Studenten sowie „seiner“ Lehr- und Studieneinrichtung erfahrbar.

Mit der von christlichen und humanistischen Werten geprägten Persönlichkeit Heinrich Finks stand dem von Arroganz strotzenden, dummdreisten Vorgehen der „neuen Eliten“ ein Mann gegenüber, dessen Mut und Würde bei einer ganzen Studentengeneration und vielen Lehrkräften den Willen und die Bereitschaft zu Protest und öffentlicher Aktion gestärkt haben. Mahnwachen, Petitionen, Warnstreiks, Studentenaktionen, eine vom Rektor eingereichte Verwaltungsklage gegen die „Abwicklung“ sind nur Stichworte, die zur Chronik von Sieg und Niederlage eines noch heute bedeutungsvollen Prozesses organisierter Gegenwehr gehören. **Bruni Steiniger**

Heinrich Fink. Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde. Verlag Ossietzky, Hannover 2013, 126 Seiten, 12,50 Euro, ISBN 978-3-9808137-0-9

Merkels honorige Botschafterin beim Vatikan

Im vergangenen Jahr ist die Merkel-Vertraute Annette Schavan als Bundesbildungsministerin zurückgetreten. Im Februar 2013 hatte sie wegen Abschreibvorwürfen zunächst den Dokortitel und dann ihr Ministeramt abgeben müssen. Ihre Dissertation beschäftigte sich auch noch ausgerechnet mit dem Thema „Person und Gewissen“. Als die Vorwürfe in die Öffentlichkeit gelangten, sie habe in großem Stil abgeschlossen, und ihr dann folgerichtig der verliehene Dokortitel entzogen wurden, ging die Dame entrüstet an die Öffentlichkeit und wies alle Vorwürfe weit von sich. Als nächstes zog sie – begleitet von einer wohlwollenden Kampagne der konservativen Medien – vor Gericht, um ihren akademischen Titel zu behalten. Sie unterlag. Das Gericht überführte sie der „vorsätzlichen Täuschung“ und bestätigte die Aberkennung des Dokortitels.

Angesichts ihres persönlichen Bildungsweges ist Frau Schavan seitdem ohne Hochschulabschluß. Das hinderte sie aber nicht daran, hinter den Kulissen für eine Fortsetzung ihrer Karriere an anderer Stelle zu wirken und zu wühlen. Schlimm genug, daß Lübecks Universität

die ehemalige Bildungsministerin, die mit ihrer in großen Teilen abgeschriebenen Dissertation kein Vorbild für den



wissenschaftlichen Nachwuchs sein kann, ausgerechnet mit dem Trostpflaster einer Ehrendoktorwürde versehen hat! Schnell sickerten Pläne der Bundesregierung durch, Annette Schavan zur Botschafterin der BRD beim Vatikan zu machen. Dazu erklärte der Personalrat des Auswärtigen Amtes, Frau Schavan fehlten die „Eingangsvoraussetzungen für den höheren Auswärtigen Dienst“. Und weiter: Das Ministerium dürfe grundsätzlich nicht zur „Versorgungsanstalt“ für Politiker werden.

Doch die Kanzlerin und ihr Kabinett sowie die Exministerin setzten sich durch. Die „Ehren“- und Exdoktorin wird für ein monatliches Grundgehalt von 10 228,76 Euro eine der bestbezahlten Stellen des diplomatischen Dienstes der Bundesrepublik besetzen. Frau Schavan mag in den Kreisen des Vatikans und der Vatikanbank eine Reihe ähnlich schillernder Personen vorfinden, die ihren Werdegang vielleicht sogar bewundern. Spätestens beim Papst dürfte Merkels und Steinmeiers Botschafterin jedoch ähnlich wie der ehemalige Limburger Bischof Tebartz van Elst auf Ablehnung stoßen. Franziskus wird ihr vielleicht

zwei Lektionen erteilen: die eine in Bescheidenheit, die andere in der Bedeutung der zehn Gebote für eine christliche Kirche. Im achten Gebot heißt es bekanntlich: „Du sollst nicht lügen.“

Es wirft ein mehr als schlechtes Bild auf dieses Land, daß Leute, die sich selbst moralisch disqualifiziert haben, an allen Anstandsregeln vorbei in solche Ämter gehievt werden. Das Fazit dieser üblen Versorgungsaktion ist doch: Man muß nur die richtigen Leute kennen, dann geht alles!

„Die Rote Spindel“, Nordhorn

Compañera Christa: Für junge und jung gebliebene RotFüchse Die Kinder zuerst ...

Mit dem RF 199 nimmt eine weitere bekannte DDR-Schriftstellerin – Nationalpreisträgerin Christa Kožik aus Potsdam – ihre ständige Mitarbeit an unserer Zeitschrift auf. Die populäre Dichterin (Tausendunddritte Nacht) und Autorin einer breiten Palette von Kinderliteratur und Filmszenarien für ganz junge Zuschauer wird sich auch beim „RotFuchs“ ihrem Lieblingspublikum nicht verweigern. Sie will zugleich den Nerv etwas älterer Leser treffen.

„Kinder sind glücklich. Sie sehen die Welt noch mit drei Augen. Das dritte Auge gibt ihnen den bunten Blick“, stellte Compañera Christa, wie sie sich Freunden gegenüber gern zu erkennen gibt, in ihrem Buch „Moritz in der Litfaßsäule“ fest.

Unsere literarisch vielseitige, 1991 mit dem Kinderbuchpreis der Akademie der Künste Berlin ausgezeichnete und nach wie vor putzmuntere neue Autorin hat unzählige kleine oder ganz junge Leser und Zuschauer mit Büchern wie „Der verzauberte Einbrecher“, „Der Engel mit dem goldenen Schnurrbart“, „Kicki und der König“, „Philipp und der Katzentiger“, „Gritta von Rattenzuhausbeius“, in gleicher Weise aber auch mit neun Spielfilmen in ihren Bann gezogen. Ihre Filme – Philipp der Kleine / Ein Schneemann für Afrika / Sieben Sommersprossen / Trompeten-Anton / Moritz in der Litfaßsäule / Hälfte des Lebens / Gritta von Rattenzuhausbeius / Grüne Hochzeit / Der verzauberte Einbrecher – sind vielen in bester Erinnerung und können auch heute mit Vergnügen und Gewinn gesehen werden.

In Artikel 9 der UNO-Deklaration zum Schutze der Kinder heißt es: „Das Kind hat ein Recht auf Schutz vor Grausamkeit.“ Das bezieht sich nach meiner Lesart auch auf geistige Bereiche. Doch der Schutzraum Kindheit, der erst im 19. und 20. Jahrhundert durch verantwortungsvolle Pädagogen errichtet wurde, geht zunehmend verloren.

Der Medienwissenschaftler Neil Postman hat schon vor 20 Jahren in seinem Buch „Das Verschwinden der Kindheit“ diesen schmerzlichen Prozeß beschrieben, den Kindern durch verantwortungslose Medien und Werbestrategien, durch Drogen und Alkohol die Kindheit zu verkürzen.

Wenn eine Katastrophe droht, sagt man, die Kinder seien zuerst zu retten. Unsere Welt ist kein sinkendes Schiff, aber sie ist bedroht wie nie. Die Menschheit ist nicht nur ökologisch, sondern auch moralisch an eine Grenze geraten. Ethische Werte im Sinne von humanistischen Leitbildern werden kaum noch vermittelt. Solidarität zu üben und im Glück anderer Menschen auch das eigene zu finden – das waren Werte der Vergangenheit, im Sozialismus. Jetzt regiert die eiskalte Macht des Geldes, während die Macht der Medien die Köpfe der Menschen manipuliert. Als Leitbilder gelten harte brutale Einzelkämpfer, cool, immer fit, voll Power und schwer bewaffnet. Schwäche zeigt man nicht, das macht angreifbar. Wer sich ergibt, wird nicht geschont, sondern erst recht geschlagen. Am besten zeigt man sich immer cool, denn an der Wärme könnte man scheitern. Wie sehr würde „Der kleine Prinz“ in unserer Welt frieren!

So könnten Worte wie Liebe, Güte, Zärtlichkeit und Barmherzigkeit eines Tages aussterben, und wir merken es nicht ... Von klein auf lernen Kinder und Jugendliche durch Medien und Werbung ihre

Hauptaufgabe, fleißige Konsumenten zu sein. Sie sollen essen, trinken, sich anziehen, anschauen und kaufen, kaufen, was ihnen suggeriert wird. Wie schwer haben es Eltern, Lehrer und verantwortungsvolle Erwachsene, dem entgegenzuwirken. Es ist Schwerstarbeit! Denn die Sprache der Gewalt im Fernsehen, im Kino und im Internet wird Jahr für Jahr brutaler. Die Schamgrenzen sind in den letzten 25 Jahren auf ein Maß gesunken, das einem Angst macht. Brutale Krimis täglich auf fast allen Sendern sind zur Normalität geworden. Und so sinkt das Unrechtsbewußtsein bei Kindern und Jugendlichen. Das Böse, das Brutale, das Dumpfe darf triumphieren: Wenn der gefühlskalte, brutale Held gewinnt, will ich auch nicht anders sein. Und so sinkt das Unrechtsbewußtsein bei Kindern und Jugendlichen, erzeugt es Nachahmungsbedürfnisse.

Wachsende Gewalt zeigt sich schon bei den Kleinen im Kindergarten, denn in den gängigen Trickfilmen ab 6 Uhr früh darf fröhlich das Blut spritzen. Und es gibt ein Phänomen, das uns erschüttert: Jugendliche Mörder werden immer jünger. Viele Lehrer sind total überfordert, und Eltern tragen soziale Konflikte der wachsenden Armut auf dem Rücken der Schwächeren aus. Und das sind die Kinder. Die Kinder zuerst ... Wer da noch den ursächlichen Zusammenhang zwischen Gewalt und Perversion in den Medien und der Realität leugnet, ist entweder blind oder gekauft.

Als Gegenargument benutzt man die These, die Realität sei eben so grausam. Ja, sie ist es, leider. Weitgehend ungeschützt erleben Kinder in allen Teilen der Welt Kriege, Hunger, Elend, sexuellen Mißbrauch oder sind Langzeitopfer von Atomversuchen- und Katastrophen. Die ungerechte Verteilung von privatem Reichtum allein in Deutschland – 2381



Milliarden bei Milliardären, 892 000 Millionen bei Millionären (2012) – hat Formen angenommen, die das Vorstellungsvermögen überschreiten. Dagegen wächst die Kinderarmut beständig. Immer mehr Kinder wachsen in Arbeitslosenfamilien auf, oft schon in zweiter Generation.

Haben Milliardäre und Millionäre kein schlechtes Gewissen? Können sie nicht erkennen, daß Kinder das Kostbarste sind, was eine Gesellschaft besitzt? Saatfrüchte, die nicht vermahlen werden dürfen. Bundespräsident Gauck ruft zu mehr Engagement Deutschlands auf Kriegsschauplätzen in der Welt auf. Die Rüstungsmilliardäre freuen sich gewiß. Aber sollte der christliche Herr Gauck sich nicht besser an die Spitze einer Initiative gegen die Kinderarmut in Deutschland stellen? Sollte er nicht die Bibel besser lesen, wo doch steht, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher in den Himmel kommt?

Gibt es einen Weg aus dem Teufelskreis? Wohl kaum. Dennoch müssen wir Kindern und Jugendlichen immer die Hoffnung vermitteln, daß die Vernunft der Menschheit am Ende stärker ist – wie im Märchen. Ja, auch Märchen sind grausam, aber am Ende siegt das Gute. Das uralte Menschheitsprinzip Hoffnung scheint am Anfang unseres 21. Jahrhunderts auf den Kopf gestellt, wenn das brutale Prinzip siegt.

Eine Gesellschaft, in der die negative Ethik dominiert, ist zum Untergang verurteilt. Sie läßt zu, daß das Kostbarste, was sie besitzt, ihre Kinder, zusehends verrohen. Eine heile Welt gab es nie. Aber immer gab es die Vision von ihr. Diese Vision müssen wir erhalten, damit junge Menschen sie weitergeben können. Sonst kommt die Welt an ihr Ende.

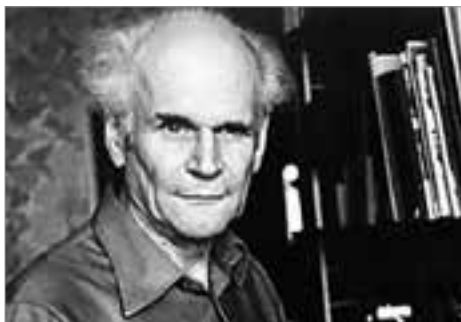
Christa Kožik

Mein Vater war der DDR-Autor Curt Letsche

Desillusioniert über die restaurative Entwicklung in der alten Bundesrepublik, wirtschaftlich am Ende, übersiedelte mein Vater 1957 in die DDR. Dem von den Nazis 1940 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilten Antifaschisten, der den 2. Weltkrieg als politischer Häftling im Zuchthaus Ludwigsburg verbrachte, bot sie die Chance für einen Neustart, die er auch zu nutzen verstand. Vor allem beim Greifenverlag in Rudolstadt konnte er sich als freischaffender Schriftsteller beweisen. Sein DDR-Erstling „Auch in jener Nacht brannten Lichter“ (1960) erschien indes im Verlag Neues Leben. Der Autor schöpfte dabei aus seiner Biographie. In einem Kleinverlag veröffentlichte Curt Letsche erste Gedichte.

Auf im Widerstand Erlebtes kam er in seinem in Ost wie West am stärksten beachteten Roman „Das Schafott“ (1979) zurück. Der Solidarität der Häftlinge in einem Nazi-Zuchthaus gelingt es in den letzten Wochen des 2. Weltkriegs, die von der Justiz befohlene Ermordung eines politischen Gefangenen zu verhindern. Leider nur im Roman – im dokumentarischen Anhang der 2011 von mir besorgten Neuauflage

(Pahl-Rugenstein-Verlag) sind die wirklichen Begebenheiten um den 1943 in Stuttgart hingerichteten Kommunisten Andreas



Wössner aus Schramberg im Schwarzwald nachzulesen. In Letsches nächstem Roman „Der Geisterzug“ geht es um ein Himmelfahrtskommando aus KZ- und Zuchthausgefangenen, das als SS-Eisenbahnbaubrigade das noch nicht von den Alliierten befreite Deutschland durchquert. Im Militärverlag der DDR erschien 1983 leider nur eine vom Lektor um mehr als die Hälfte gekürzte Fassung. Weggefallen war u. a. das dem Autor besonders am Herzen

liegende Kapitel mit eigenen Erlebnissen bei der Befreiung im Zuchthaus Kaisheim bei Donauwörth. Vollständig konnte dieser Text erst 2013 bei Pahl-Rugenstein unter dem Titel „Schnittpunkte 1945“ erscheinen. Im Krimi-Genre erreichte Curt Letsche das DDR-Publikum mit Titeln wie „Der graue Regenmantel“ (1960), „Und für den Abend eine Illusion“ (1961), „Schwarze Spitzen“ (1966), „Das geheime Verhör“ (1967) und „Zwischenfall in Zürich“ (1984). „Das andere Gesicht“ (1977) behandelt Machenschaften des internationalen Organhandels. In „Operation Managua“, 1986 im Dortmunder Weltkreis-Verlag erschienen, geht es um CIA-Operationen. 1994, nach dem Untergang der DDR, schob der inzwischen 82jährige Autor als letzten veröffentlichten Titel die keineswegs phantastische Geschichte „Chromosom X“ nach. Anklang fand Curt Letsche mit seinen utopischen Romanen „Verleumdung eines Sterns“ (1968) und „Raumstation Anakonda“ (1974). Der in der Schweiz geborene und in Ulm aufgewachsene erfolgreiche Autor Curt Letsche ist auf dem Nordfriedhof in Jena (wo er seit 1971 lebte) beigesetzt.

Lothar Letsche, Tübingen

Der Buchenwalder Karl Schnog

Der 1897 in Köln geborene Lyriker, Publizist, Hörspielautor und Kabarettist Karl Schnog verstarb vor 50 Jahren am 23. August 1964 in Berlin.

Früh schon kam der Junge durch den Vater, einen Handwerker und Anhänger August Bebels, mit sozialistischen Ideen in Berührung. Karls Erlebnisse als Soldat im I. Weltkrieg ließen ihn zu einem scharfen Ankläger der Kriegsgewinnler und Profiteure des Völkermordens werden. Nach intensivem Sprech- und Schauspielunterricht begann seine künstlerische

Laufbahn an Theatern und Kabarets in Berlin. Bisweilen trat er auch gemeinsam mit Erich Weinert auf. 1933 mußte Karl Schnog emigrieren, zunächst in die Schweiz, dann nach Luxemburg. Beim Einmarsch der faschistischen Wehrmacht wurde er 1940 dort verhaftet. Fünf schwere Jahre verbrachte er in den Konzentrationslagern Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald.

1946 kehrte er nach Berlin zurück – zur satirischen Zeitschrift „Ulenspiegel“. Zwischen 1948 und 1951 arbeitete er am

Berliner Rundfunk und war anschließend freischaffend tätig.

1949 erschien zunächst eine Auswahl seiner Verse und Prosaarbeiten unter dem Titel „Zeitgedichte und Zeitgeschichte“, wozu der aus dem Exil zurückgekehrte Arnold Zweig das Vorwort schrieb. Danach erarbeitete Karl Schnog gemeinsam mit Heinz Mohr das 1954 im Thüringer Volksverlag erscheinende Lesebuch „Jonathan Swift“ in der von Walther Victor begründeten Klassiker-Reihe.

Werner Voigt, Kromsdorf

Der RF-Förderverein beglückwünscht seine Jubilare des Monats August

Unsere Gedanken sind bei den Ältesten unserer Weggefährten: Vor **92 Jahren** kamen **Gertrud Richter** (9. 8.) und **Albert Oehme** (23. 8.), beide aus Gera, zur Welt. Ein Jahr später wurden **Kurt Walther** (1. 8.) aus Leipzig und **Hermann Schuldt** (18. 8.) aus Wismar geboren. Ihnen allen fühlen wir uns fest verbunden.

Ihren **90. Geburtstag** begehen **Günter Scholz** (10. 8.) und **Dr. Willi Paubel** (30. 8.), beide aus Berlin. Herzlichen Glückwunsch!

Den **85jährigen** gilt unsere achtungsvolle Gratulation: **Sonja Moldt** (5. 8.) aus Berlin, **Dr. Horst Anders** (23. 8.) aus Galenbeck und **Hans Siebert** (23. 8.) aus Wimmelburg.

Wir übermitteln den künftigen **80jährigen** solidarische Grüße: **Dr. Hans Richter** (13. 8.) aus Barbel, **Hans Müller** (20. 8.) aus Cottbus/OT Gallinchen, **Christa Krüger** (21. 8.) aus Berlin, **Hans Christange** (23. 8.) aus Cottbus und **Friedbert Barthel** (26. 8.) aus Leipzig.

Unsere Mitstreiter, die zu den **75jährigen** aufschließen, wünschen wir maximales Wohlergehen: **Elfriede Matthias** (5. 8.) aus Berlin, **Wolfgang Kummerow** (8. 8.) aus Rostock, **Heinz Oehme** (12. 8.) aus Chemnitz, **Harald Müller** (15. 8.) aus Dresden, **Walter Eder** (24. 8.) aus Gera, **Klaus Wilhelm** (24. 8.) aus Berlin und **Wilhelm Becker** (26. 8.) aus Zerbst.

Wir grüßen auf das Herzlichste unsere Genossen, die **70** werden: **Ralf Hunstock** (2. 8.) aus Markkleeberg und **Jürgen Guhl** (3. 8.) aus Strausberg **Klaus-Peter Nedwig** aus Berlin wird am 23. August **65 Jahre** alt. Der „RotFuchs“ übermittelt ihm seine Glückwünsche.

Auch die Jungen unter den Alten werden nicht vergessen: Die nun **60jährigen** **Christine Höpfner** (2. 8.) aus Birkigt, **Heike Jehnichen** (10. 8.) aus Halberstadt und **Michael Clemens** (11. 8.) aus Neustadtgödens soll von Herzen gratuliert werden.

Natürlich sind in diese Botschaft auch alle anderen Geburtstagskinder des Monats eingeschlossen.

Ernst Toller: „Eine Jugend in Deutschland“

Der Dichter Ernst Toller war bereits berühmt, als er die radikale Parteinahme für die sozialistische Revolution wählte. Geboren 1893 in einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie, hatte er prägende Schul- und Studienjahre hinter sich und als Frontsoldat den Krieg verabscheuen gelernt. Seine autobiographischen Aufzeichnungen „Eine Jugend in Deutschland“ sind ein erschütterndes Zeugnis über das erste Viertel des vorigen Jahrhunderts, als Europa dem Abgrund zutrieb, und eine Anklage gegen die imperialistischen Machthaber. An Ernst Toller, einem Führer der Münchener Räterepublik, übten sie grausame Rache.

Das Buch erschien 1933 zuerst in Amsterdam. Im Exil konnte Toller dem Zugriff der Nazis entgehen. Sechs Jahre später beendete er sein Leben von eigener Hand. Wer die ersten dreißig Lebensjahre des Schriftstellers aus dem von ihm selbst verfaßten Rückblick kennt, mag verstehen: Kein enttäushtes Wegwerfen, kein resignativer Rückzug war dieser Freitod, sondern die stolze Entscheidung eines Aufrechten, der alle Kräfte verausgabte, alle Reserven erschöpft hatte. „Aber wenn das Schiff zerschellte und die Menschen auf Planken treiben, was helfen dann Wille und Tatkraft und Vernunft? Wo seid ihr, meine Kameraden in Deutschland? Ich sehe die Tausende, die den Verlust der Freiheit (...) lärmend feiern. Tausende (...) betrogen und getäuscht. (...) schrieb Toller in seinem „Blick 1933“ überschriebenen Vorwort „Am Tag der Verbrennung meiner Bücher in Deutschland.“ Verzweiflung über das Gelingen einer verbrecherischen Verführungskampagne widerspiegeln diese Zeilen. Der Feind zelebriert den Triumph, und die Menschen folgen willig. Die Aufrechten im heutigen Deutschland mögen Tollers ohnmächtigen Zorn nachempfinden, jedoch auch wissen, daß nach opferreichen Kämpfen dem Aufstieg der Faschisten im Jahre 1933 nur zwölf Jahre später deren schmachlicher Zusammenbruch folgte.

Zurück bis zu den frühesten Erinnerungen der Kindheit im ostpreußischen Samotschin (heute Szamocin) reichen die Bilder, die der Erzähler farbenreich wiedergibt. Juden, protestantische Deutsche und katholische Polen befinden sich untereinander in wechselnden Allianzen. Chauvinistische Feindseligkeiten erlebt Ernst Toller auch während der Studienzeit im französischen Grenoble zwischen deutschen und französischen Studierenden.

Als 1914 der Krieg vom Zaun gebrochen wird, zieht der patriotisch beseelte Toller freiwillig an die Front – und sieht dort fast täglich Szenen wie diese: „... einer der Unsern hängt im Drahtverhau, niemand kann ihn retten (...)

irgendeiner Mutter Sohn wehrt sich verzweifelt gegen seinen Tod, (...) schreit. Der Tod stopft ihm den Mund am dritten Tag.“ Seelisch und körperlich krank, nimmt Toller nach der Lazarettbehandlung sein

Eisner, in denen Arbeiter, Frauen, junge Menschen nach dem Weg suchten, der Frieden bringt, das Volk rettet.“ Toller wird verhaftet und studiert im Gefängnis auch die Werke der sozialistischen Klassiker, erkennt „die geschichtsbildende Bedeutung der Arbeiterklasse“, übernimmt Aufgaben in der sozialistisch-revolutionären Bewegung. Sein Rede- und Organisationstalent, seine mitreißende Begeisterung führen ihn während der folgenden dramatischen Tage und Wochen in die Spitze der revolutionären Führung.

Gewaltsam und heimtückisch wird die Bayerische Räterepublik niedergeschlagen, werden Kurt Eisner in München, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin ermordet. Auf die überlebenden Revolutionäre beginnt eine gnadenlose Jagd. Ernst Toller entgeht nur knapp dem Lynchmord und wird in einem Hochverratsprozeß angeklagt. Dank namhafter Fürsprecher wie Max Weber und Thomas Mann sowie des Verteidigers Hugo Haase, nicht zuletzt wegen seiner Bekanntheit als Literat, kann das Todesurteil gegen Toller abgewendet werden. Er muß eine fünfjährige Haftstrafe antreten. Während die Deputierten im Weimarer Theater mit einer bürgerlich-republikanischen Verfassung niederkommen, in München „ein Mann namens Hitler“ deklassierte Kleinbürger und unzufriedene Beamte um sich schart und die Kopfgeburt der Demokratie unter Attentaten, Notverordnungen und Putschversuchen ins Koma fällt, protestiert Ernst Toller mit einem lebensgefährlichen Hungerstreik gegen die unmenschlichen Schikanen im Gefängnis. Ein ergreifendes Bekenntnis zum Leben und zur Humanität entsteht unter der Qual der Festungshaft: „Das Schwalbenbuch“. Toller beobachtet teilnehmend die Vögel in seiner Zelle, die durch die Fensteröffnung zu ihm hinein fliegen. „Halb sind die Nester geschichtet, doch die Wächter entdecken sie, und das Grausame geschieht. In sechs Zellen baut das Paar. Wer kann wissen, was sie treibt. Vielleicht Hoffnung, daß die Menschen ihnen ein Nest gewähren, aus Einsicht und ein wenig Güte.“

Der Gefangene wird 1924 aus der Festung Niederschönfeld entlassen und sofort nach Sachsen abgeschoben. Noch im Zug kurz hinter der Grenze erinnert sich der standhafte Revolutionär und Lyriker: „Ich stehe am nächtlichen Gitterfenster / Träumend zwitschert die Schwalbin / Ich bin nicht allein / Auch Mond und Sterne sind mir Gefährten / Und die schimmernden schweigenden Felder.“

Mit den Zeilen „Ich bin dreißig Jahre. / Mein Haar wird grau. / Ich bin nicht müde.“ endet des Dichters Rückblick auf „Eine Jugend in Deutschland“.

Marianne Walz



Steckbrief vom 13. Mai 1919

Studium wieder auf und setzt sich als frühzeitig gereifter Denker intensiv mit den geistigen Strömungen auseinander, die hier, in der Universitätsstadt München, hart aufeinander prallen. Toller trifft Literaten wie Thomas Mann, Frank Wedekind, Richard Dehmel und Reiner Maria Rilke sowie den charismatischen, bedeutenden Nationalökonom Max Weber.

Leidenschaftlich und zunehmend parteilich verfolgt der zum Kriegsgegner Gewordene die Aktionen der Gruppe um Karl Liebknecht während der politischen Massenstreiks kriegsmüder Arbeiter im ganzen Land. „Ich ging in die Versammlungen



Ernst Toller im Festungsgefängnis Niederschönfeld

Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Die Kinderhymne von Bertolt Brecht kannte bei uns jeder, dachte ich. Es wurde erzählt, Brecht habe den Text für eine neue Nationalhymne der DDR geschrieben, aber dann wäre doch der Text von Becher gewählt worden.

Dagegen ist nichts zu sagen. Ich kann mir Brechts Verse nur schlecht von lampenfiebrigen Fußballern gestottert vorstellen. Zur Pflichtnummer taugt die Dichtung nicht. Bechers „Auferstanden aus Ruinen“ traf die Zeiten, und ich hätte mit unserer Nationalhymne weiterhin gut leben können. Die Internationale bleibt unantastbar durch die lange geschichtliche Erfahrung der Unterdrückten. Ich habe sie oft mitgesungen, und auch mir war es eng in der Kehle, wenn Anlaß und Hymne zueinander paßten.

„Anmut sparet nicht noch Mühe ...“ ist einer der schönsten Texte, die in der deutschen Sprache nach dem zweiten Weltkrieg entstanden sind.

Bis vor kurzem nahm ich an: Jeder, der in der DDR gelebt hat, kennt dieses Lied, es ist zum Volkslied geworden. Ich zitierte im Gespräch mit einer jüngeren Frau eine Zeile daraus. Sie sagte: „Bei uns in der Schule, in den achtziger Jahren, wurde der Text nicht behandelt.“ Die Frau ist gebildet, es wäre ihr nicht entfallen. Meine Enkelin kennt das Lied, aber „von Zuhause“, und sie kannte den Titel nicht. Ist uns da unterwegs etwas verlorengegangen, das unsere Zeit meinte und eine Mahnung sein sollte, Vergangenes nicht zu vergessen und die Zukunft besser zu gestalten? „... und weil wir dies Land verbessern ...“ heißt es doch.

Kann das der Grund gewesen sein, das Lied auf einen hinteren Platz zu stellen? Aber da bleibt es nicht. Es ist auf einmal ganz nahe, ganz intim. Das Wort Anmut ist eines der schönsten in unserer Sprache. Ihm fehlt das manchmal schnarrende err; kein Zischlaut stört das dunklere Fließen in der zweiten Silbe. Ich liebe dieses Wort. Wie aber soll man erreichen, was es fordert, wonach es verlangt?

Nicht zu sparen, nicht an der Mühe, und nicht an jener Anmut, mit der es sich leben und klüger werden läßt.

Anmut, das kann eine Art zu gehen sein, oder wie jemand sein Recht verteidigt, auf seiner Würde besteht, endlich die aller anderen einfordert. Es braucht dazu den Reichtum der Leichtigkeit, aus der die Anmut sich entfalten kann. Gemeint ist ja nicht die stille bescheidene Manierlichkeit, die auf Erziehung in der Kindheit deutet. Die anmutige Geste kann aus einer klugen, ruhigen Antwort bestehen. Anmut bedarf einer Mühe, die nicht mehr zu bemerken ist, sondern ganz natürlich dem eigenen Wesen zu entsprechen scheint. Ohne Bemühung wird das nicht gehen, geht es ja nie. Das Schöne, das Gelingende bedarf ihrer immer. Aber lustvoll muß sie sein, leidenschaftlich

und im Grunde heiter. Das Böse ist nicht anmutig, nie. – Das Anmutigste, was ich je gesehen habe, war ein Kreis alter Frauen in Georgien. Sie zeigten uns ihre Handarbeiten, sangen zuerst für uns ein altes gregorianisches Lied; dann stimmte eine ein Partisanenlied an, und sie sangen es alle, mit alten Augen, die sich jung erinnerten, mit Schultern, die sich hoben, stolzen und zugleich wehen Blicken zurück in die Vergangenheit. Sie schlossen uns nicht aus, aber wir waren draußen, und sie hatten das Recht und waren uneinhol-



bar anmutig. Was sie ausstrahlten, war auch der Lohn aller Schwerarbeit ihres Lebens, und wir konnten nur annehmen, nur unsere Tränen unterdrücken oder zeigen, und diese Frauen, diese Mütter gefallener Söhne, umarmen.

Wir müssen ihn zulassen, den rastlosen Kopf, der uns seine Bilder aufzwingt, aber auch Mut macht, uns nicht zufriedenzugeben. Und der uns warnt, das Erreichte nicht geringzuschätzen.

Es braucht die Leidenschaft – ja, Brecht! –, die uns aufstört und Kraft entfaltet, auch wenn sie sich gelegentlich überfordert zeigt. Die Leidenschaft der Verneinung muß uns bleiben, weil sich zum längst Gewußten immer neue Beweise gesellen. Der Widerstand wird gebraucht, weil sich die Schere zwischen oben und unten immer weiter öffnet. Ehe der Krieg beginnt, kannst du ihn sehn.

Nie wieder Krieg! Das war und bleibt unsere Losung. Die kam uns aus dem Herzen.

Wir hatten überlebt, das war beinahe ein Wunder. Und wurde Alltag. Beschwerlicher oft, aber das hielten wir aus. Und gewannen einen wachen Blick für den Stand der eigenen Dinge, und für die Angelegenheiten der Welt. Wir wollten nichts tun, nichts, weswegen andere Völker „vor uns erbleichen“.

Wir brauchen den Mut vom Anfang, und den gegen die neuen Gefahren auch.

Erwachsen werden muß unser Verstand, der ganz zu Unrecht im Verdacht steht, das Kalte zu wählen und das Heißherzige weniger zu achten. Um die Gefühle muß uns nicht bange sein. Wir sind nicht verantwortlich für jeden, der aufgibt. Andere haben ihre eigenen Erfahrungen, und die Steine auf ihrem Weg mögen gerade zu groß sein, um sie zu heben. Wichtig ist, daß wir bei unseren einfachen Wahrheiten bleiben,

so schillernd uns die Welt das auszutreiben sucht.

Ich hatte meine Schwächen, auch an eigenem Versagen zu leiden, und ausreichend Folgen zu tragen. Es ist nicht wahr, daß „ganz unten“ die besseren Menschen sind. Dort komme ich her, und ich habe gesehen, wie er beäugt wird, der andere, der von woanders kommt, anders aussieht und anders betet. Arm sein bedeutet nicht, andere Arme als gleichwertig aufzunehmen.

Ich möchte sein wie alle und möchte, daß wir alle anders werden, als wir geboren und erzogen wurden, oder als wir glaubten, werden zu müssen, um dazuzugehören.

Gilt das nur für meine Generation, die tragische und verbrecherische Irrtümer austragen mußte? Mit aller Mühe und wachsendem Verstand, so, daß uns manchmal die Anmut schmal wurde, kantig geriet, in eine Härte auszuarten drohte, aus der die Unzufriedenheit der vielen wuchs.

Das Land, in dem ich nun lebe, scheint mir veränderungsbedürftig. Will mir nicht als „das Liebste ... scheinen, so wie andern Völkern ihrs“. Es versucht, so reich wie möglich und so feige wie nötig zu sein, während es dreist tut. Viele seiner Politiker sind nicht einmal schlau, von Klugheit zu schweigen.

Sie benutzen die Wahlen zum eigenen Ruhm und halten sich an kein posauntes Wort. Mit ihrer erbärmlichen Sprache suchen sie eher zu verbergen als aufzuklären oder mitzuteilen. Wenn sie uns etwas versprechen, glauben wir ihnen inzwischen nicht. Wir kennen die lange Bank, auf die sie alles schieben, was ihre nächste Wahl gefährden könnte. Sich für Fremde zu schämen ist unvermeidlich, wenn an ihrer erbärmlichen Haltung ablesbar wird, daß sie wider besseres Wissen deklamieren, angeben, heucheln. Es gibt keinen Grund, auf eine Regierung stolz zu sein, die nur die Wirtschaft als Wert gelten läßt. Sie also von denen abhängig macht, die Geld hauptsächlich zum eigenen Nutzen vermehren wollen. Nun ja, bei ausreichendem Verdienst wartet dann der gut gepolsterte Ruhestuhl im Aufsichtsrat.

Das alles ist bekannt und alt. Und doch auch wieder neu, weil sie ja so nicht angetreten sind. Sie dulden nun auch das Geschwafel eines Präsidenten, der sich unentwegt in internationale Politik einmischte und die Macht wie eine Droge genießt. Er redet wie mit Stahlhelm und Koppel. Wer hat das hohe Amt dem Mann so angepaßt?

Dieses geschichtlich belastete Deutschland schlägt sich auf die Seite der Schlagenden und gibt die Schuld denjenigen, die versuchen, trotz aller Provokationen besonnen zu bleiben und es nicht zu einem dritten Weltkrieg kommen zu lassen. Respekt! Tun auch wir, was möglich ist.

Leserbriefe an RotFuchs



Aus Biên Diên Phu erreichte die Redaktion eine Jubiläumskarte zur 60. Wiederkehr des Sieges in der größten antikonialistischen Schlacht der neueren Geschichte. Ein Foto des Generals Võ Nguyên Giáp erinnert an den großen Feldherrn. Der Text auf der Rückseite lautet:

Kampfesgrüße aus dem sozialistischen Vietnam! Genossen von der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ – der KAZ – waren hier zu einem Kongreß der WAPE. In Vietnam gedenkt man überall noch der Solidarität der DDR – nicht zuletzt in Biên Diên Phu. Den RotFüchsen einen festen Händedruck!

Corell, Ernst und Stefan

Mein Vater Walter Kleen konnte am 24. Juni in Bleicherode seinen 98. Geburtstag begehen. Er bedankt sich sehr herzlich für die Glückwünsche des „RotFuchs“, den er nach wie vor sehr gerne liest, obwohl er seit geraumer Zeit unter altersbedingter Makula-Degeneration leidet. Er besitzt jedoch ein Lesegerät, das ihm bei der Lektüre hilft. Der Redaktion unserer Zeitschrift wünschen wir auch in Zukunft viel Erfolg. Weiter so!

Werner Kleen, Jena

Die letzten Monate erinnern mich an den Kalten Krieg. Damals wurden die Sowjetunion und das sozialistische Lager von den bürgerlichen Medien unablässig angegriffen. Heute ist Rußland das Ziel der Anfeindungen. Man fordert den Rückzug russischer Truppen von den Grenzen ihres eigenen Landes, die Anerkennung des von Faschisten durchsetzten Regimes der Ukraine, verurteilt Volksabstimmungen auf der Krim und im Donezbecken, ja man schließt Präsident Putin sogar von internationalen Kongressen aus.

Doch: Bedroht wird einzig Rußland. USA-Präsident Obama demonstriert in Polen mit seinen Piloten und deren Kampfmaschinen militärische Stärke. Truppen sollen folgen. Kriegsschiffe der U.S. Navy kreuzen in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Sie warten auf ihren Einsatz. Die NATO-Verbündeten, darunter die BRD, werden in die geplanten Verbrechen einbezogen.

Wie kann dem Einhalt geboten werden? Wir alle – organisiert in Parteien, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und anderen Bewegungen – müssen uns für den einzigen Ausweg einsetzen: Redliche und ergebnisorientierte Verhandlungen aller am Konflikt beteiligten Staaten.

Joachim Weise, Hohenstein-Ernstthal

Obwohl der Beginn des Ersten Weltkriegs nun bereits hundert Jahre zurückliegt, tatsächlich aber bis in die Gegenwart andauert, nehme ich auf Lenin Bezug. Seine Thesen von einst sind auch heute noch aktuell. Man erfährt viel über Opportunismus und falsch verstandenen Patriotismus. In seinem Artikel „Unter fremder Flagge“ entlarvt er den Charakter des Sozialchauvinismus. Das Erschreckende dabei ist: An der Handlungsweise der Regierenden hat sich nichts geändert. Das kann man am Beispiel des Geschehens in der Ukraine nachvollziehen. Putins Politik bewahrt uns vorläufig noch vor einer Katastrophe. Der kapitalistische Westen hat zu hoch gepokert.

Norbert Müller, Höxter

Alle Welt gibt „den Russen“ die Schuld daran, daß sich ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung – vor allem im Osten des Landes – nicht von einer faschistisch durchsetzten Regierung mißbrauchen lassen will.

Betrachtet man die Vorgänge der letzten Monate, so ergibt sich ein Bild, das wir seit dem Untergang der Sowjetunion – unter gleicher oder ähnlicher Regie in Szene gesetzt – mehr als einmal vor Augen

hatten: Mit dem Wegbrechen des sozialistischen Gegengewichts zum imperialistisch beherrschten Teil der Welt wurden in geschichtlich kurzer Zeit überall dort konterrevolutionäre Prozesse in Gang gesetzt, wo bisher noch nicht hinreichend nach der Pfeife der NATO und der USA getan worden ist. Wie kann sich Frau Merkel herausnehmen, Putin zu „ermahnen“, mit den faschistoiden Kräften in Kiew und der Westukraine „moderat“ umzugehen! Auch ihr Präsident – Herr Gauck – tut sich mit Worten und Taten in diesem Geiste hervor. Haben solche Leute die geschichtlichen Lehren aus dem vergangenen Jahrhundert denn ganz und gar vergessen? Sie negieren zynisch die Tatsache, daß mehr als 20 Millionen Bürger der UdSSR mit ihrem Leben für den Sieg über den deutschen Faschismus bezahlt haben.

Dr. Günther Freudenberg, Bernburg

Am 30. Mai zeigte sich im ARD-ZDF-Morgenmagazin Obamas Außenminister Kerry, der Rußland aufforderte, mit dem neuen ukrainischen Präsidenten und der Kiewer Regierung zusammenzuarbeiten. Aus meiner Sicht handelte es sich um einen weiteren Fall eklatanter Einmischung in innerrussische Angelegenheiten. Die vermeintlichen „Separatisten“ in der Ostukraine sind doch in Wahrheit ein Teil der Bevölkerung des Landes. Warum fordert Washingtons Chefdiplomat nicht die Kiewer Putschisten dazu auf, ihre rabiaten Militäreinsätze gegen die eigene Bevölkerung endlich einzustellen? Die neuen Kalten Krieger sollten sich daran erinnern, daß die faschistische deutsche Wehrmacht unter den Schlägen der Sowjetarmee in die Schranken gewiesen wurde. Dagegen hat auch die Aufstellung ukrainischer SS-Freiwilligenverbände nichts ausrichten können.

Manfred Schwallmann, Schwarzenberg

Überall wird der Frieden beschworen. Ihm sollen die NATO, die Kampfdrohnen, die familienfreundliche Bundeswehr mit Kitas und Krippen sowie die jüngsten Feierlichkeiten zum Gedenken an die Invasion in der Normandie, die als einziger „Tag der Entscheidung“ dargestellt wurde, dienen. Wie aber sieht „man“ die Millionen gefallenen Soldaten der Roten Armee und die Toten, Verstümmelten in den zerstörten Städten und Dörfern der Sowjetunion? Hat dieses Land, haben seine Menschen nicht unter Kriegen genug gelitten? Ist deren Friedenssehnsucht da nicht schon ein Wunsch, der ihnen in die Wiege gelegt wurde? Was haben sie nur getan, daß sie wieder als Feinde dargestellt werden?

Befragungen der Bundesdeutschen, kommentiert im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, besagen: 80% der Deutschen sind für ein gedeihliches Verhältnis mit Rußland zum beiderseitigen Nutzen. Gegen eine Zunahme der Militärpräsenz an Rußlands Westgrenzen äußerten sich 75%. Ihr Wunsch nach Frieden und Völkerverständigung sollte nicht ignoriert werden.

Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz

Unlängst hielt US-Präsident Barack Obama vor Hörern der Militärakademie in Westpoint eine Rede. Es ist unglaublich, mit welcher Überheblichkeit er sich dort produzierte. Obama verlangte von Putin, dieser solle die eigenen Truppen auf eigenem Territorium von der eigenen Grenze zurückziehen. Andererseits läßt Obama NATO-Manöver zu Wasser, zu Lande und in der Luft direkt an der russischen Grenze durchführen. Obama muß keine Truppen irgendwohin entsenden. Sie sind überall auf der Welt präsent und können sofort zuschlagen.

Horst Kolbe, Hanstorf

Meine Kritik richtet sich vor allem gegen die tendenziöse und einseitige Berichterstattung der meisten hiesigen Medien. Da werden ukrainische Putschpolitiker als lupenreine Demokraten gefeiert, obwohl jeder, der die dortige Entwicklung seit dem Zerfall der Sowjetunion verfolgt hat, weiß,

daß es den in Kiew Regierenden gar nicht um ihr Land, sondern um persönliche Macht und Bereicherung geht.

Meine Generation, welche den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg bewußt erlebt hat, reagiert auf Erschütterungen des deutsch-russischen Verhältnisses sehr sensibel und wünscht sich nichts sehnlicher als gute Beziehungen zur östlichen Hälfte der Welt. Das russische Volk möchte nichts als Frieden. Warum aber stellt sich Kanzlerin Merkel in den Dienst der aggressiven USA-Außenpolitik?

Dipl.-Ing. Hermann Ziegenbalg, Riesa-Weida

Analysiert man die EU-Wahlergebnisse, dann muß man feststellen, daß die als rechtspopulistisch verharmloste extreme Rechte vor allem auch in jenen Ländern zum Zuge gekommen ist, in denen es derzeit keine kommunistische Partei mit einigem Gewicht gibt. Dort, wo eine solche Kraft existiert, sehen die Dinge oft ganz anders aus.

Besonders beeindruckt mich die PCP. Von hier ansässigen portugiesischen Genossen habe ich die ersten drei Bände der Gesammelten Werke Álvaro Cunhals bekommen, in die ich mich nun vertiefe. Ich halte ihn für einen der bedeutendsten neueren marxistischen Theoretiker. Es ist jammerschade, daß es heute keinen Dietz-Verlag der DDR mehr gibt, der seinerzeit einiges von Cunhal herausgebracht hat. Was mich an der PCP immer faszinierte, ist ihr ausgeprägter Realitätssinn. Ich habe meine Ferien im Laufe der Jahre meistens im Alentejo verbracht und dort erlebt, wie die hohle Phrase auf steinigem Boden fällt. Alles Priestergehebe, das uns anderswo begegnet, wird dort mit einem knappen, aber zutreffenden Wort abgefertigt. Man könnte das auch als Nerv für strategische Dimensionen bezeichnen.

Marcel Hostettler, Bern

Am 17. Juni wurde der Kopf der Schweriner Lenin-Statue durch einen 65jährigen „Aktionskünstler“ aus Hannover – ein sogenanntes freigekauft Stasi-Opfer – für drei Stunden verhüllt. Er hatte sich beim Verwaltungsgericht die Genehmigung, seinen Akt der Unkultur „zelebrieren“ zu dürfen und damit den angestrebten Abriß dieses Denkmals vorzubereiten, erstritten. Dabei rechnete er nicht mit dem Auftauchen von Anhängern des Begründers der Sowjetmacht. Aktivisten der Gegenaktion waren nicht nur standhafte Alte, sondern auch junge, belesene und daher unangepaßte Menschen. Als einige von ihnen – ich war beteiligt – ihre Köpfe verhüllten und ein Lenin-Plakat vor der Brust trugen, wurden sie ultimativ aufgefordert, sofort den Bereich vor dem Denkmal zu verlassen, da man sie sonst „in Verwahrung nehmen“ müsse.

Doch wir wichen in den drei Stunden nicht von der Stelle, was den „Aktionskünstler“ zur Aufgabe bewog. Frustriert beendete er sein Spektakel.

Peter Dornbruch, Zapel bei Crivitz

Bundespräsident Gauck erweist sich immer mehr als Feldprediger. Bei seiner Norwegenreise beklagte er sich über den fehlenden Mumm der Deutschen im Hinblick auf weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr. Von denen steht allerdings im Grundgesetz kein Wort. Dennoch fordert Gauck noch mehr „Engagement“. Als einstiger Pastor in Mecklenburg sollte sich der Bundespräsident lieber von den zehn christlichen Geboten leiten lassen. Im 5. Gebot heißt es: Du sollst nicht töten! Gebot 7: Du sollst nicht stehlen! Gebot 9: Du sollst nicht begehren Deines nächsten Haus!

Bei dem aber, was der Bundespräsident einfordert, geht es knallhart um diese Begierden.

Wilfried Steinfath, Berlin

Welche Weitsicht besitzt doch unser Bundespräsident! Immer wieder fordert er die Merkel-Regierung auf, noch mehr „internationale Verantwortung“ durch den forcierten Einsatz militärischer Mittel zu übernehmen. Schließlich ist ja die BRD geradezu

verpflichtet, den Segen deutschen Wesens in die Welt zu tragen und jenen Sitten beizubringen, deren Tradition und Lebensweise verdächtig von unseren Auffassungen abweichen. Eine Demokratie wie die der Deutschen dürfe so etwas nicht tolerieren. Dabei gibt es ja große Vorbilder: So haben die USA und andere westliche Demokratien in Korea, Vietnam, Irak, Libyen und Afghanistan gezeigt, wie man die eigenen „Werte“ zu exportieren hat.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda

Im RF 197 erschien ein interessanter Beitrag zu Rolle und Haltung von Papst Franziskus. Das ist für eine populäre und weit verbreitete marxistische Monatsschrift durchaus bemerkenswert, wobei der gewählte Ton ausgesprochen sachlich wirkt. Ich betrachte die Verbindung von Kapital und Kirche als eine „Unheilige Allianz“. Bildlich gesprochen: Der Ausbeuter reitet seit Jahrhunderten auf einem prächtig gezäumten Pferd, das ein Mönch am Zügel führt. Das Volk jubelt diesem Trio zu, obwohl der Gaul bis zu den Fesseln im Blut wadet. Das einfältige Volk erkennt nicht, daß der strahlende Edelmann in Wahrheit ein Raubritter ist.

So aber hatte Jesus seinen Glauben nicht verkündet. Weder in den zehn Geboten noch in der Bergpredigt steht das. Seine frohe Botschaft lautete: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Als einstiger DDR-Bürger erinnere ich mich an eine Losung, welche die Solidarität zur Staatspolitik erklärte. Zwischen der einen und der anderen Äußerung liegen etwa 2000 Jahre. Doch die Aussagen gleichen sich unverkennbar. War Jesus gar ein früher Revolutionär und wurde er deshalb gekreuzigt, weil er die Ausbeuterordnung der Sklavenhalter in Frage stellte?

Peter Pöschmann, Döbeln

Katja Kipping und Bernd Riexinger, die Vorsitzenden der Partei Die Linke, sowie deren Fraktionsführer Gregor Gysi sind offensichtlich darüber verdrossen, daß die couragierte Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen in der Ukraine-Debatte des Parlaments mit einem Zitat Bertolt Brechts den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Dabei muß man sich doch mit Sevim Dagdelen unbedingt solidarisch erklären. Sie hat das zur Sprache gebracht, was man eigentlich von einer klaren Linken insgesamt erwarten sollte. Wenn aber Leute aus der eigenen Parteispitze wegen deren eindeutiger Position auf Sevim „sauer“ sind, dann ist das nur ein neuerlicher Versuch, bei den BRD-Machthabern auf keinen Fall „anzuecken“. Als Linke müssen wir dazu beitragen, daß jene klare Sprache, derer sich Sevim bedient hat, hierzulande nicht zur „Mangelware“ wird.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Wieder einmal traue ich mich, Gedanken, die mir durch den Kopf gehen, zu Papier zu bringen. Doch in Anbetracht der Tatsache, daß beim „RotFuchs“ die Latte sehr hoch hängt, was schon allein die immer punktgenauen Leitartikel bestätigen, ist das keineswegs leicht.

Der Rummel um die Wahl eines der machtlosesten Parlamente der Welt hat sich mittlerweile etwas gelegt. Die meisten Diskussionen gab es um die Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Leute, die nicht wissen, um was es eigentlich geht, erblickten in ihr schlechthin einen Sieg der Demokratie. Gilt das wirklich so uneingeschränkt? Der Aufwind der Rechten ist doch beängstigend, die extrem hohe Abstinenz – 56,89 % der Wahlberechtigten enthielten sich europaweit der Stimme – war nur einer der Gründe für deren weiteres Vordringen.

Zugleich kann man feststellen: Viele Menschen spüren, daß der Weg des Europas der Konzerne nicht der ihre ist. Das zeigt auch der Erfolg linker Parteien in einigen Ländern.

„Ich interessiere mich nicht für Politik“, höre ich immer wieder. Diese Leute merken nicht, daß gerade das gewollt ist. Denn wer sich nicht mit Politik befaßt, stellt auch keine Gefahr für die

Herrschenden dar. Er kann nicht bemerken, daß das eine Prozent der Superreichen eigentlich überhaupt keine Chance hätte, wenn wirkliche Demokratie eingefordert würde. „Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen“, wußte schon Brecht.

Volker Büst, Kalbe/OT Vienau

Der Artikel von Samira Manthey zur kapitalistischen Ideologisierung (nicht nur) der Eliten in der BRD ist das Beste, weil Klarste, was ich zu diesem Thema in den letzten Jahren gelesen habe. Vielen Dank an die Autorin und die auswählende Redaktion.

Dr. Hermann Wollner, Berlin

Die alte Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ ist nach wie vor aktuell. Deshalb steht sie ja auch auf der Titelseite des RF. „Die Unterlegenen sind ja nur dann eine Macht, wenn sie sich vereinen!“, schreibt die junge Künstlerin Samira Manthey im Juni-Heft. Das gelte um so mehr, als ja heute nicht nur die Arbeiter von den Kapitalisten ausgebeutet und unterdrückt würden, sondern auch jene, welche das überhaupt nicht wahrhaben wollten, weil sie meinten, es ginge ihnen doch gut.

Der Kapitalismus greift als System in jegliche Bereiche des Lebens ein. Das hat Samira in ihrem „RotFuchs“-Beitrag umfassend erläutert, wobei sie zu der Formulierung „die Unterlegenen“ gelangte. Ihr Zusammenschluß ist aber leichter gefordert als vollbracht, zumal es ja um eine tatsächliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geht. Es gibt die theoretische Erkenntnis, doch ihre praktische Umsetzung – das ist der springende Punkt. Dazu muß jede Möglichkeit ausgeschöpft werden.

Gerda Huberty, Neundorf

Die Systemdarstellung und -analyse Samira Manthey im Juni-RF ist das einschlägig Treffendste, das mir seit langem vor Augen kam. Besonders gut finde ich dabei, daß sich nirgends ungerechtfertigter Optimismus breitmacht und der Blick durchweg realistisch geschärft bleibt. Die Widerspiegelung der Lage stimmt von vorn bis hinten. Der vom „System“ reklamierte Werte-Kanon – „Humanität“, „Menschenrechte“ und „Toleranz“ (bis zu menschlicher Fehlentwicklung verschiedenster Art) – erfährt dabei eine wirksame Entlarvung.

Peter Löw, Mittweida

Hallo, liebe Samira Manthey! Ihr Beitrag „Eindrücke einer jungen Künstlerin“ im Juni-RF hat mich stark beeindruckt und erstaunt. Beeindruckt ob der tiefgehenden Einsicht in die Sache und Ihre eindrucksvollen Worte über die Methoden und Machenschaften der kapitalistischen Ideologie zur Beherrschung der Massen. Erstaunt, weil ein so junger Mensch wie Sie dazu in der Lage ist. Sie haben ja so recht mit der Passivität und Trägheit vieler alter Ostdeutscher!

Doch es gibt auch nicht wenige andere. So wie Sie auf die Alten schauen, suche ich die Jungen, z. B. im Marsch zu Ehren von Rosa und Karl an jedem Jahresbeginn. Und ich meine, es werden mehr. Sie haben mit Ihrem Artikel dazu einen Beitrag geleistet. Danke dafür im Namen aller, die ihn lesen durften.

Ich bin 85 Jahre und ein ehemaliger Arbeiterstudent.

Dr. Werner Kulitzscher, Berlin

Den Artikel von Samira Manthey haben wir mit Interesse und Genugtuung zur Kenntnis genommen. Es bestätigte unsere Auffassung, daß der vielbeschworene Meinungspluralismus unter kapitalistischen Bedingungen letzten Endes nur zu Desorientierung und faktischer Meinungslosigkeit führt. Der Klassencharakter dieser Gesellschaftsordnung wird im Bewußtsein der meisten Menschen verdrängt oder zumindest geschönt. Dabei haben sich die Medien der Herrschenden ihre „Meriten“ erworben.

Samira Manthey hat mit ihrem Artikel einen wertvollen Beitrag geleistet, hinter die Kulissen

geleuchtet und andere zum Nachdenken angeregt. Deshalb sind wir der Redaktion des RF für diese Veröffentlichung besonders dankbar.

Alfred Krommel und Günter Waldeck, Lamstedt

Glückwunsch zum Leitartikel der Juni-Ausgabe! Er ist ein hervorragend klärender Kommentar zur komplizierten Lage in der Ukraine, eine bemerkenswerte Abrechnung mit diesem immer unerträglicher werdenden Haß gegenüber allem, was mit Rußland zusammenhängt.

Doch ich will noch auf einen anderen Beitrag eingehen, nämlich den Artikel von Samira Manthey. Ich habe ihre klugen Überlegungen, treffenden Beobachtungen und engagierten Schlußfolgerungen sehr aufmerksam gelesen. Diese Autorin ist zweifellos eine Bereicherung der Zeitschrift und zum Glück auch „von frischerer Geburt“.

Einwände hätte ich lediglich gegen den Gebrauch des Begriffs „Elite“ in der Überschrift. Ich bin da etwas allergisch, da er „Auswahl der Besten“ bedeutet. Das aber ist für jeden, der nicht dazugehört, ein wenig herabsetzend. Vielleicht könnte man statt dessen mit dem Wort „Führungsschicht“ etwas anfangen, die sich durch das Adjektiv „jeweilig“ ergänzen ließe.

Rudolf Krause, Berlin

Es wird nicht langweilig mit unserem „RotFuchs“. Neben erfahrenen Altmeistern im Analysieren, Philosophieren und Diskutieren kommen auch junge Künstler wie Samira Manthey zu Wort. Sie gefiel mir mit ihrer ungeduldigen Betrachtung zur gesellschaftlichen Situation und dem Stillhalten der Massen. Ein wenig Revolutionstheorie mit mehr Fragen als Antworten. Im Grunde spricht sie das aus, was uns alle umtreibt. Wann endlich kommt Bewegung in die richtige Richtung?

Allerdings: Unsere Wünsche sind eine Sache, die objektiven Bedingungen eine andere.

Wolfgang Lange, Flöha

Darüber daß auch der Juni-„RotFuchs“ inhaltlich wieder Spitze ist, brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Besonders aber hat mich der Beitrag von Samira Manthey angesprochen. Ich würde gerne mit ihr ins Gespräch kommen, denn für nächstes Jahr schwebt unserer Erfurter RF-Regionalgruppe eine Diskussionsrunde vor, mit der wir uns an junge Leute wenden wollen. Dabei geht es nicht darum, sie zu agitieren. Wir wollen vor allem etwas von ihnen erfahren.

Samira hat ja in ihrem RF-Beitrag für Kontakte mit Älteren plädiert und dabei die Frage aufgeworfen, was diese der jungen Generation vermitteln könnten.

Siegfried R. Krebs, Weimar

Mit Interesse habe ich den Artikel von Cornelia Noack im Juni-RF gelesen. Endlich wird klargestellt, wie es sich tatsächlich mit der Arbeit von Strafgefangenen in der DDR verhalten hat. Ich weiß manches dadurch, daß mein Mann Erzieher in der Justizvollzugsanstalt Schwarze Pumpe gewesen ist. Übrigens wird der „RotFuchs“ nicht nur jeden Monat gründlich gelesen, sondern oftmals auch an andere Interessenten weitergereicht. Danke dafür, daß so viele darin veröffentlichte Artikel mit meinem eigenen Denken und Empfinden übereinstimmen.

Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Seit geraumer Zeit lese ich mit wachsender Begeisterung den „RotFuchs“ und habe ihn jetzt auch abonniert. In der Maiausgabe fiel mir die Lesermeinung von Hans-Dieter Rosenbaum auf. Ich könnte mir vorstellen, daß wie er auch andere RF-Leser mit der Person Gorbatschow noch immer nicht ganz klar kommen. Mir ging es genauso. Gestattet mir deshalb, zwei Bücher zu empfehlen, die schlüssige Antwort geben: „Wer verriet die Sowjetunion?“ von Jegor Ligatschow und „Mein Chef Gorbatschow“ von Nikolai Ryschkow. Sie sind 1912 und 1913 im Verlag Das Neue Berlin erschienen. Beide Autoren waren zunächst selbst Verfechter der „Reformideen“ und wollten diese

in die Praxis umsetzen, gelangten dann aber zu tieferen Einblicken.

Rita Berger, Berlin

Chefinspekteur a. D. Dieter Winderlich (Mdl/DDR) hat seine Auffassung zum Buch „Mittendrin – die Berliner Volkspolizei 1989/90“ wissen lassen. Ich war Zeitzeuge und habe 20 Jahre den Dienstzweig Verkehrspolizei im Präsidium der VP Berlin geleitet. Der Rezensent schreibt, „daß die Volkspolizisten, vor allem die Führungsoffiziere, buchstäblich bis zur letzten Minute ihre Pflicht getan haben“. Warum war das so?

Wir besaßen keine Erfahrungen, wie die VP in einer solchen „Übergangsperiode“ vom Sozialismus zum Kapitalismus arbeiten muß, um Sicherheit und Ordnung weiterhin zu gewährleisten. Es entstanden neue komplizierte Lagebedingungen – vor allem nach der Grenzöffnung – nicht nur für die Verkehrspolizei, sondern vor allem auch für die Kriminal- und Schutzpolizei, zumal die Kriminalität ja rasant zunahm.

Wir erfüllten unsere Aufgaben, weil die Polizeihoheit bis zum 1. Oktober 1990 in unserer Verantwortung lag und die VP die einzige noch intakte Ordnungsmacht war. Dabei ging es um die Durchsetzung der politischen Forderung „Keine Gewalt!“ Es mußte dafür gesorgt werden, daß das Leben der Bürger unserer Stadt nicht im Chaos versank.

Die Vorstellung, in den Dienst der Westberliner Polizei übernommen zu werden, war für fast alle höheren Offiziere der VP Utopie. Die Realität bestand darin, daß sie zu fast 100% im August 1990 entlassen wurden. Ich selbst gehörte der VP bis zum Juni jenes Jahres an. Wir wurden als Erfüllungsgehilfen zwar noch geduldet, waren aber schon Mitte 1990 ins Abseits gestellt.

**Polizeidirektor der VP a. D.
Heinz Schlehuber, Berlin**

Am 1. September 2014 jährt sich der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Im Erinnerung an dessen Schrecken denke ich stets auch an meinen Vater, der am 31. August 1899 geboren wurde. Sein Leben endete 1945 im Inferno um Königsberg – das heutige Kaliningrad – oder es erstarrte vielleicht im endlosen Zug Gefangener aus einer geschlagenen Armee. Oder es erlosch durch Krankheit und Hunger des Nachkriegsleids, oder, oder ... Ich weiß es nicht, aber es endete zumindest nach dem 19. März 1945, als er – nur 46 Jahre alt – einem Piloten seinen letzten Brief mitgab. Mit diesem Tode zerbrach die Hoffnung auf beschiedenes Glück einer Familie, manchmal starb auch die Hoffnung. Was blieb, waren die Narben wunder Seelen in Generationen.

Regina Ludwig, Bestensee

Ausgerechnet für den 8. Mai war in Demmin ein Marsch rechter Kräfte angemeldet. Bereits im Vorfeld bekundeten viele Einwohner, daß sie keine Nazis in der Stadt wollten. Als dann die Braunen aus verschiedenen Regionen der BRD anrückten, stellten sich Demminer und deren Gäste dem Spuk entgegen. Die Polizei ging wie üblich nicht gegen die Nazis, sondern mit großer Härte gegen die antifaschistischen Demonstranten vor. Ein junger Franzose wurde derart gewürgt, daß er in der Greifswalder Klinik stationär behandelt werden mußte. Vom Innenminister des Landes M-V, Lorenz Caffier (CDU), wurde demagogisch gefragt, was denn ein Franzose bei einer Demonstration in Demmin zu suchen habe. Welch ein Zynismus!

Helmut Timm, Groß Nemerow

Die folgenden Zeilen wurden an unsere stellvertretende Vertriebsleiterin Sonja Brendel anlässlich ihres 85. Geburtstages gerichtet, dürften aber von allgemeinem Interesse sein.

Statt eines opulenten Blumengebindes senden wir Dir eine kleine Stärkung für den „RotFuchs“, dessen Beiträge oft interessant, manchmal irritierend, aber gerade in dieser Widersprüchlichkeit

lesenswert sind. Das ist angesichts der herrschenden Medieneinfalt nicht zu unterschätzen.

Maria Engel und Gisela Peters, Berlin

Die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD hat das EEG-Gesetz beschlossen. Es bedeutet, daß Betriebe mit hohem Verbrauch billigen Strom erhalten. So subventionieren die BRD-Bürger diese Konzerne jährlich mit einem Betrag von drei Milliarden Euro, damit sie sich über eigene Stromeinsparungen keine Gedanken machen müssen. Finanzminister Schäuble hat die „Kalte Progression“ erfunden.

Das heißt, daß der Staat Lohnerhöhungen sofort wieder in den eigenen Steuertopf lenken kann. Das ist Betrug durch die Hintertür. Die große Koalition hat zugleich eine sogenannte Steuerbremse eingeführt. Dadurch fließen geringere Zuführungen vom Bund in die Länder. Jetzt erhalten die Städte und Gemeinden noch weniger Geld, um das Nötigste instandzuhalten. Herr Schäuble kürzt die Zuführungen des Bundes zum Rentenfonds um zwei Milliarden Euro. Ähnliches geschieht mit dem Sozialfonds.

Werner Juhlemann, Geithain

Ich bin eifriger Leser Eurer Zeitschrift. Manches ist zu viel Nostalgie, aber da ich als Genosse bis 1989 in Westberlin aktiv war, schweige auch ich in Erinnerungen.

Bedingt durch die neuen technischen Entwicklungen im Internet- und Medienbereich ist bei den uns nachfolgenden Generationen der Gedanke an die Notwendigkeit grundlegender Umwandlungen der Gesellschaft leider weithin verlorengegangen. Ich selbst halte an guten Traditionen fest. Obwohl Rentner, bin ich immer noch bei der IG Metall, so gut es geht, als Senior aktiv. Es ist wichtig zu wissen, in welchem Grade bürgerliches Denken bei den jetzt europäischen Gewerkschaften vorherrscht. Doch zurück zum „RotFuchs“: Macht weiter so mit Euren guten Beiträgen zu nationalen und internationalen Vorgängen!

Heinz Krehl, Berlin

In der März-Ausgabe schilderte Gerhard Frank aus Riesa seine Studienzeit. Im Vergleich zu heutigen Bedingungen erlebte er in der DDR sehr gesicherte Verhältnisse. Ich befinde mich im letzten Drittel meines Lehramtsstudiums in Köln, kann also schon auf drei Jahre, teils mit Studiengebühren, zurückblicken.

Am Ende ihrer Ausbildung werden Studierende aus nichtbegüterten Elternhäusern regelrecht ausgegrenzt. Ich erhalte im Gegensatz zu 80% der Studenten Bafög, das aber im Oktober ausläuft, obwohl ich noch bis zum Juni 2015 studieren muß. Dadurch fallen monatlich 200 Euro auf einen Schlag weg.

Wie einst Gerhard lebe ich in einem Wohnheim, zahle dort aber im Unterschied zu ihm nicht 10 Mark, sondern 196 Euro Miete, was 764 Mark der DDR entspräche. Auch das günstigste Mensa-Essen ist nicht für eine Mark wie in der DDR zu haben, sondern kostet 2,35 Euro.

Tim Carlitscheck, Köln

Nach der Lektüre des Beitrags zu „Höhen und Tiefen der DDR“ von Dieter Knoderer (RF 197) dachte ich über seine Ansicht nach, eine „offene Aussprache mit der DDR-Bevölkerung“ wäre zur Abwendung der Gefahr dringend notwendig gewesen. Mir kamen Zweifel. War nicht die BRD-Propaganda zu diesem Zeitpunkt bereits so tief in die Köpfe vieler Menschen eingedrungen, daß sie alle vernünftigen Argumente ablehnten? Ging es ihnen 1989/90 tatsächlich vor allem um die „Wiedervereinigung“ oder spielte das Begrüßungsgeld nicht inzwischen eine weitaus größere Rolle? Ein ehrliches „Karten auf den Tisch!“ hätte aus meiner Sicht zu diesem Zeitpunkt wohl kaum noch eine Chance gehabt.

Das sind die Gedanken eines Menschen aus Niederbayern.

Johann Weber, Ruhstorf

Zu meiner Freude ist auch das Juni-Heft des RF wieder pünktlich im Briefkasten gewesen. Bisher hatten mich oft einzelne Beiträge angesprochen. Auch diesmal bin ich von der Auswahl und Aktualität des behandelten Stoffes begeistert. Der Artikel zur Bewertung des dramatischen Geschehens in der Ukraine und andere Beiträge sind zündend geschrieben. Die Ereignisse auf der politischen Weltbühne werden trefflich durch zahlreiche klug ausgewählte Fotos, Collagen und Karikaturen ergänzt. Die Nr. 197 ist rundum gelungen! Ein großes Lob den Autoren und der Redaktion.

Karl Behnke, Insel Rügen

Dem Artikel „Wolgaster Teufelstanz“ im Juni-RF stimme ich bis auf einen Punkt zu. Dort heißt es: „Schuld an solchen Zweifeln sind außer den Jasagern im Parlament vor allem auch der Stadtverband und die PDL-Ratsfraktion in Wolgast.“ Mein Einwand: Unser Stadtverband gehört keineswegs zu den Jasagern. Mit unserer Stadtfraktion haben wir uns selbstverständlich auseinandergesetzt. Ich wünsche Euch viel Kraft!

Gerhard Scholz, Wolgast

In Velbert-Langenberg wurden zwei Stolpersteine für die Antifaschisten Karl Astheimer und Heinrich Kulemann verlegt. Unseren „Arbeitskreis Konzentrationslager Mittelbau-Dora“ hat die Ehrung der beiden KPD-Mitglieder sehr bewegt. Der von den Politgrößen unserer Stadt nur schleppend unterstützte Vorgang stand unter der Schirmherrschaft der evangelischen Kirche. Bei der Diskussion über die Stolperstein-Aktion kamen deren Umstände noch einmal kraß zum Ausdruck. Man sagte, daß für Widerstandskämpfer gegen die Nazis zwar „Steinchen verlegt“ würden, man aber zugleich jene Herren durch Straßenschilder ehre, welche an Leid und Tod der KZ-Häftlinge Millionen verdient hätten.

Tatsächlich wurde die nach dem Initiator des hiesigen Verkehrstunnels benannte Dr.-Hans-Karl-Glinz-Straße trotz unserer intensiven Bemühungen noch immer nicht umgetauft. Glinz war Chef einer Firma, die damals aus todgeweihten Sklavenarbeitern des KZs Mittelbau-Dora enorme Summen herauspreßte. Sie hat noch heute hier ihren Sitz. Die Erben haben unserem Arbeitskreis und dem Stadtrat eine Umbenennung selbst empfohlen. Die Ratsherren tun sich aber nach wie vor schwer damit.

Wolfgang Gleibe, Velbert-Langenberg

Wiederholt berichtete der „RotFuchs“ über Geschehnisse rund um den Berliner Alexanderplatz. Direkt am Alex oder in seinem Umfeld wurden und werden DDR-Bauten systematisch plattgemacht. Das Gesundheitsministerium verwandelte man in eine Brache oder einen Parkplatz; den Neubau des Außenministeriums radierte man restlos aus; der Palast der Republik wurde haßerfüllt entsorgt; der Abriß des Amtes für Statistik ist beschlossene Sache; die unter Denkmalschutz gestellte Mehrzweckgaststätte auf der Fischerinsel mußte einem Hotel weichen; das Palasthotel ersetzte man durch ein anderes Luxusetablisement; das Interhotel „Unter den Linden“ und das „Lindencorso“ schleifte man rigoros; das Interhotel „Berolina“, in dem sich heute noch das Rathaus des Stadtbezirks Mitte befindet, soll zugunsten eines Neubaus ähnlicher Art abgerissen werden.

Die Liste der Stadtbildschändungen ließe sich beliebig verlängern. Keines dieser Gebäude gleich einer Ruine, stand vor dem Zerfall, bedurfte einer baupolizeilichen Sperrung oder galt als zwingender Sanierungsfall. Auf perfide Art und Weise möchte man alles ausmerzen, was auch nur im geringsten an die DDR erinnert.

Jürgen Leichsenring, Berlin



Der Troika des Kapitals Paroli bieten!

Grafik: Klaus Parche

Der Theologe und Vorsitzende der VVN-BdA **Prof. Dr. Heinrich Fink** spricht am **23. August um 14 Uhr** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Eberswalde** in der Freien Oberschule Finow, Biesentaler Str. 15, über das Thema

Gemeinsamkeiten von Christen und Marxisten im Kampf für Frieden, gegen Faschismus, Rassismus und Krieg

Am **29. August um 16.30 Uhr** spricht Oberst a. D. **Bernd Fischer** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Berlin** im Bürogebäude, Franz-Mehring-Platz 1 (ND), über das Thema

Aktuelle Fragen der Lage im Nahen Osten

Am **30. August um 10 Uhr** präsentiert Genosse **Egon Krenz** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Königs Wusterhausen** im Bürgerhaus Hanns Eisler, Eichenallee 12, sein Buch

Walter Ulbricht und die DDR

Am **3. September um 19 Uhr** spricht **Ulla Jelpke**, Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Potsdam** im Jugendzentrum „Freiland“, Friedrich-Engels-Straße 22, zum Thema

Ursachen der Flüchtlingsbewegung und die Verantwortung der EU-Staaten

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete **„RotFuchs“** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Sekretärin: *Karin Großmann*

Layout: *Rüdiger Metzler*

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation:

Sylvia Feldebinder

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 20. eines Monats.

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Ulrich Guhl
Bernd Gutte
Dr. Ernst Heinz †
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Rico Jalowitzki
Christa Kožik
Siegfried R. Krebs
Marcel Kunzmann

Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Erhard Richter
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Joachim Spitzner
Gisela Steineckert
Bruni Steiniger
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Marianne Walz
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Günter Endlich, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Heinrich Ruynat, Renatus Schulz, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Karin Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de
oder *Sonja Brendel*
Tel. 030/5 12 93 18
Heiner Brendel, Gerald Umlauf,
Hans Ludwig, Peter Barth u. v. a. m.

Finanzen:

Jürgen Thiele
Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Bitte die einheitliche neue Bankverbindung für das In- und Ausland beachten:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.